Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Preis: 18 Schilling

Nr. 2
Februar 1980

5. Jhg.

Materialien zu den Lohnverhältnissen in Österreich II

Wir haben in der Nummer 1/80 des „Kommunist" begonnen, erste Überlegungen und Analysen zu Fragen der Lohnverhältnisse und der Lohnpolitik in Österreich anzustellen. In dieser Nummer werden zwei weitere Beiträge geliefert. Der erste beschäftigt sich mit der Frage der Bedeutung der Kollektivverträge für die Höhe der Effektivlöhne. Das ist eine wichtige Frage für die Taktik des Lohnkampfs: Je weniger der KV-Abschluß eine Rolle für die wirkliche Lohnentwicklung spielt, desto weniger wird auch die Arbeiterklasse Interesse am KV haben. Umgekehrt ebenso. Je größer der Einfluß des KV auf den Effektivlohn, desto günstiger.

Der zweite Beitrag führt die im „Kommunist" 1/80 begonnene Lohnstrukturuntersuchung weiter. Haben wir zuletzt die Lohnstruktur des gesamten Metallbereichs untersucht, so stellen wir dem jetzt die Elektroindustrie gegenüber. Vergleiche zwischen Gesamtmetall und Elektrobranche kann jeder leicht anstellen, wenn er sich das letzte Heft hernimmt.

Die Redaktion

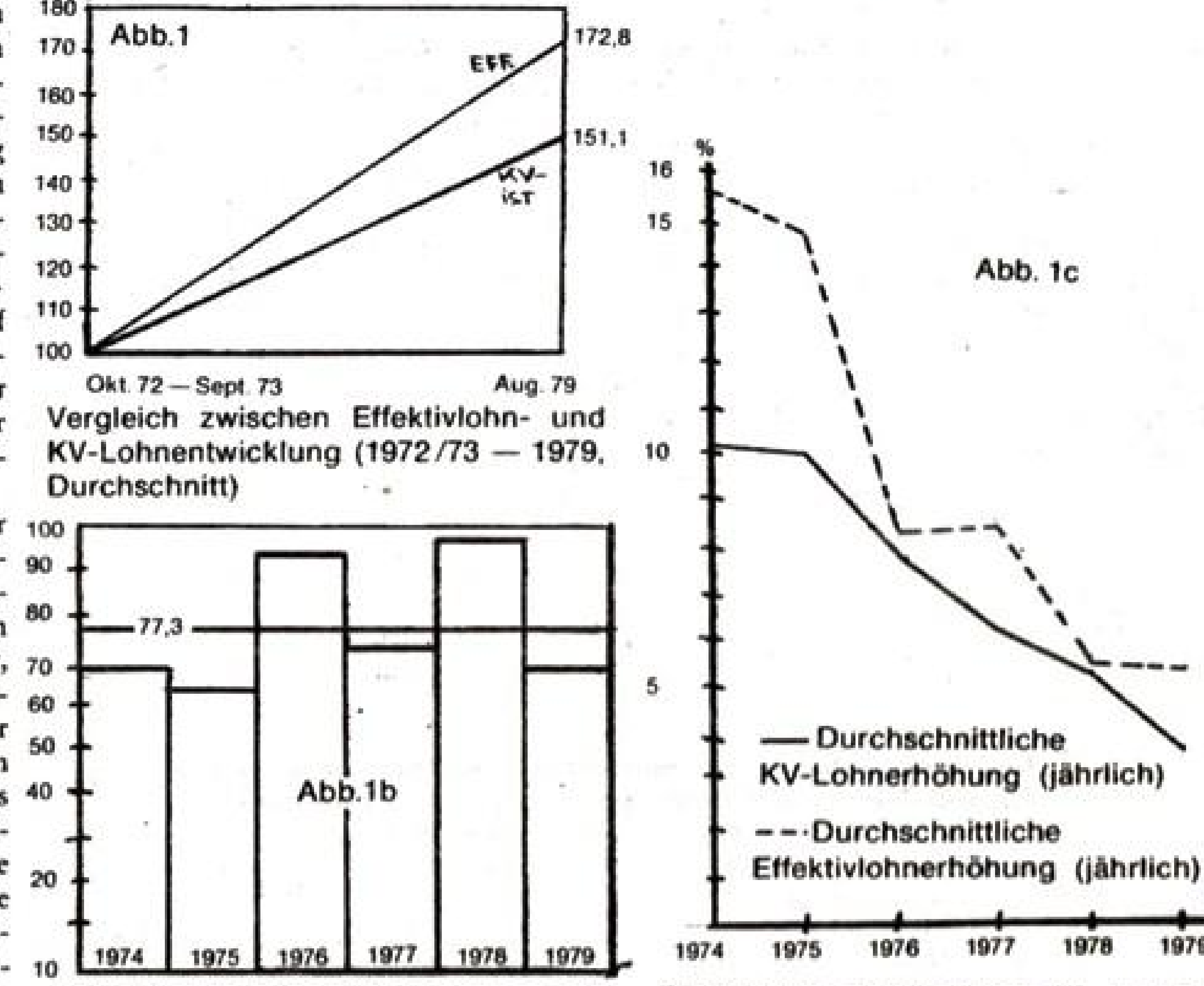
I. KV und effektive Lohnentwicklung: Welche Rolle spielt der KV in der Lohnentwicklung?

Erste KV-Abschlüsse haben heuer schon stattgefunden, weitere und größere stehen bevor. Welche Rolle der KV für die Arbeiterklasse spielt, dafür muß zuerst geklärt werden, welche Rolle er in der Lohnentwicklung der letzten Jahre hatte. Das prägt natürlich ganz stark die Haltung der Arbeiter der betreffenden Branche bzw. der gesamten Industrie. Wir haben deshalb versucht, auszurechnen, welcher Anteil der Lohnerhöhungen auf die durch den KV vereinbarten IST-Lohnerhöhungen fällt. Es handelt sich also immer um IST-Löhne, nicht um das Problem der Überzahlung über den KV-Lohn, d.h. Mindestlohn.

Monatliche Werte standen uns nicht zur Verfügung, so oder so mußten wir Mittelwerte und Schnitte bilden. Wir haben deshalb die Indizes jährlich gerechnet. Dadurch tritt eine gewisse Verzerrung ein. Das heißt, man kann kaum ein Jahr für sich allein nehmen. Der jeweilige Jahreseinschnitt Oktober ist willkürlich, weil er sich aus unseren Daten ergab. Nichtsdestoweniger können erstens Entwicklungen und Trends abgelesen werden, und zweitens vor allem langjährige Durchschnitte über den KV-Anteil, die richtig sind. Und im Rahmen der mehrjährigen Entwicklung kann natürlich aus den Prozentwerten der einzelnen Jahre (Abb. 1b) eine Relation der Jahre zueinander abgelesen werden.

Im Schnitt der letzten sechs Jahre liegt der KV-Anteil also bei 77% (Abb 1a). Daß er so hoch liegt, ist im wesentlichen auf die Krise zurückzuführen. Denn bis 1975 lag er deutlich darunter, etwa bei 65%. Die Abb. 1c sagt ähnliches etwas anders herum aus. Dargestellt sind die prozentuellen Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr. Mit der Krise, zum Teil auch mit dem Sinken der Inflationsrate nimmt dieser Prozentsatz ab. Die KV-Erhöhungen linear. Die effektive Entwicklung verläuft indes nicht so linear, sondern weist zwei extreme Fallinien auf. Diese entsprechen den hohen KV-Anteilen 1976 und 1978 in Abb. 1b.

Das legt unbedingt den Schluß nahe, daß es sich hierbei doch sehr stark einfach um die Folgen der Krise handelt und nicht so sehr um Erfolge der Gewerkschaft in Richtung Überwindung der lohnmäßigen Spaltung der Arbeiterklasse. Solches hat es zweifellos auch gegeben. Namentlich die Mindestforderung



Vergleich zwischen Effektivlohn- und KV-Lohnentwicklung (1972/73 — 1979, Durchschnitt)

Jährlicher Anteil der KV-Erhöhung an der Effektivlohnerhöhung (Effektivlohnerhöhung = 100, die Linie bei 77,3 der Durchschnitt 1974 — 1979)

Entwicklung der jährlichen KV- und Effektivlohnerhöhungen 1974 — 1979 —

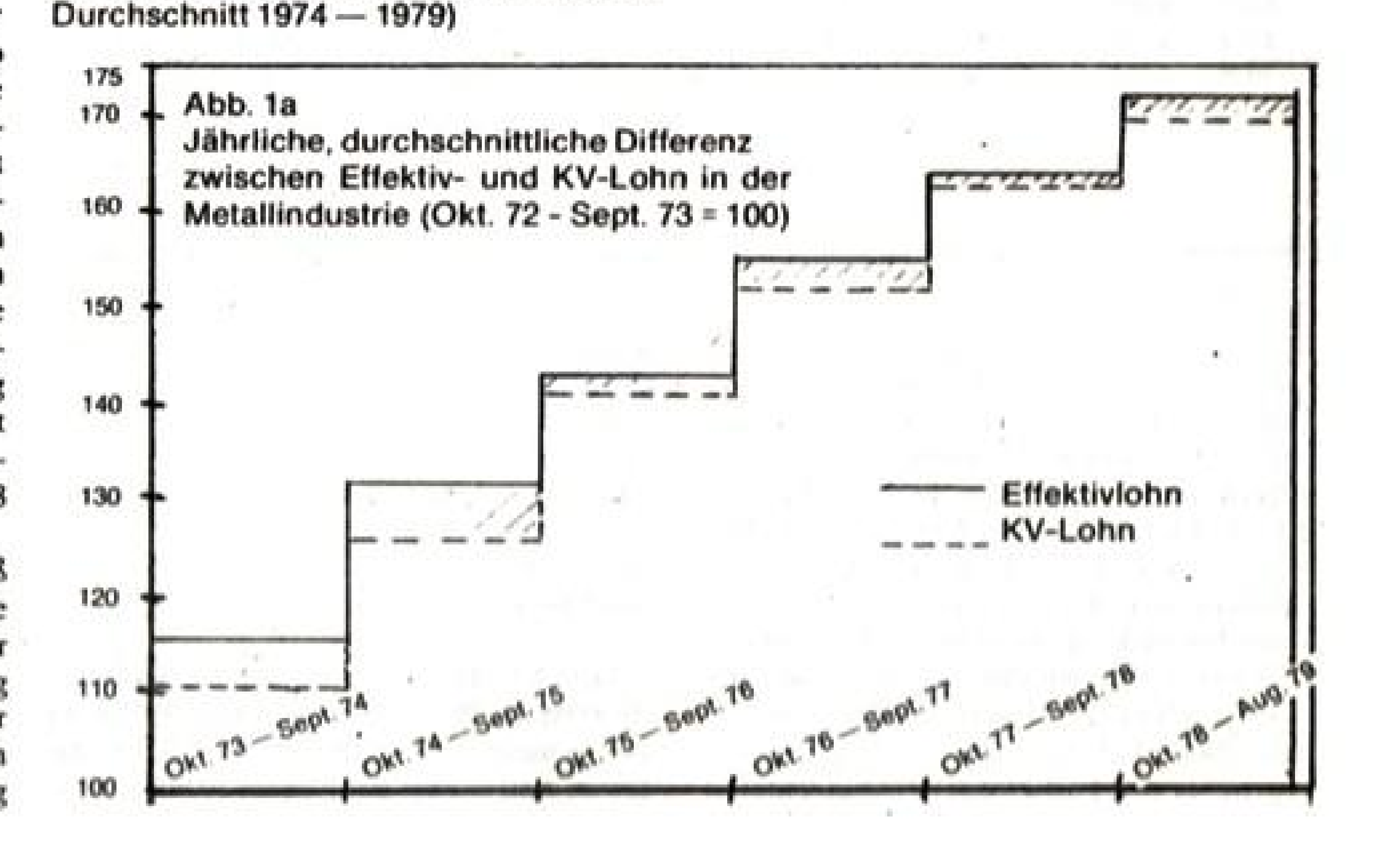
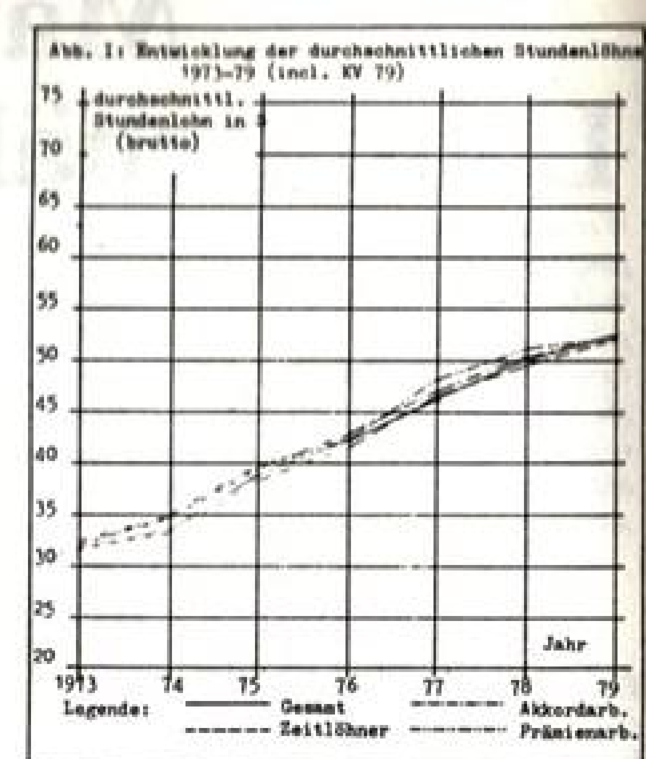


Abb. 1a
Jährliche, durchschnittliche Differenz zwischen Effektiv- und KV-Lohn in der Metallindustrie (Okt. 72 - Sept. 73 = 100)

II. Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Elektroindustrie (1973 bis Oktober 1979)

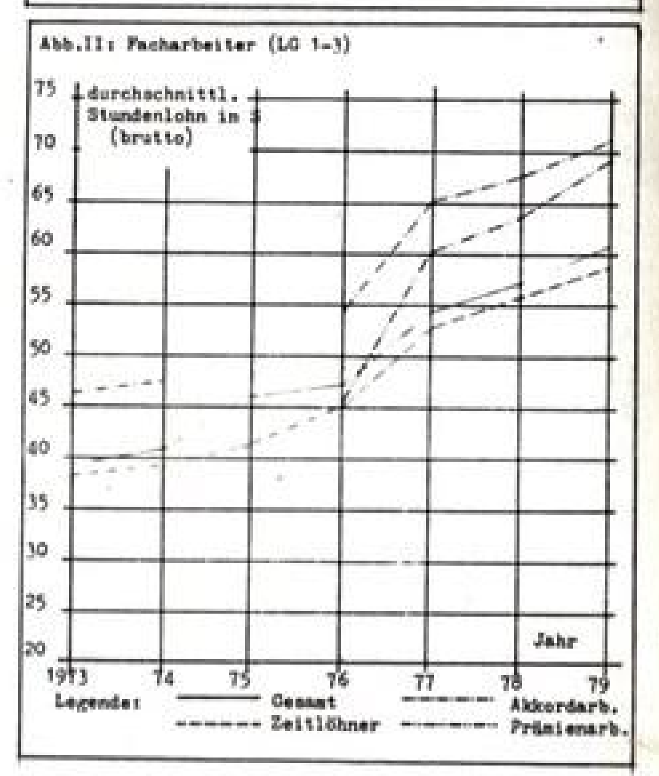
Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Elektroindustrie von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt		Lohnarbeit		Akkord		Prämienarbeit	
	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn
1973	43.478	30,98	23.792	30,61	17.949	31,42	1.737	31,59
1974	44.241	32,35	24.169	32,08	17.549	32,58	2.523	33,24
1975	40.158	38,98	22.016	38,59	15.343	39,41	2.799	39,73
1976	40.681	42,20	22.214	41,63	13.611	42,97	2.856	42,41
1977	40.169	46,20	21.720	46,24	14.739	46,27	3,710	48,05
1978	40.948	50,05	21.497	49,71	15.782	50,22	3.669	51,26
1979	40.521	52,50	21.880	52,33	15.187	52,38	2.454	51,76



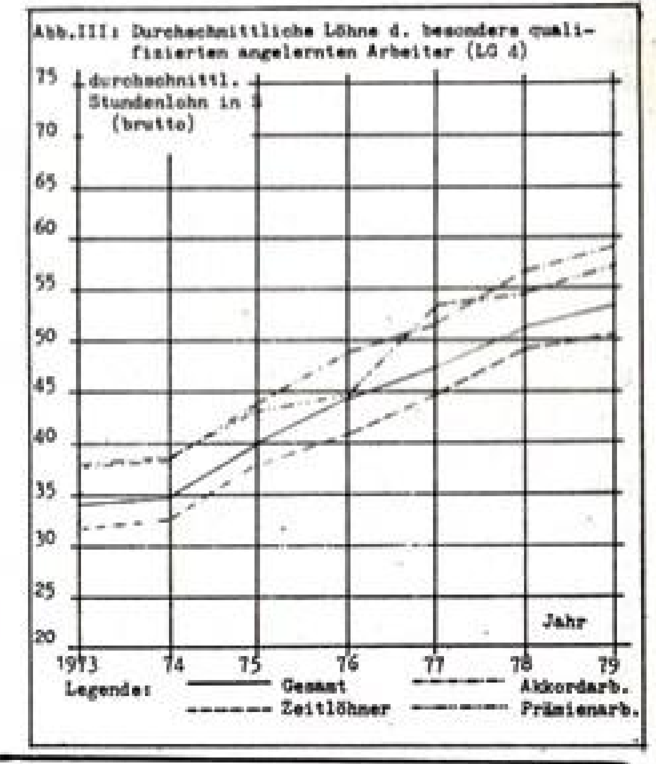
Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Facharbeiter in der Elektroindustrie von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt		Lohnarbeit		Akkord		Prämienarbeit	
	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn
1973	10.966	37,83	9.098	26,52	1.621	44,21	261	43,80
1974	12.414	38,93	10.246	37,78	1.618	45,24	277	44,36
1975	11.782	46,28	10.973	41,55	723		86	
1976	?	47,34	9.457	45,00	855	54,50	189	45,34
1977	11.732	54,63	9.843	52,93	1.244	65,27	645	60,12
1978	12.858	58,00	10.345	55,96	1.795	67,59	718	63,36
1979	13.120	60,73	10.794	58,60	1.706	71,38	620	68,32



Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne besonders qualifizierter angelernter Arbeiter in der Elektroindustrie von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt		Lohnarbeit		Akkord		Prämienarbeit	
	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn
1973	4.833	32,83	3.090	30,36	1.625	35,65	118	36,19
1974	5.114	33,08	3.280	31,11	1.647	36,56	187	36,44
1975	4.988	39,99	3.127	37,58	1.596	44,06	265	43,92
1976	4.474	44,36	2.565	41,85	1.622	48,27	287	44,77
1977	4.804	47,72	3.113	44,87	1.280	52,76	411	53,69
1978	4.920	51,39	2.996	48,37	1.427	56,70	506	54,34
1979	5.055	53,19	3.130	50,48	1.398	58,57	527	57,24



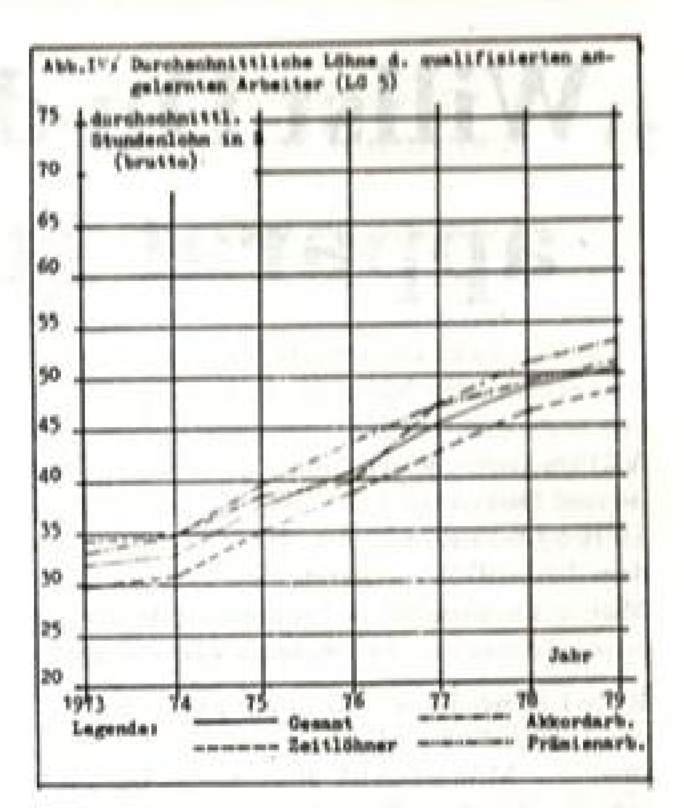
in den Jahren 74 und 76, von der die unteren Lohngruppen, auf jeden Fall Teile davon, Gebrauch machen konnten. (Leider konnten wir diese Mindestforderung in unseren Berechnungen noch nicht berücksichtigen.) Krisen, Einbrüche in die Konjunktur wirken immer nivellierend. Vom Standpunkt der Spaltung der Arbeiterklasse wird man da keine Verstärkung feststellen. Das Problem bei einer solchen Nivellierung ist ja immer die Höhe des Niveaus. Der relative Abstand etwa der Akkordarbeiter der Lohngruppe 6 gegenüber den Facharbeitern (Stundenlohn) hat sich von 78,8% auf 81,9% verringert, gerechnet in durchschnittlichen Stundenlöhnen. So etwas muß immer auf Kosten jemandes gehen. Wahrscheinlich, daß es in diesem Fall eher auf Kosten der normalen Facharbeiter ging als auf Kosten etwa des Teils der Arbeiteraristokratie, auf dessen Kosten es durchaus gehen soll.

Der KV-Anteil ist im Steigen begriffen. Zwar ist der Wert für 1979 in Abb. 1b wieder fast so niedrig wie vor 1976, doch täuscht das etwas, weil wir bis auf August 1979 verkürzt haben. Aber es muß ja davon ausgegangen werden, daß sich die Lage so entwickelt wie seit 1975 und nicht wie vorher. Insofern kann unbedingt von einem Ansteigen gesprochen werden.

Es ergibt sich, daß man mit steigendem Interesse der Arbeiter an den KV-Abschlüssen wird rechnen können. Das ist auch günstig. *(H l)*

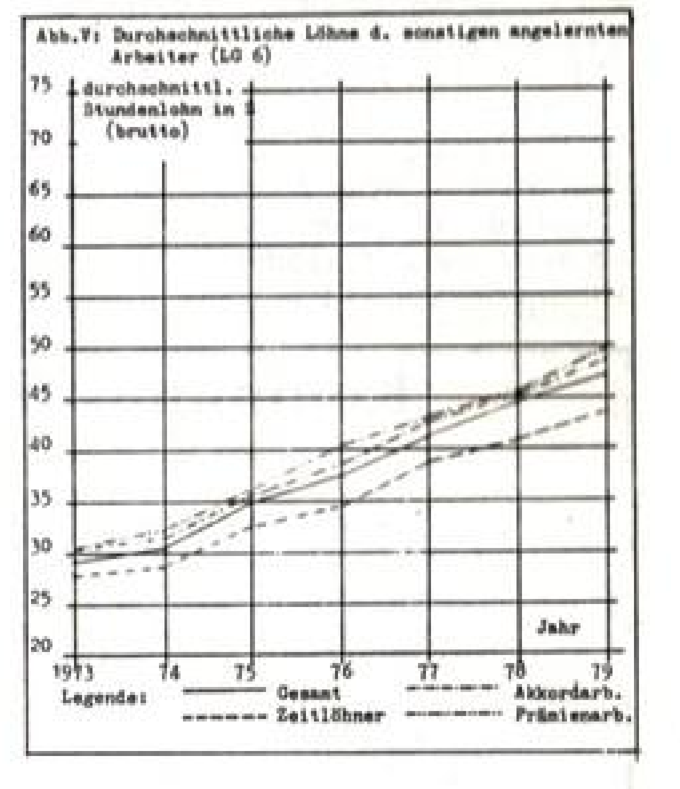
Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne qualifiziert angelernter Arbeiter in der Industrie (Elektro) von 1973 bis Oktober 1973 in Schilling

Jahr	Gesamt		Lohnarbeit		Akkord		Prämienarbeit	
	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn
1973	5.767	30,45	2.888	28,49	2.582	32,70	297	29,99
1974	6.191	31,30	2.923	29,22	2.448	33,27	320	32,29
1975	5.617	37,66	2.676	35,39	2.532	39,92	409	38,53
1976	5.335	41,17	2.334	38,78	2.562	43,60	459	39,79
1977	5.585	45,17	2.449	42,61	2.289	47,12	847	47,33
1978	5.270	50,86	2.280	48,44	2.180	53,21	810	51,04



Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne sonstiger angelernter Arbeiter in der Elektroindustrie von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt		Lohnarbeit		Akkord		Prämienarbeit	
	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn
1973	17.381	27,82	4.922	25,41	11.573	28,77	886	28,77
1974	16.153	29,12	4.192	26,37	10.881	30,02	1.080	30,63
1975	13.879	34,96	3.557	32,40	9,186	35,72	1.136	36,81
1976	13.840	37,79	3.660	34,87	9.060	38,64	1.120	40,46
1977	14.228	41,91	3.524	38,98	9.278	42,86	1.426	43,25
1978	14.902	44,85	3.609	41,38	10.078	46,02	1.215	45,49
1979	14.526	47,02	3.514	43,55	9.773	48,03	1.239	49,50

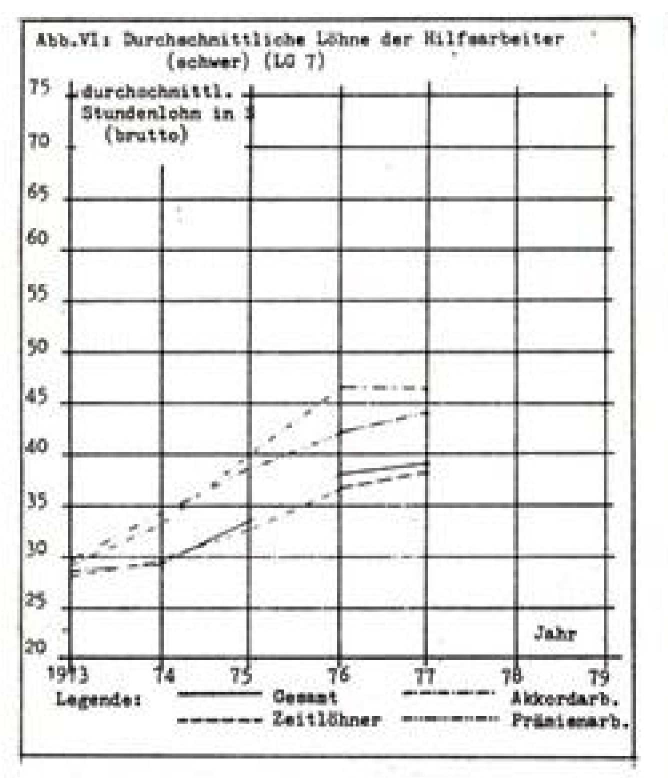


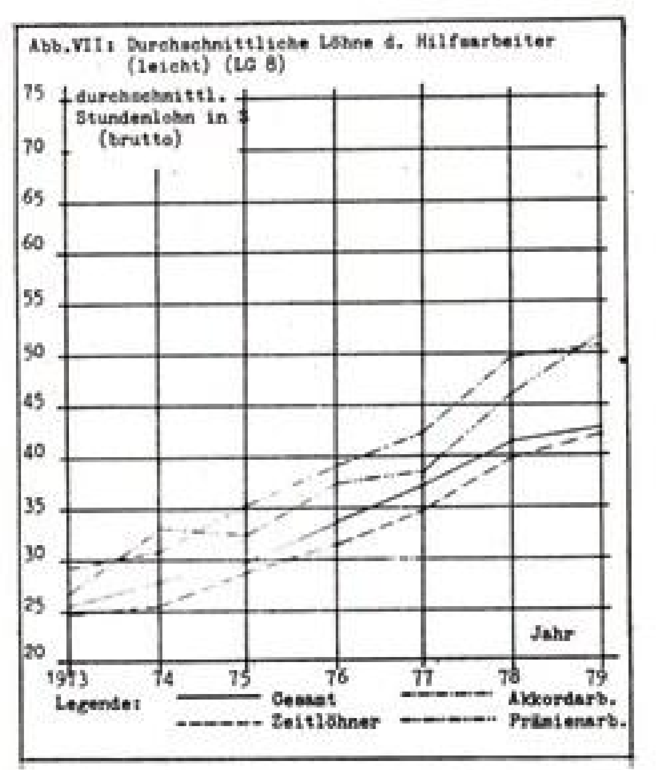
Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Hilfsarbeiter (schwer) in der Elektroindustrie von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt		Lohnarbeit		Akkord		Prämienarbeit	
	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn
1973	2.435	26,92	2.164	26,03	188	26,87	86	27,68
1974	2.341	27,39	2.040	26,57	91	32,25	210	33,30
1975	2.091	33,50	1.703	32,30	48	40,22	340	38,23
1976	1.686	38,28	1.275	36,69	98	46,50	313	42,28
1977	1.684	39,25	1.437	38,28	74	46,36	173	44,28
1978	——	——	——	——	——	——	——	——

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne der Hilfsarbeiter (leicht) in der Elektroindustrie von 1973 bis Oktober 1979 in Schilling

Jahr	Gesamt		Lohnarbeit		Akkord		Prämienarbeit	
	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn	Anzahl d. Arb.	Stundenlohn
1973	2.073	24,44	1.630	23,62	360	27,91	83	25,59
1974	2.301	26,49	1.488	24,25	364	29,28	449	31,62
1975	1.801	29,96	1.397	28,81	213	35,22	191	32,48
1976	2.164	33,67	1.496	31,29	429	39,25	266	37,77
1977	2.136	37,08	1.354	34,71	574	42,17	208	38,45
1978	2.806	41,47	2.164	39,51	262	49,09	380	47,09
1979	2.550	42,60	2.162	42.07	130	50,55	258	51,78





„Willst Du den bürgerlichen Militärapparat stärken, Paul Steigan?“

Im Zug einer Debatte, die die norwegische AKP(m-l) seit Anfang des vergangenen Jahres über die politische Linie in der Militärpolitik der norwegischen Kommunisten führte, gab der Vorsitzende der AKP(m-l) der „Roten Fahne“, Zeitschrift für kommunistische Theorie und Diskussion ein Interview, in dem er sich mit den militärpolitischen Festlegungen des „Prinzipienprogramms der AKP(m-l)“ aus dem Jahr 1976 auseinandersetzt, für die Unterstützung bestimmter Militärausgaben für die bürgerliche Armee und für eine Einheitsfront gegen die sowjetischen Kriegsvorbereitungen eintritt.

Das vorläufige Ergebnis dieser Debatte in der AKP(m-l) sind Beschlußunterlagen, die von einem Programmkomitee der Parteikonferenz 1980 vorgelegt werden und zu Änderungen des „Prinzipienprogramms“ führen sollen.

Da diese Fragen heute auch für die kommunistische Bewegung, die Arbeiterklasse und das Volk in Österreich von großer Bedeutung sind, haben wir das Interview aus der „Roten Fahne“ der AKP(m-l) (Nr. 3/79) übersetzt und drucken es gemeinsam mit den entsprechenden Passagen aus dem „Prinzipienprogramm“ ab. *(ZR-wik)*

Rote Fahne: Ende März 1979 wurde in Oslo eine öffentliche Diskussionsveranstaltung über die Militärpolitik abgehalten. Bei diesem Treffen hast Du einen Standpunkt dargelegt, der in mehreren wichtigen Punkten im Widerspruch zur Militärpolitik steht, wie sie die AKP(m-l) bisher propagiert hat. Stimmt das, Paul Steigan?

Paul Steigan: Nein! Aber ich warf einige Fragen auf, die diskutiert werden müßten. Ich meine, daß es Schwächen bei Teilen der Militärpolitik der AKP(m-l) gibt, aber diese berührte ich bei diesem Vortrag eigentlich nicht.

Rote Fahne: Welche sind Deiner Meinung nach die bedeutendsten Schwächen in der Militärpolitik der AKP(m-l)?

Paul Steigan: Laß mich zuerst sagen, welche die wichtigsten starken Seiten sind. Das wichtigste ist, daß das Prinzipienprogramm von 1976 unsere langfristige Militärstrategie aufwirft. Es hält fest, daß nur der Volkskrieg einen eventuellen Angreifer abwehren kann. Wir müssen der Strategie des langandauernden Krieges folgen und das ganze Volk mobilisieren. Das steht unwiderruflich fest. Eine andere wichtige Sache ist, daß das Programm den Klassencharakter der Verteidigung in Norwegen als bürgerlichen Militärapparat unter dem Kommando der Bourgeoisie definiert. Dieser Militärapparat kann nicht in einen Militärapparat des Volkes umgewandelt werden. Das ist genauso wichtig.

Weiters nimmt das Programm Abstand von den beiden Supermächten und wirft ein

besonderes Licht auf die Sowjetunion. Da gibt es eben Schwächen im Prinzipienprogramm. Z.B. wird keine Einschätzung einer *konkreten* Kriegssituation gemacht und darüber, wie wir die Partei und das Volk in Norwegen auf den Kampf gegen die steigende Kriegsgefahr vorbereiten wollen. Weiters meine ich, daß das Programm eine zu enge Haltung zu den Ausgaben für den bürgerlichen Militärapparat einnimmt. So, wie die Aufgaben im Programm formuliert sind, haben wir keine Möglichkeit, auf die Diskussion einzuwirken, z.B. welche Typen von Militärausgaben wir uns vorstellen, solange die Bourgeoisie die Macht besitzt. Das ist äußerst ungünstig, weil es eine starke Diskussion darüber in Norwegen gibt. An dieser Diskussion müssen wir uns unbedingt beteiligen. Das Programm kann auch den Schein erwecken, daß es uns gleichgültig ist, ob der bürgerliche Militärapparat gerüstet ist, gegen eine sowjetische Invasion zu kämpfen.

Das Problem besteht darin, daß das Programm einen Widerspruch beinhaltet. Auf der einen Seite steht, daß wir wünschen, daß der bürgerliche Militärapparat sich bestmöglich schlägt. Auf der anderen Seite heißt es, daß wir *prinzipiell* gegen Militärausgaben sind.

Nun wissen wir, daß die Haltung zu den Militärausgaben von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung variiert hat. Während des ersten Weltkriegs hat Lenin gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten gekämpft. Im zweiten Weltkrieg hat sich Dimitroff dafür eingesetzt, daß die Kommunisten die Militärausgaben und die Anstrengungen der Bourgeoisie, den bürgerlichen Militärapparat zu stärken, um gegen die deutsche Aggression zu bestehen, unterstützen sollen.

Dieser letzten Aufgabe in der Militärarbeit haben wir meiner Meinung nach zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das haben einige Formulierungen im Prinzipienprogramm begünstigt.

Heute ist es faktisch so, daß es für die Arbeiterklasse in Norwegen von großem Interesse ist, auf welche Waffentypen und auf welche Militärausbildung die bürgerliche Verteidigung setzt. Wir können diesen Fragen nicht gleichgültig gegenüberstehen, wenn wir gleichzeitig aufzeigen, daß die Verteidigung aus dem Militärapparat der Bourgeoisie besteht und ihren Interessen dienen soll.

Die Klassiker über Militärausgaben

Rote Fahne: 1916 sagte Lenin: „*Was die Miliz betrifft, so würden wir sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern für eine proletarische Miliz. Deshalb keinen Mann und keinen Groschen, nicht für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz, auch in solchen Ländern wie den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Norwegen usw.*“ (1) Das wirkt so, als ob Lenin das als *prinzipielle* Grundlage aufwirft, ähnlich wie das heutige Prinzipienprogramm der AKP(m-l). Glaubst Du, daß Lenin irrte oder meinst Du, daß es eine taktische Aufgabe ist, die eingeschätzt werden muß? In welcher Weise, meinst Du, hat sich die Situation verändert?

Paul Steigan: Es ist beides - eine taktische und eine prinzipielle Aufgabe. Lenin erörterte u.a. die Aufgaben der Miliz oder der regulären Formationen. Er stellte fest, daß es keinen Unterschied zwischen einer bürgerlichen Miliz und einem anderem bürgerlichen Militärapparat gibt. Das war nämlich eine Illusion der Sozialisten zu Lenins Zeit. Nein zu den Militärausgaben für das stehende Heer zu sagen, aber als sozialistische Alterna-

Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens (m-l) zur Militärfrage

Wenn Norwegen ein Opfer einer imperialistischen oder sozialimperialistischen Okkupation wird und die Diktatur der norwegischen Bourgeoisie durch die Militärdiktatur einer imperialistischen Macht ersetzt, wird sich der Hauptwiderspruch ändern. Auf der einen Seite des Hauptwiderspruchs steht die imperialistische Besatzungsmacht auf der anderen die unterdrückte norwegische Nation und ihre nationalen Minderheiten.

Das bedeutet nicht, daß der antagonistische Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat innerhalb der norwegischen Nation verschwindet oder unwichtig wird. Dieser Widerspruch wird nur zweitrangig durch die Unterordnung unter den neuen Hauptwiderspruch. Vielmehr wird die innere Auseinandersetzung innerhalb der norwegischen Nation rascher entschieden. Es wird entschieden, welche Klassen innerhalb der norwegischen Nation für die nationale Befreiung kämpfen und welche Klassen die Nation verraten wollen.

Wenn Norwegen in einen dritten imperialistischen Weltkrieg hineingezogen wird, und das Land zu einem Schlachtfeld für die Heere der Supermächte wird, wird das verstärkte imperialistische Ausbeutung und bürgerliche Unterdrückung bedeuten. Aber die Partei und das Proletariat werden dennoch andere Aufgaben zu lösen haben als jetzt.

Der sowjetische Sozialimperialismus plant heute einen Blitzkrieg gegen Norwegen vom Osten, vom Norden und vom Süden. Der USA-Imperialismus und die Nato planen eine Invasion vom Westen und vom Süden. Wenn diese Pläne Wirklichkeit werden, ist es die erste Aufgabe für die Partei, die Arbeiterklasse und das Volk, durch die richtige Führung Norwegen im Verteidigungskrieg gegen den imperialistischen Angriff zusammenzuschließen. Die AKP(m-l) weist alle Gedanken zurück, daß es richtig sei, sich mit einer Supermacht gegen die andere zu verbünden, um das Land zu befreien. Daher kann sich die Arbeiterklasse oder ihre Partei weder mit den USA und der Nato verbünden, um die Sowjetunion zu schlagen, noch sich mit der Sowjetunion und den Warschauer Pakt, um die USA zu schlagen.

Die militärischen Streitkräfte Norwegens reichen nicht aus, um die nationale Selbständigkeit zu verteidigen. Sie dienen der gewaltsamen Unterdrückung der Werktätigen, bieten dem US-Imperialismus Kanonenfutter und verbessern die Positionen des US-Imperialismus in Norwegen. Die prinzipielle Haltung der AKP(m-l) ist, daß wir mit keiner einzigen Öre die militärische Ausrüstung stärken wollen, daß wir sie nicht unterstützen können, und daß wir das norwegische Volk aufklären, sie als Werkzeug des Klassenfeindes und des Imperialismus zu betrachten. Das Proletariat muß dennoch die Wehrpflicht nutzen, um die Waffen zu beherrschen und die Militärkunst zu erlernen. Die Kommunisten und die fortschrittlichen Menschen müssen unter den Soldaten arbeiten, um sie für den Kampf gegen Militarismus, Reaktion und Bourgeoisie zu gewinnen.

Für den Fall, daß der Sozialimperialismus Norwegen angreift, gibt es keinen Grund, damit zu rechnen, daß die bürgerliche „Verteidigung“ großen Widerstand leisten wird. Eher ist es wahrscheinlich, daß die militärischen Streitkräfte wie schon 1940 kapitulieren Sollten sie
unter der bürgerlichen Regierung gegen einen imperialistischen Angriff Widerstand leisten, wird die AKP(m-l) das als einen gerechten Krieg betrachten, den das Proletariat unterstützt.

Die bürgerliche Regierung kann einen solchen gerechten Krieg in einen ungerechten Krieg umwandeln. Solch eine Möglichkeit würde zutreffen, wenn der Krieg in der Hauptsache infolge einer Attacke des US-Imperialismus an dessen Seite geführt wird. Dann würde es zutreffen, daß die Regierung dem US-Imperialismus die Soldaten als Kanonenfutter anbietet, und das Land in Wirklichkeit nicht gegen den Sozialimperialismus verteidigt. In diesem Fall wäre der Krieg kein gerechter Krieg, sondern ein imperialistischer Krieg.

Selbst wenn die norwegische „Verteidigung“ einen gewissen Widerstand gegen einen Angriff leisten sollte, ist es sehr wahrscheinlich, daß dieser nach kurzer Zeit zusammenbricht.

Der einzige wirkliche Schutz für das norwegische Volk gegen einen imperialistischen Weltkrieg ist das bewaffnete Volk selbst. Nur dieses und niemals ein reaktionäres Heer der bürgerlichen Kapitulanten ist eine wirkliche politische Kraft, die das Land gegen alle Angriffe verteidigen kann.

Daher antwortet die AKP(m-l) auf die offene Drohung der imperialistischen Supermächte nicht mit der Forderung nach Aufrüstung des reaktionären norwegischen Militärapparates, sondern nach *Volksbewaffnung* und fordert das Proletariat und die Werktätigen auf, sich zu bewaffnen und die Militärkunst zu erlernen.

Für den Fall eines Angriffes auf Norwegen ist es die Pflicht der AKP(m-l), das Proletariat und die Werktätigen im Verteidigungskrieg gegen alle angreifenden Imperialistenmächte zu führen, ob sie vom Osten oder Westen kommen.

Sobald eine Supermacht einen Angriff auf Norwegen beginnt, müssen die Arbeiterklasse und das Volk mit der Organisierung des bewaffneten Widerstands antworten, unabhängig davon, ob die Bourgeoisie ihn führt, was das bürgerliche Heer macht bzw. ob die Bourgeoisie weiteren Widerstand unterstützt oder nicht.

Das Proletariat muß auf einen Angriff mit dem *national-revolutionären Freiheitskrieg gegen den imperialistischen Krieg antworten.* Gegen die imperialistische Angriffsmacht, die einen ungerechten Krieg führt, müssen die Werktätigen Norwegens mit dem gerechten Verteidigungskrieg antworten.

Nur das Proletariat und die Werktätigen haben durch den mit aller Kraft geführten Kampf gegen die Angriffsmacht alles zu gewinnen und nichts zu verlieren. Nur darin liegt die Kraft, die das Interesse der Nation und des Volkes verteidigen und Norwegen befreien kann. Was in diesem Fall die Bourgeoisie betrifft, wird das dadurch entschieden, daß die norwegische Bourgeoisie in der Hauptsache ein Verräter der nationalen Interessen Norwegens ist. Die gesamte Bourgeoisie und besonders die großen Monopole werden weiterhin Ausbeutung betreiben und die Zusammenarbeit mit den Besatzern suchen. Daher werden sie in der Praxis den Widerstandskampf behindern. Selbst wenn bürgerliche Einzelpersonen oder Gruppen gemeinsam mit den Werktätigen gegen die Besatzungsmacht kämpfen wollen, können sie jederzeit schwanken und den Kampf verraten. Niemals können sie eine wirkliche politische Stütze sein, und niemals dem Kampf eine konsequente Führung geben, die zum Sieg führt.

Wenn das Volk einen solchen Besatzer aus dem Land geschlagen hat, wird der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat neuerlich zum Hauptwiderspruch.

Der Hauptwiderspruch während einer Besatzung muß dadurch gelöst werden, daß das Proletariat und seine Partei sich mit allen patriotischen Klassen und Gruppen zu einer nationalen Befreiungsfront zusammenschließen, ein Volksheer aufbauen und einen national-revolutionären Freiheitskrieg entsprechend den Prinzipien des langandauernden Volkskriegs führen, um den Feind aus dem Land zu werfen.

Ein solcher national-revolutionärer Befreiungskrieg wird unter verstärkter kapitalistischer Herrschaft in Norwegen geführt. Das erste Ziel in diesem Krieg ist nicht, den Kapitalismus zu stürzen, sondern die Angriffsmacht hinauszuwerfen, und das Land zu befreien. Das heißt aber nicht, daß ein solcher Krieg von der Bourgeoisie geführt werden wird. Es ist denkbar, daß bürgerliche Einzelpersonen und Gruppen in einer solchen Situation mit den Werktätigen zusammen kämpfen wollen. Aber sie können dem Kampf keine konsequente Führung geben und sie werden jederzeit die Befreiungsbewegung dazu benützen, eine imperialistische Macht hinauszuwerfen, nur um der anderen die Tür zu öffnen. Deshalb darf das Proletariat unter keinen Umständen die Führung im Befreiungskampf abgeben.

Wenn es dem Proletariat und den Werktätigen gelungen ist, Norwegen durch einen national-revolutionären Befreiungskrieg zu befreien, wird der Weg bereitet, um zur Durchführung der sozialistischen Revolution weiterzugehen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Ob das geschieht, hängt vom politischen Bewußtsein und dem politischen Willen des Proletariats ab und besonders davon, ob die Partei des Proletariats stark genug ist und einer richtigen marxistisch-leninistischen Linie folgt, die Revolution weiterzuführen.

tive die Ausgaben für eine bürgerliche Miliz zu unterstützen. Das weist Lenin im Ausgangspunkt als eine Fehlkonstruktion zurück. Dieses Prinzip hat sich nicht geändert. Wenn ich sage, daß es notwendig sein kann, Ausgaben für den bürgerlichen Staatsapparat zuzustimmen, heißt das nicht, daß das irgendetwas am bürgerlichen Charakter des Militärapparats ändert. Vielmehr bin ich der Ansicht, daß ich einen bürgerlichen Militärapparat, der sich gegen eine Invasion verteidigen kann, einem bürgerlichen Militärapparat vorziehe, der sich gegen eine Invasion *nicht* verteidigen kann. Das ist eine Wahl zwischen zwei Übeln. Diese Aufgabe scheint mir Lenin nur teilweise zu behandeln.

Lenin drückt sich äußerst präzise aus. Er läßt nicht den geringsten Raum dafür, von der konkreten Situation zu abstrahieren. Wir wissen aber, daß das immer wieder von den Kommunisten gemacht worden ist. Die wichtigste Polemik von Lenin während des ersten Weltkriegs war gerade gegen die deutschen, französischen und englischen Überläufer. Diese unterstützten die Kriegshetze ihrer eigenen Bourgeoisie und wurden ein Alibi für ihre eigene Bourgeoisie in einem imperialistischen Krieg, ein Aufteilungskrieg zwischen zwei imperialistischen Blöcken. Das ist aber nicht die Situation, vor der Norwegen steht.

Rote Fahne: Ist die Aufgabe bezüglich der Militärausgaben für die bürgerliche, norwegische Verteidigung eine Hauptaufgabe innerhalb der heutigen Diskussion über die Militärpolitik?

Paul Steigan: Ja, das ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Es gibt eine Reihe verschiedener Auffassungen darüber. Z.B. die Auffassungen der Sozialistischen Venstrepartei SV (2). Sie ist für gewisse Militärausgaben und setzt sich für eine sogenannte „Selbstverteidigung" ein (3).

Der Standpunkt, der sagt, daß der bürgerliche Militärapparat keine Ausgaben verdient, weil er gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden kann, läßt sich nicht verantworten. Es leuchtet ein, daß die „Selbstverteidigung" der SV darauf hinausläuft, einen Arbeiteraufstand niederzuschlagen. So ein Militärapparat kann einen wie schlecht auch immer organisierten Arbeiteraufstand niederschlagen.

Aber er wird keine wie auch immer bedeutende Herausforderung für eine sowjetische Invasion darstellen. Der Vorschlag der SV ist von den sowjetischen Interessen aus betrachtet ausgezeichnet. Eine „Selbstverteidigung" würde ihnen die geringsten Probleme bereiten und die Okkupation am ehesten ermöglichen.

Dann haben wir eine andere Ausgabenpolitik, die sagt, daß Geld für F-16-Flugzeuge bewilligt werden soll, um die militärische Stärke möglichst zu mechanisieren, für große militärische Schlagkraft usw. Dazu will ich sagen, daß die F-16 rein militärisch betrachtet, eine gewaltige Fehlplanung ist. Für den Fall einer sowjetischen Invasion wären möglicherweise viele Fliegerabwehrgeschütze und Panzerabwehrwaffen nötig, sowie möglichst viele Kampfeinheiten, die in deren Anwendung ausgebildet sind. Hier ist bisher katastrophal wenig gemacht worden. Ebensowenig ist bisher bei der Zivilverteidigung, bei der zivilen Bereitschaft geschehen.

Wir können uns nicht auf die Position stellen, daß wir für Fliegerabwehrgeschütze und Panzerabwehrwaffen sind und gleichzeitig gegen jede Ausgabe für die bürgerliche Verteidigung. Das wäre total unlogisch. Daher wollen wir in die konkrete Diskussion eintreten. Wir müssen Stellung beziehen, welche Art bürgerlicher Verteidigung wir trotz allem vorziehen. Wir sind zur Feststellung gezwungen, daß wir bestimmte Arten von Militärausgaben anderen Arten vorziehen.

Rote Fahne: In Verbindung damit, daß Du einen sowjetischen Angriff auf Norwegen für wahrscheinlich hältst, meinst Du, daß die Kommunisten eine ganz konkrete Politik zum Militärbudget machen sollen. Du meinst also, daß wir bestimmte Teile davon unterstützen und gegen bestimmte Teile auftreten sollen. Weiters meinst Du, daß wir nicht die norwegische Armee beeinflussen versuchen, sondern daß sie sich in eine bestimmte Richtung entwickelt usw.?

Paul Steigan: Ja, das stimmt. Wir können nicht irgendein bürgerliches Militärbudget als Ganzes unterstützen. Ein solches Budget beinhaltet aber auch einiges, was für die Kommunisten keineswegs unterstützenswert ist.

Weiters soll ein Militärapparat funktionieren, sowohl nach innen als auch nach außen. Das richtet sich ebenso gegen die Arbeiterklasse wie auch gegen eventuelle Invasionskräfte. In unserer Militärpolitik müssen wir Gewicht auf jene Seite legen, die das Volk bestmöglich befähigt, Widerstand gegen die Invasion zu leisten.

Das Prinzipienprogramm ist einseitig

Rote Fahne: Im Prinzipienprogramm der AKP(m-l) steht: „*Die bewaffneten Formationen in Norwegen sind nicht geschaffen, um die nationale Selbständigkeit Norwegens zu verteidigen. Sie beruhen auf der gewaltsamen Unterdrückung der Werktätigen.*" Nun kann man aber feststellen, daß bestimmte Teile des norwegischen Heeres gestärkt werden sollten, weil sie einen Widerstand gegen einen sowjetischen Angriff leisten könnten. Beinhaltet das nicht eine andere Einschätzung als jene, die im Prinzipienprogramm steht?

Paul Steigan: Ja, ich glaube, daß die Einschätzung, wie sie im Prinzipienprogramm steht, zu einseitig ist. Die Meinung im Prinzipienprogramm ist die, daß die Hauptseite des Militärapparats darin besteht, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu sichern. Es ist aber klar, wenn die norwegische Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft sichern will, bedeutet das auch, daß Teile dieser Bourgeoisie auch daran interessiert sind, sich davor zu sichern gegen eine ausländische Invasionsmacht zu unterliegen.

Während des zweiten Weltkriegs haben wir gesehen, daß Teile der Bourgeoisie wirklich einen militärischen Kampf führen wollten. Diese Seite existiert auch. Der bürgerliche Militärapparat hat beide Seiten. Die eine soll die Macht der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse sichern, die andere soll die Macht der Bourgeoisie gegen die Invasion sichern.

Wenn wir die Wahl zwischen zwei Übeln haben, die bürgerlich demokratische Diktatur in Norwegen oder eine faschistische sowjetische Militärdiktatur, ziehen wir die erste vor. Sie bietet tausendmal bessere Kampfmöglichkeiten für die norwegische Arbeiterklasse, um für den Sozialismus zu kämpfen. Sie bietet demokratische und nationale Recht, die es unter einer sowjetischen Besatzung nicht gäbe. Hier besteht ebenfalls ein Widerspruch im Programm. Seit kurzem sieht man ganz klar, daß die bürgerliche Verteidigung sich ausrechnen kann, daß sie gegen eine Invasion kämpfen muß. Das bedeutet nicht, daß wir eine Garantie haben, daß sie gegen eine Invasion auch kämpfen *will*. Das ist eine politische Aufgabe.

Der bürgerliche Militärapparat kapitulierte zuletzt und höchstwahrscheinlich kapituliert er beim nächsten Mal ebenfalls. Es gibt aber starke Kräfte sowohl in der Bourgeoisie als auch in den anderen Klassen, die eher für einen Widerstandkampf gegen die Invasion eingestellt sind. Das ist gut. Daß die Kapitulation 1940 erfolgte (4), war äußerst schädlich. Wir kämpfen darum, die Kapitulation zu verhindern. Es wird eine politische Sache, die Kapitulation durch Kampf zu verhindern.

Rote Fahne: Du meinst, daß die Erfahrungen von 1940 darauf hinweisen, daß es während der drohenden Besatzung keinen besonderen Widerstand geben könnte?

Paul Steigan: Dazu will ich feststellen, daß es heute bürgerliche Kräfte gibt, die den Ausverkauf der nationalen Unabhängigkeit auf eine einzige Art betreiben, z.B. um Handelsrechte mit der Sowjetunion zu erhalten. Die norwegische Bourgeoisie ist keine solche Bourgeoisie, wie wir sie in der Dritten Welt finden. Aber ich glaube auch, daß es heute einen größeren Teil als noch 1940 innerhalb der Bourgeoisie gibt, der wirklich auf einen Kampf gegen die Besatzung eingestellt ist. Darüber sollten wir nicht hinwegsehen. Das steht auch in der norwegischen Gesetzgebung als eine Erfahrung von 1940. Es ist *verboten*, zu kapitulieren. Die Offiziere könnten sich unmöglich darauf ausreden, sie wüßten nicht, was sie zu tun hätten, falls sie keinen Kontakt zu den zentralen Behörden haben. Entsprechend der norwegischen Gesetzgebung ist es ihre *Pflicht*, zu kämpfen. Es wäre Hochverrat, etwas anderes zu tun. Das ist eine positive Sache, die genutzt werden muß.

Rote Fahne: Du sagst, daß heute stärkere Kräfte innerhalb der Bourgeoisie zum Kampf bereit sind als 1940.

Paul Steigan: Heute gibt es militärische Pläne. Man kann darüber diskutieren, wie realistisch sie sind. Ich übe starke Kritik an ihnen, das will ich hier offen sagen. Weiters schätzen beide, die Führung der militärischen Verteidigung und wir es so ein, daß eine Invasion durch die Sowjetunion die größte bevorstehende Bedrohung darstellt. 1940 war es eine höchst unklare Aufgabe , wer sich eigentlich gegen wen vorbereitet. 1940 gab es Kräfte, die meinten der große Feind wäre die sozialistische Sowjetunion. Selbstverständlich gab es auch pro-britische Kräfte, die mehr darauf eingestellt waren, gegen die Deutschen zu kämpfen.

Aber jetzt haben wir die Situation, daß die

Sowjetunion ihren Charakter geändert hat, daß sie nicht mehr sozialistisch ist. Wir haben eine Verteidigung, die sich im Ausgangspunkt gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion richtete, während sie sich heute gegen eine imperialistische Sowjetunion richtet. Sie plant und betreibt Übungen, wie sie gegen eine solche Invasion kämpfen soll.

Daher können wir nicht behaupten, daß es keinen Widerstand gegen die Sowjetunion geben werde. Man kann nicht einfach behaupten, es sei eine große Verschwörung im Gange, es werde ein Narrenspiel bezüglich der Ausgaben für das Verteidigungsbudget aufgeführt. Eine andere Sache ist die Geschichte der Kuba-Krise von 1960, wo sich unsere Offiziere versteckten und erst lange nachher wieder gefunden wurden. Innerhalb des Offizierskorps gibt es sicherlich welche, die, wie schon 1940, vollständig kapitulieren wollen. Diese Möglichkeit müssen wir in Betracht ziehen. Gerade deshalb ist diese Diskussion so wichtig. Wir müssen dafür arbeiten, daß unter den Soldaten und den unteren Kommandostellen ein möglichst starker Widerstand gegen eine Kapitulationstendenz entsteht. Wenn das Oberkommando wie 1940 handelt, so darf es nicht nur einen Hannevig geben, der die Streitkräfte mobilisierte und den Widerstand wie in Vinjesvingen führte (5). Es muß viele geben.

Die politische Grundlage ist heute dafür besser als 1940.

Bewaffnung gegen die Werktätigen?

Rote Fahne: Wie willst Du den Werktätigen klarmachen, daß die Waffen, die Du willst und wofür Du die Ausgaben befürwortest, nicht gegen sie gerichtet werden?

Paul Steigan: Das kann nur dann erreicht werden, wenn unter den Soldaten eine starke Meinung entsteht, daß keine Waffen gegen das Volk gerichtet werden dürfen. Es ist klar: Hätte die „Rote Wahlallianz" (6) einen Vertreter im Parlament, würde er sich auch für die Forderung nach gesetzlichem Verbot für die Anwendung von Waffengewalt gegen das Volk einsetzen. Das würde die Bourgeoisie an der Anwendundung der Waffe nicht hindern, es wäre aber ein ausgezeichnetes Mittel zur Mobilisierung dagegen. Wir wissen von früheren Soldatenaktionen, daß es relativ leicht ist, die Soldaten dafür zu gewinnen, sich nicht gegen das Volk mißbrauchen zu lassen.

Es war nicht der Mangel an Waffen, der den Zaren 1917 gehindert hat, die Soldaten gegen das Volk einzusetzen, sondern die Sympathie der Soldaten mit der Revolution gegen den Zaren.

Rote Fahne: Wir wollen weiter aus dem Prinzipienprogramm zitieren: „*Sobald eine Supermacht einen Angriff auf Norwegen beginnt, müssen die Arbeiterklasse und das Volk mit der Organisierung des bewaffneten Widerstandes antworten, unabhängig davon, ob die Bourgeoisie ihn führt, was das bürgerliche Heer macht bzw. ob die Bourgeoisie weiteren Widerstand unterstützt oder nicht.*" Das bedarf einer Erklärung. Heißt das, daß die AKP (m-l) bei Ausbruch eines Krieges und wenn sowjetische Soldaten in Norwegen stehen, ihre Mitglieder, Sympathisanten und die revolutionären Arbeiter *nicht* auffordern wird, sich in das bürgerliche *Heer* einberufen zu lassen?

Die Kommunisten müssen zum Militär gehen

Paul Steigan: Nein, im Gegenteil. Ich betrachte es als einen großen Vorteil, daß viele Antiimperialisten und Revolutionäre, die zum Militär gehen, wissen und zeigen, daß sie auch einen Kampf in einer mobilisierten Einheit führen können. Über eine Parole zur Unterstützung der Mobilisierung will ich nicht Stellung nehmen, auch wenn Nicht-Kommunisten das aktiv zeigen; daß sie sich mobilisieren lassen, Waffen fordern und verlangen, sie einsetzen zu können, weil der Militärdienst einige Bedeutung hat. Was im Prinzipienprogramm steht, bezieht sich auch auf solche Teile des Volkes, die nicht einberufen werden, die aus dem einen oder dem anderen Grund von der Einberufung freigestellt sind — Frauen und auch solche, die zum Beispiel im Chaos durch Einberufungsbefehle nicht erreicht werden usw. — daß sich ebenfalls am militärischen Kampf beteiligen sollen.

Eine Kriegssituation bedeutet in jedem Fall für eine gewisse Periode Fronten, Chaos, besetzte Gebiete. In den besetzten Gebieten wird es kaum reguläre Militäreinheiten geben. Gerade da muß der Guerillawiderstand geführt werden, um den militärischen Kampf in Gang zu setzen. Es ist wichtig, daß die Besatzungsmacht nicht in der Lage ist, ein Gebiet zu beherrschen, wo sie bleiben kann und die militärische Kontrolle ausübt. Die Deutschen versuchten nach der Kapitulation 1940 einen solchen Zustand zu schaffen.

Patriotische Einheitsfront

Rote Fahne: Wenn Norwegen besetzt wird, so hält es die AKP (m-l) für richtig, eine Front aller patriotischen Kräfte zu organisieren, ein nationales Volksheer aufzubauen und den Angreifer hinauszuschmeißen. Alle Patrioten werden bei diesem Kampf willkommen geheißen, selbstverständlich auch jene, die heute erbitterte Feinde der AKP (m-l) und des Sozialismus sind. Kannst Du erläutern, wie Du Dir diese Front vorstellst. Wer glaubst Du, wird in diese Front finden? Wird die Zusammenarbeit mit Kräften nicht schwierig sein, die neuerlich ein kapitalistisches Norwegen anstreben, nachdem der Angreifer aus dem Land geschlagen worden ist?

Paul Steigan: Da wird es scharfe Widersprüche und Kampf zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb einer solchen Front geben. Aber die historischen Erfahrungen anderer Länder beweisen, daß eine solche Front möglich ist. Es entstand auch eine gewisse Zusammenarbeit während des letzten Krieges. Aber diese entstand unter den Voraussetzungen der Bourgeoisie. Der Grund dafür, daß Norwegen nach dem Krieg auf bürgerlich demokratische Weise kapitalistisch wurde, lag darin, daß die Bourgeoisie die Führung im Widerstandskampf hatte.

Das ist keinesfalls durch das Schicksal bestimmt. Es muß die politische Aufgabe der Arbeiterklasse während eines solchen Widerstandskampfes sein, die Führung in ihm zu erringen und sie *nicht* der Bourgeoisie zu überlassen.

Das setzt wiederum voraus, daß die Arbeiterklasse und die Revolutionäre von Beginn des Widerstandskampfes an der Spitze stehen. Sie können nicht nach und nach kommen, wie es die NKP tat. Es ist ein Faktum, daß die NKP nach dem 9. April Parolen *gegen* den Widerstandskampf hatte. Das dürfen wir niemals vergessen.

Rote Fahne: Du sagst, daß es möglich sein wird, eine solche Front zu bilden. Sollte das nicht die heutige Politik der AKP(m-l) prägen? Sollte die Partei die Kritik an konservativen Kräften, die auf die sowjetische Bedrohung hinweisen und fordern, daß sich Norwegen verteidigen soll, nicht mäßigen? Würde eine solche Politik die Möglichkeiten für die Zusammenarbeit in der Zukunft nicht bessern?

Die Norwegische Kommunistische Partei — die äußerste Rechte

Paul Steigan: Nein, wir schätzen jede politische Gruppe von dem Standpunkt aus ein, den sie zu verschiedenen Dingen einnimmt. Es ist klar, wenn es um Aufgaben in Bezug auf die Sowjetunion geht, dann findet man die reaktionärsten Standpunkte nicht unter den Konservativen, die Du meinst, sondern in der „NKP" und innerhalb gewisser Teile der SV. Diese Kräfte setzen sich völlig offen dafür ein, sich einer sowjetischen Okkupation unterzuordnen.

Die Hoeyre, die DNA (7) und die Gewerkschaftsführung sind die größten Reaktionäre auf der anderen Seite: Laß uns über das Berufsverbot reden. Wir wissen, daß die Hoeyre und die DNA eine reaktionäre Politik betreiben. Wir müssen die verschiedenen Kräfte im Verhalten zur politischen Situation und zu den Standpunkten, die sie einnehmen, einschätzen. Was die Situation in Norwegen heute hauptsächlich dominiert, das ist der Kampf zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse und *nicht* der Kampf zwischen einer Besatzungsmacht und der norwegischen Nation.

Wenn eine Invasion erfolgt, wird sich auch das politische Gewicht der Propaganda ändern. Wenn die reaktionären Kräfte der „Aftenposten" (8) aufhören, eine arbeiterfeindliche Politik zu betreiben, werden sie deswegen selbstverständlich von uns nicht kritisiert werden. Dafür gibt es aber keinen Grund. Genauso wenig Grund gibt es, darauf zu warten, daß die NKP eine Politik gegen die Sowjetunion einschlägt.

Rote Fahne: Bei der früher genannten Veranstaltung in Oslo sprachst Du Dich gegen die Nato aus. Du sagtest, daß die Nato eine imperialistische Militärallianz ist, die von den USA gesteuert wird. Gleichzeitig sagtest Du, daß die Nato nicht mehr in der Offensive ist. Du sagtest, daß die Nato einer jener Faktoren sei, der die Sowjetunion von einem Angriff abhält und daß heute eine Auf-

lösung der Nato den Krieg vorantreiben würde. Das bedarf einer Erklärung. Wie kannst Du einerseits sagen, daß die Nato in der heutigen Situation den Ausbruch des Krieges verhindert, während Du Dich zugleich für den Widerstand gegen die Nato aussprichst?

Die Nato kann den Krieg nicht verhindern

Paul Steigan: Die Nato kann den Kriegsausbruch nicht verhindern, aber es gibt keinen Zweifel daran, daß die Nato den Krieg hinauszögert. Es ist leeres Geschwätz, bloß davon zu reden, daß die beiden Supermächte einander gegenüberstünden. Bis zu einem bestimmten Punkt trägt das Gleichgewicht zwischen ihnen zur Aufschiebung des Krieges bei. Aber zugleich verhindert das den Krieg nicht, weil es die Rivalität ist, die zum Krieg führt. In dieser Rivalität ist nun die Sowjetunion die am meisten aggressive und fordert „Lebensraum".

Wir wollen uns nicht von der Sowjetunion dazu mißbrauchen zu lassen, daß es für sie leichter ist, Europa anzugreifen. Wenn Breschnew seine Neutronenbombenkampagne startet, dann nicht, weil er gegen die Anwendung von Atomwaffen ist. Er verteilt selbst gerne Atomwaffen an das Kommando der Divisionschefs und rüstet gerne die einzelnen Divisionen mit taktischen Atomwaffen aus, die norwegische Kleinboote vernichten. Zugleich agitiert er gegen die Neutronenbombe. Er ist darauf aus, alles dafür zu tun, den sowjetischen Panzerkeil möglichst leicht nach Europa hineinzudrängen. Hier müssen wir imstande sein, eine analytische Haltung zu dem, was geschieht, einzunehmen. Selbstverständlich sind wir gegen die Neutronenbombe der USA. Genausowenig lassen wir uns von Breschnew in dem äußerst schlecht getarnten Spiel benutzen.

Was die Nato betrifft, gibt es an ihr in der Prawda jeden Tag Kritik. Diese wird so gebracht, als ob die Nato eine Besatzungsmacht von Norwegen sei. Das ist kein Zufall. Die Sowjetunion ist gegenüber Norwegen in der Offensive. Zugleich sind wir gegen die Nato, weil sie keine Allianz gleichberechtigter Partner ist, sondern die USA dominieren. Sie ist eine imperialistische Allianz, und will die Kontrolle über Norwegen ausüben, weil sie sich davon große Vorteile erwartet. Wir müssen Stellung zu den Kräften beziehen, die es heute in der Welt gibt. Wir können nicht so tun, als ob die Nato nicht existierte. Wir können aber auch nicht einseitig gegen die Nato gerichtete Forderungen erheben. Wir müssen gegen beide Supermächte Forderungen richten. Und wir müssen insbesondere gegen die aggressive Aufrüstung der Sowjetunion Forderungen erheben. Das ist heute das Hauptproblem. Die Nato ist nach wie vor eine Allianz mit ungleichberechtigten Partnern. Daher sind wir gegen die Nato. Aber nicht zu den Bedingungen der Sowjetunion.

Rote Fahne: Eine einseitige Auflösung der Nato wäre wohl ungünstig für die Völker der Welt?

Paul Steigan: Ja. Es wäre ebenso ein leeres Geschwätz, würde man nur über eine wirkliche Abrüstung von beiden Seiten reden. Das zeigten schon die Länder der Dritten Welt vor der UN-Abrüstungskonferenz auf. Sie enthüllten alles Gerede über eine allgemeine Abrüstung. Sie forderten, daß *die beiden Supermächte* abrüsten müssen.

Die Nato — eine ungleiche Allianz?

Rote Fahne: Wenn es um Norwegens Verhältnis zur Nato geht, so sagst Du, daß sie Norwegen an eine Kommandostruktur fesselt, die vom Pentagon und Brüssel aus kontrolliert wird. Bei Ausbruch des Krieges würden ausländische Kräfte die norwegische Armee kommandieren. Du sagtest auch, daß Du eine bürgerliche norwegische Armee unter einem norwegischen Kommando einer Armee unter Nato-Kommando vorziehst. Kannst Du das etwas genauer ausführen?

Paul Steigan: Die letzte selbständige Handlung der norwegischen Regierung — militärisch gesehen — war die Übergabe des Kommandos über die norwegischen Streitkräfte an das integrierte Kommando der Nato. Das entspricht den Strukturen der Nato. Damit hat die norwegische Regierung nicht mehr länger die oberste Befehlgewalt über die norwegischen Streitkräfte. Es sind die Nato-Kommandozentralen, die entscheiden, wie und wo die norwegischen Streitkräfte eingesetzt werden sollen.

Das bedeutet: Das Nato-Kommando kann bestimmen, daß die Streitkräfte Norwegens als Kanonenfutter in die amerikanischen Streitkräfte eingegliedert werden können. Es kann bestimmen, daß der Kampf in Norwegen aufgegeben werden und daß die Streitkräfte an anderen Stellen eingesetzt werden sollen. Sie können mit der Sowjetunion Abkommen schließen, die so aussehen können: Ihr behaltet Norwegen, wir nehmen Griechenland.

Alles das ist möglich. Ich glaube, daß die Möglichkeit für die norwegischen Streitkräfte für den Widerstand gegen einen sowjetischen Angriff geringer ist, wenn wir dem Kommando der Nato unterstellt sind.

Rote Fahne: Gleichzeitig meinst Du, daß es unter den gegebenen Bedingungen nicht richtig wäre, aus der Nato rauszugehen?

Paul Steigan: Ja, das ist klar! Sollte Norwegen aus der Nato austreten, müßte es eine Alternative geben, die voraussetzt, daß Norwegen sich gegen die beiden Supermächte behaupten kann. „Norwegen raus aus der Nato" und „rein in den Warschauer Pakt" will ich auf gar keinen Fall. Auch „Norwegen raus aus der Nato" und „vollständige Abrüstung" betrachte ich als offene Einladung an die sowjetischen Generale.

Es ist klar: Wenn die Sowjetunion eine Verschleierung der militärischen Bedrohung Norwegens betreibt, Nordli (9) nach Moskau einlädt und einen unmittelbaren Austritt aus der Nato fordert, so wäre es völlig verwerflich, auf eine solche Forderung einzugehen. Ein norwegischer Austritt aus der Nato muß auf Wunsch des norwegischen Volkes geschehen und nicht als Resultat eines Versuchs, Norwegen unter sowjetischen Einfluß zu zwingen. Wir müssen klare Bedingungen stellen. Ich will keinen Widerstand gegen die Nato nach Moskaus Willkür.

Rote Fahne: Ist eine großangelegte Kampagne für den Austritt Norwegens aus der Nato also keine aktuelle Politik für die AKP(m-l)?

Die Sowjetunion ist die Hauptgefahr

Paul Steigan: Es ist nicht die Nato, von der die große Bedrohung kommt. Diese kommt von der sowjetischen Aggressionspolitik. Es gibt heute in Norwegen keine politischen Kräfte, die sich vor einer Nato-Besatzung fürchten. Die USA wagten nicht einmal im Iran - einem der reichsten Länder der Welt - zu intervenieren und ihre Interessen zu sichern. Wie viele können da bei uns glauben, die USA würde es in Norwegen wagen? Das gehörte zu den 50er und 60er Jahren. Die 70er Jahre und der Beginn der 80er Jahre stehen im Zeichen der sowjetischen Intervention und Aggression: Angola, Eritrea, Kampuchea, Afghanistan usw.

Rote Fahne: Gibt es jemand, der sagt, daß Norwegen heute von der Nato besetzt ist?

Paul Steigan: Kräfte in der SV sagen das. Aber diese Sichtweise hat ja nicht einmal Einfluß auf die Hälfte ihrer Wähler. Das ist kein Standpunkt, der besonders bedrohlich wäre.

Allianz der Rechten?

Rote Fahne: Kräfte in der NKP und der AUF (der sozialdemokratischen Arbeiterjugendvereinigung) behaupten, daß Du über die Nato und die Armee dasselbe meinst, wie die Hoeyre. Wie siehst Du das?

Paul Steigan: Bis heute steht noch aus, daß die rechten Konservativen sagen, daß die norwegische Armee eine Verteidigungseinrichtung für die herrschende Klasse ist, die gegen die norwegischen Werktätigen gerichtet ist. Ich warte auch darauf, daß diese Kräfte sagen, die norwegische Armee werde wahrscheinlich kapitulieren und daher der Volkskrieg notwendig. Ebenso warte ich darauf, daß sie sagen, daß die Nato eine imperialistische Militärallianz ist, die Norwegen die Befehlsgewalt über seine Militärstreitkräfte raubt. Es ist eine andere Sache, daß es Übereinstimmung in der Einschätzung der einzelnen konkreten Situation geben kann. Wir haben unabhängige Einschätzungen, die ihren Ausgangspunkt in den Interessen der Arbeiterklasse haben. Da kann es sein, daß unsere Standpunkte mit denen verschiedener politischer Gruppen zusammenfallen. Das ist keineswegs selten oder unnatürlich.

Rote Fahne: Die Revisionisten werden Euch sicherlich nach diesem Interview als militärische Falken und Nato-Anhänger herausstellen. Fürchtest Du Dich nicht davor.

Paul Steigan: Ich fürchte keinesfalls die Revisionisten, die das tun werden. Die Militärpolitik, wie sie in der Form des Militärprogramms der SV bei deren letzter Landeskonferenz vorgelegt wurde, ist reaktionär. Es erwähnt überhaupt nicht die Möglichkeit einer sowjetischen Invasion. Sie können alle möglichen Schimpfworte gebrauchen. Das alles kann die verräterische Politik dieser Kräfte nicht verhüllen. Schimpfworte beweisen immer nur den Mangel an Denkfähigkeit und den Klassenstandpunkt.

Gegen das Prinzipienprogramm?

Rote Fahne: Zum Schluß: Das Prinzipienprogramm der AKP(m-l) ist auf einer Landeskonferenz von gewählten Delegierten beschlossen worden. Wie kannst Du Dich jetzt als Parteivorsitzender offen gegen dieses Programm aussprechen. Ist es nicht v.a. Deine Pflicht, als Vorsitzender der AKP-(m-l), es nach außen zu verteidigen?

Paul Steigan: Ich spreche mich nicht „offen" gegen das Programm „aus". Ich meine, daß dieses Programm in der Hauptsache richtig und gut ist. Das ZK der AKP(m-l) hat beschlossen, eine Militärdiskussion in der Partei zu starten. Diese Diskussion ist ca. 1 Jahr innerhalb der Partei geführt worden. Wir wollen heuer (1979) eine Militärkonferenz abhalten, die zu einer Reihe dieser Aufgaben Stellung beziehen soll. Die Landeskonferenz im nächsten Jahr (1980) wird eine endgültige Stellung dazu beziehen. Sie wird die Militärpolitik der AKP(m-l) programmatisch festhalten. Wir wollen diese Militärdiskussion an die Öffentlichkeit bringen, damit sich mehr Menschen daran beteiligen können. Das ganze steht also im Zusammenhang mit unseren Organisationsprinzipien und Beschlüssen.

---

(1) Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution , Lenin-Werke, Bd. 23, S. 80 f.

(2) „Sozialistische Venstrepartei/SV", eine der beiden revisionistischen Parteien Norwegens. Im Gegensatz zur „Norwegischen Kommunistischen Partei/NKP", von der sich die SV abgespalten hat, vertritt sie außenpolitisch einen „europäischen" Kurs, ähnlich wie einige „eurokommunistischen" Parteien. Die NKP ist, ähnlich wie die KPÖ, außenpolitisch ein offener Propagandist sozialimperialistischer Verbrechen. Die SV ist, im Gegensatz zur NKP mit 2 Mandaten im norwegischen Parlament.

(3) „Selbstverteidigung" meint in diesem Zusammenhang die Reduzierung der bürgerlichen Militärausrüstung auf einfache (Infantriewaffen) und den Verzicht auf komplizierte Waffensysteme, auch wenn sie reinen Verteidigungszwecken dienen.

(4) Gen. Steigan spricht hier wie im weiteren von der Okkupation Norwegens durch den Hitlerfaschismus. Norwegen wurde am 9. April 1940 von den Hitlertruppen überfallen. Der Faschist und ehemalige Kriegsminister V. Quisling proklamierte eine „nationale" Regierung und wurde später „Ministerpräsident". Die Besatzung dauerte bis zum Mai 1945.

(5) Hannevig war der einzige bürgerliche Armeekommandant, der seine Truppen in den Widerstand gegen die Hitlerfaschisten führte. Das Operationsgebiet von Vinjesvingen liegt in Süd-Norwegen, nahe Oslo.

(6) Die „Rote Wahlallianz" war bei den letzten Wahlen die Wahlliste der AKP(m-l).

(7) „Det Norske Arbeiderparti/DNA" (Die Norwegische Arbeiterpartei) ist die sozialdemokratische Regierungspartei Norwegens. Die „Hoeyre" ist die konservative Partei Norwegens.

(8) „Abendpost", ein reaktionäres Massenblatt, so „unabhängig" wie Kurier und Kronenzeitung in Österreich.

(9) Sozialdemokratischer Ministerpräsident Norwegens.

Rationalisierung im Büro — Beispiel Schreibarbeit

Seit gut 10 Jahren bemühen sich die Kapitalisten verstärkt darum, die Erfahrungen, die sie bei der Rationalisierung der Produktion gemacht haben, für den Angestelltenbereich zu nutzen. Wenn sie von der „Austrocknung des Wasserkopfes" reden, meinen sie gewöhnlich die zahllosen Buchhalter, Sachbearbeiter, Stenotypistinnen und Sekretärinnen, deren Arbeit in den Betrieben im wesentlichen im Einkauf, Materialbeschaffung, Korrespondenz, Arbeitsvorbereitung, Leitung, Überwachung, Vertrieb und Abrechnung besteht.

Historisch entstanden sind die Angestelltenberufe erst mit der Herausbildung der großen Industrie, und es handelt sich durchwegs um Arbeiten, die zur Zeit der Manufaktur von den Kapitalisten noch selbst wahrgenommen wurden, z.B. die Kontrolle und Überwachung der Arbeiter und die Buchhaltung. Massenumfang konnte die Angestelltenarbeit erst mit der Entstehung des Weltmarkts, der damit entstandenen neuen Kommunikations- und Transportmöglichkeiten, also auf der Grundlage der Massenproduktion, die die Angestellten für die Distribution und die Abrechnung benötigt, erreichen.

Früher wie heute ist die konkrete Tätigkeit der Büro-Angestellten durch hohe Konzentrations- und Nervenbelastung gekennzeichnet. Aus den Angestellten, die den ganzen Tag mit Tinte und Feder an Stehpulten Zahlenkolonnen und Korrespndenz schreiben mußten, wurden mit der Einführung von Schreibmaschinen und einfachen mechanischen Rechen- und Fakturiermaschinen „Beschäftigte in hauptsächlich sitzender Tätigkeit". Das macht die Arbeit nicht angenehmer, im Gegenteil: mit der Durchsetzung der maschinellen Schreib- und Rechenarbeit beginnt der Prozeß, auch die Angestellten zum Anhängsel der Maschinerie zu machen, dessen Höhepunkt die Bourgeoisie schnellst möglich erreichen will. Wie in den Fabrikationshallen geht die Einführung von Maschinerie in den Büros mit der Aufteilung der Arbeit bis ins einzelne, stupide, einher. Was die Kapitalisten dann „Arbeitserleichterung" nennen - die es unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht ist - bringt für die Massen der Angestellten eine Entqualifizierung ihrer Arbeitskraft, also Gehaltssenkung. Zu diesem Zweck werden dieselben Entlohnungssysteme eingeführt wie bei den Arbeitern: Stücklohn, Prämienlohn, Akkordlohn. Die Herabwürdigung des Arbeiters zum Teilarbeiter heißt für die Angestellten in den Büros Intensivierung der Arbeit bei Einschränkung der Anforderungen an die Fähigkeiten. Der DGB hat das in einer Broschüre für die wichtigsten betroffenen Bereiche folgendermaßen zusammengefaßt: „Besonders betroffen sind z.B.:

- Verkäuferinnen, durch Selbstbedienung im Verbund mit elektronischen POS („point of sale"), d.h. Computer-Kassen bewältigen automatisch die Lager-, Nachbestellungs-, Abrechnungs- u.a. Funktionen;
- Buchhalterinnen, wo zunächst noch eingetippt wird, werden Klarschriftlese- und Kontrollgeräte diese Tätigkeit jedoch bald übernehmen;
- jede Art von Textverarbeiter, die von vorprogrammierten Automaten nahezu alle standardisierten, wiederkehrenden Texte abgenommen bekommen;
- alle Angestellten im Druckbereich, da hier noch Klarschrift- und Manuskriptlesegeräte im Verbund mit Fotosatz und neuer Drucktechnik eine Reihe von traditionellen Funktionen im Redaktions-, kaufmännischen und Verlagsbereich entfallen;
- Techniker und Ingenieure, bei denen vor allem standartisierte Entwicklungsschritte und Kontruktionsvorgänge durch neue Systeme wie REDAC, Programmierung, u.a. bis zu 50% verkürzt werden;
- Sachbearbeiter im kaufmännischen Bereich durch Normierung und Standardisierung sowie Spezialisierung der Tätigkeit auf einen engen Tätigkeitsraum." (3)

Von größtem Interesse ist für die Kapitalisten die Rationalisierung und Intensivierung der Schreibtischarbeit. Gerade in diesem Bereich läßt sich noch sehr viel umgestalten, vereinfachen und neu organisieren. Erste Schritte und gewissermaßen als Voraussetzung für eine organisierte Textverarbeitung sind der Einsatz von Diktiergeräten als Ersatz für Stenoaufnahmen und die Errichtung von zentralen Schreibbüros anstatt des bisherigen Sachbearbeiter-Schreibkraft Verhältnisses. Als wesentlichste Maßnahme für die Rationalisierung und Umgestaltung der Schreibkraft nennt H. Wiesner:

„*1. Klare Aufgabenstellung und -abgrenzung je Stelle und Person (z.B. deutschsprachiger und fremdsprachiger Text)*
2. Moderne, den unmittelbaren Körpergrößen und -maßen jeweils anpassungsfähige und den ergonomischen Grundsätzen entsprechende Möbel (verstellbare Tischhöhe und Stühle)
3. Leistungsfähige und arbeitsentlastende Arbeitsmittel und Schreibmaschinen (elektrische) mit ständigem Service zur Erhaltung und Sicherung der optimalen Leistungsfähigkeit.
4. Arbeitsaufwand- und zeitsparende Anordnung, sowie ausreichende Lagerung aller benötigten Hilfsmittel und Papiere für größere Zeitspannen.
5. Sicherung eines ständigen Arbeitsflusses durch rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung von Arbeitsaufträgen (Diktatkonserven).
6. Beseitigung oder Reduzierung aller belastenden Umwelteinflüsse wie Lärm, Lichtmangel, Blendung, ungünstige arbeitsklimatische Temperaturen usw. durch z.B. schallschluckende Einbauten, Klimaanlagen und ähnliches
7. Regelung von Pausen zur Erholung und Kräfteregeneration sowie Schaffung von Ruhe- und Entspannungsräumen oder -zonen im Großraumbüro." (REFA-Nachrichten 4/72)

Daraus läßt sich einiges ablesen. Zweck der ganzen Umgestaltung ist eine Steigerung der Leistung und relative Kostensenkung der unproduktiven Büroarbeit. Nun enthalten diese 7 Punkte auch eine Reihe von Maßnahmen, die durchaus unter dem Titel „Humanisierung der Arbeitswelt" stehen könnten.

Geht es hier tatsächlich darum, daß für den Menschen etwas angenehmer, humaner gestaltet werden soll? Entsprechende Möbel, elektrische Schreibmaschinen, Beseitigung von belastenden Umwelteinflüssen wie Lärm, schlechten Lichtverhältnissen, etc., Erholungspausen - das sind natürlich Maßnahmen, die, für sich genommen, positiv sind. Den Rationalisierungsfachleuten geht es aber nicht darum, die störenden Einflüsse auf die Gesundheit der Sekretärin, sondern die störenden Einflüsse auf ihre Leistung zu reduzieren. Und wieviel bleibt von den positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen, wenn dafür die Leistung vervielfacht werden muß?

Beispiel Schreibmaschine

Der Übergang zu elektrischen Schreibmaschinen stellt eine sehr bedeutende Stufe in der Entwicklung der Büroorganisation dar.

Boje, der 1967 eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Wie spart man Schreibkräfte?" veröffentlicht hat, bringt folgenden Vergleich zwischen mechanischen und elektrischen Schreibmaschinen:

Tabelle 1

		mechanische Schreib-maschine	elektrische Schreibma-schine (IBM)
1	Tastentiefgang bis zur Auslösung eines Anschlages	1,4...1,8 cm	0,2...0,3 cm
2	Fingerweg von Tastenreihe zu Tastenreihe	2,5 cm	1,9 cm
3	Stufenhöhe je Tastenreihe	1,1 cm	0,3 cm
4	Arm-, Hand- und Fingerweg je Wagenrücklauf	66,0 cm	5,1 cm
5	Aufgewendete Kraft je Anschlag bei sechs Kopien	450....500 g	80 g
6	Aufgewendete Kraft je Wagenrücklauf	900 g	100 g
7	Kraftaufwand insgesamt	100 %	5 %

Das wesentlichste an der Sache - und darüber lassen die REFA-Leute keinen Zweifel - ist jedoch nicht die Arbeitserleichterung, sondern die höhere Leistung. „*Die elektrische Schreibmaschine hat einen hohen Effekt in der Arbeitserleichterung und damit Leistungssteigerung - Steigerung der Schreibgeschwindigkeit.*" (REFA-Nachrichten 4/72)

Die körperliche Belastung

Den physischen Kraftaufwand bei mechanischen und bei elektrischen Schreibmaschinen hat Wulkan verglichen und für das Jahr berechnet. „Der Kraftaufwand des Tastendrucks bei elektrischen Schreibmaschinen beträgt zwischen 50 und 70 g gegenüber einem solchen von rund 300 bis 500 g bei mechanischen Schreibmaschinen."
(F. Wulkan, Bürotechnische Hilfsmittel und Arbeitsverfahren, 1960, zit. n. REFA-Nachrichten 4/72)

Die nachstehende Tabelle 2 zeigt, in welchem Ausmaß die physische Belastung durch elektrische Schreibmaschinen reduziert wird, aufgerechnet auf ein Jahr:

Tabelle 2

Funktion	Häufigkeit je Jahr	Arbeitsaufwand je Funktion in cmgr Handmodell	Arbeitsaufwand je Funktion in cmgr "Elektrik"	Gesamtaufwand in cmgr Handmodell	Gesamtaufwand in cmgr Elektrik"
Schreibtaste	14.000.000	800	15	11.200.000	210.000
Leertaste	2.900.000	120	30	348.000	87.000
Zeilenschaltung	360.000	1.600	200	576.000	72.000
Umschaltung	720.000	500	60	360.000	43.000
Rücktaste	70.000	1.800	40	126.000	2.800
Wagenrücklauf	350.000	19.000	200	6.840.000	72.000
Tabulator	120.000	500	500	60.000	60.000
	18.530.000	24.320	1.045	19.510.000	574.000

Vergleich des physischen Kraftaufwandes mit mechanischer und vollelektrischer Schreibmaschine:
Gerechnet wurde mit 300 Arbeitstagen zu je 48.000 Anschlägen, Energieaufwand bei mechanischer Schreibmaschine 19.510.000 cm/kg, Energieaufwand bei elektrischer Schreibmaschine 547.000 cm/kg, d.h. Krafteinsparung vom 97%.
(nach REFA - Nachrichten 4/72)

Bei einer mechanischen Schreibmaschine muß tatsächlich „angeschlagen" werden, während die elektrische Schreibmaschine sozusagen auf Berührung reagiert.

Obwohl der Energieaufwand geringer ist, bleibt die Belastung bestimmter Muskelgruppen: Sehnen, Sehnenscheiden, Arme, Hände, Finger, Schultern und Halswirbel, Gelenke der oberen Extremitäten.

„*Nahezu ununterbrochenes achtstündiges Maschinenschreiben mit dem Diktiergerät ist als Schwerarbeit zu qualifizieren, wie durch Pulszählungen und Kreislaufuntersuchungen erhärtet werden konnte.*" (Bericht über die gesundheitliche Situation der Frau in Österreich, Bundeskanzleramt, 1975).

Wenn man sich abstrakt den Einsatz von elektrischen Schreibmaschinen unter sonst gleichbleibende Bedingungen (kein erhöhter Arbeitsanfall, kein Wegrationalisieren von Arbeitskräften, etc.) vorstellt, würde dieser technische Fortschritt für die Schreibkräfte und Sekretärinnen tatsächlich eine entscheidende Erleichterung darstellen.

Allein aus diesem Grund ist jedoch sicher noch keine einzige elektrische Schreibmaschine an die Stelle einer mechanischen gestellt worden.

Was bleibt von den 97%, wenn dafür mit gestiegener Intensität gearbeitet werden muß?

„*Als Normalleistung werden bis zu 69 000 Anschläge pro Tag verlangt. Einzelne schaffen sogar 100 000 - 148 000 Anschläge pro Tag.*" (PA 6/78, Nr. 704)

„*Auch durch Diktiergeräte läßt sich die Schreibleistung ... verdoppeln. Büromaschinenhersteller preisen in ihren Prospekten zentrale Schreibbüros an, bei denen eine kleine Gruppe von Schreibkräften für mehrere Sacharbeiter arbeitet und Tagesleistungen von 36 000 bis 50 000 Anschlägen erbringen.*" (Kommunist 2 - 3/79) (1)

Psychische Belastung

Selbst die REFA-Experten kommen nicht umhin, festzustellen: „*Die geistig-nervliche Beanspruchung ist relativ hoch, besonders wenn man bedenkt, daß in Schreibsälen oder zentralen Schreibbüros ausschließlich geschrieben wird und ein Tätigkeitswechsel, selbst kurzfristig, ausgeschlossen ist.*" (REFA-Nachrichten 4/72)

Die folgende Tabelle 3 zeigt, daß die geistige Beanspruchung beim Maschinenschreiben mit 78% verglichen mit dem Lesen (100%) sehr hoch ist:

Tabelle 3

Liste der geistigen Beanspruchung (in Prozent)

1.	Putzen, Staubwischen, Kehren	9,0 %	11.	Klavierspielen	56,3 %
2.	Arbeiten an der Drehbank	14,7 %	12.	Autofahren (Stadt)	58,9 %
3.	Stopfen, Maschen aufnehmen	16,0 %	13.	Tischtennis spielen	61,0 %
4.	Stern zeichnen	20,1 %	14.	Adressen schreiben	62,9 %
5.	Perlen aufreihen	25,2 %	15.	Bekannten Text schreiben	74,3 %
6.	Stanzen am Fließband	26,5 %	16.	Schreibmaschine schreiben	78,2 %
7.	Autofahren (Landstraße)	35,1 %	17.	Geld zählen	80,0 %
8.	Nägel einschlagen	43,8 %	18.	ABC schreiben	82,0 %
9.	Geschicklichkeitspiel	44,5 %	19.	Alphabetisch ordnen	90,3 %
10.	Kochen (mehrere Gerichte zugl.)	53,7 %	20.	Lesen	100,0 %

Ziel der vorliegenden REFA-Studie ist es, ein Leistungslohnschema für die Textverarbeitung zu erstellen, d.h. die Werte und Kennziffern zu ermitteln, nach denen dann der Lohn „leistungsgerecht" berechnet werden soll. Und wenn von Leistung die Rede ist, dann ist in erster Linie die „Anschlagsleistung" gemeint, d.h. wieviel Text in welcher Zeit geschrieben wurde. Das ist die meßbare Göße, die zählt. Weitere Faktoren sind Temperatur, Lärm, Staub, Licht, Pulsfrequenz etc.

Inwieweit ist aber die psychische Belastung meßbar? Die geistige Beanspruchung beim Maschinenschreiben scheint mit 78,2% in der Tabelle 3 auf. Wird nach dem Diktiergerät geschrieben, ist das Gehörorgan ständig belastet, je nach der Qualität des Diktates, was Aussprache und Lautstärke betrifft. Das Gleiche gilt auch für die Augen.

Auf die rhetorische Frage, ob alle diese psychischen Faktoren, die auf die menschliche Leistung einwirken, im Lohn berücksichtigt werden, gibt die REFA-Untersuchung zu: „*Nach den Erfahrungen ist dies zu verneinen, da in den Betrieben kaum Belastungsstudien gemacht wurden*"; und weiter: *Für die Mehrzahl der belastenden Faktoren ... (gibt es) ... weder einwandfrei funktionierende noch praktikable Meßmethoden.*" (REFA-Nachrichten)

Selbstverständlich sind die einzelnen Faktoren für das Kapital nur insofern interessant, als sie die Arbeitsleistung erheblich beeinträchtigen oder verborgene Leistungsreserven der Intensivierung der Büroarbeit zugänglich machen. Die Verknüpfung mit dem Lohn soll nicht für "Gerechtigkeit" sondern für den Stachel zur vollen Ausschöpfung der Arbeitskraft sorgen.

Für die Beschäftigten - und es sind das vor allem Frauen - in der Textverarbeitung bestehen allerdings auch psychische Belastungen, die den Leistungssteigerern durchaus willkommen sind, die sich aber auf Gesundheit und Nerven der Arbeitenden äußerst schädlich auswirken.

„*Für die Phonotypistin bestehen kaum noch Beziehungen von Mensch zu Mensch. Sie muß weitgehend isoliert in einem Mensch-Maschine-System arbeiten und wird zum ausführenden Organ, das dazu bestimmt ist, die Maschine zu bedienen und 10.000 von Anschlägen zu produzieren. Der Leistungsdruck wird von den „schnelleren Kolleginnen" psychologisch verstärkt und durch Prämiensysteme gefördert.*" (PA 6/78, Nr. 704)

„*Der Spielraum für eine individuelle Gestaltung wird immer geringer; in der Folge werden Zeitdruck, Hetze und Streß immer größer. Die Entwicklung läuft auf eine Fließbandarbeit im Büro hinaus. Diese Erscheinungen sind durch steigende Zahlen von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen im Büro gekennzeichnet. Zahlen aus der deutschen Bunderepublik lassen erkennen, daß ein Drittel aller Büroangestellten heute bereits die normale Altersruhegrenze nicht mehr erreicht und damit vorzeitige Pensionierungen immer mehr werden.*" (Post u. Telegraphie 10/79, Fachblatt der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten)

Wieviel im Angestelltenbereich an Rationalisierung möglich ist, läßt sich noch gar nicht voll abschätzen. Siemens brachte kürzlich eine Studie heraus, die die künftigen Rationalisierungsmaßnahmen untersucht. Der Titel der Studie lautet „Büro 1990".

„*Daraus geht hervor, daß in der Großindustrie etwa 30% der Bürotätigkeiten formalisierbar und 25% durch Geräte der Daten- und Textverarbeitung automatisierbar sind. Automatisierbar heißt, man kann diese Tätigkeiten wegrationalisieren und damit Arbeitskräfte einsparen; formalisierbar heißt, daß die Tätigkeiten veränderbar und erheblich zu vereinfachen sind und dadurch mit weniger geschulten Arbeitskräften durchgeführt werden können.*

Aus dieser Studie geht weiters hervor, daß in Klein- und Mittelbetrieben etwa 45% der Tätigkeiten formalisierbar und etwa 25% automatisierbar sind.

Anm. (1)
Im folgenden einige Angaben, damit man sich unter diesen Zahlen etwas vorstellen kann.
Um die Phonotypieprüfung bei der Handelskammer zu bestehen, wie auch für die Bundesstaatliche Stenotypieprüfung, muß man „*von einer maschinengeschriebenen Vorlage ... 10 Minuten lang ununterbrochen (abschreiben). Bei Zugrundelegung eines Höchstsatzes von 0,5% Fehlern sollen nach Abzug von 25 Anschlägen für jeden Fehler mindestens 2400 Reinanschläge verbleiben.*" (Auszug aus einer Prüfungsordnung, Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, 1. Sept. 71)
2400 Anschläge sind ungefähr eine Dreiviertelseite, engzeilig geschrieben.
Für die große Kammerprüfung sind 2100 Reinanschläge in 10 Minuten Pflicht, für die kleine Kammerprüfung 1500 / 10 Minuten Pflicht.
69 000 Anschläge, das sind also ungefähr 23 engbeschriebene Seiten. Rechnet man eine Dauerleistung von etwa 1500 Anschlägen in 10 Minuten, so kommt man auf etwa 7 1/2 Stunden ununterbrochenes Maschinenschreiben!

Bei der öffentlichen Verwaltung zeigt sich sogar, daß 72% aller Tätigkeiten formalisierbar und 38% automatisierbar sind. Das bedeutet, daß eine Zunahme an Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Angestelltenbereich aufgrund dieser Entwicklung auf längere Zeit sehr unwahrscheinlich ist. Es wird gerade das Gegenteil eintreten. Wir werden uns mit einem geringeren Angebot vorhandener Stellen abfinden müssen.
Damit ergibt sich die Tatsache, daß der Aufgabenbereich für sogenannte Rationalisierungsopfer aus dem manuellen Bereich nun auch im Dienstleistungsbereich nicht mehr vorhanden ist." (Post und Telegraphie Nr. 10/1979)

Was für viele Angestellte, Schreibkräfte, Sekretärinnen, Sachbearbeiter, usw. heute noch schwer vorstellbar ist - entweder eine grundlegende Änderung ihrer Arbeitsbedingungen oder gar das „Überflüssig-werden" - kann in wenigen Jahren bereits erfolgt sein.

Die zunehmende Taylorisierung der Angestelltentätigkeiten wird für einen nicht geringen Teil Arbeitslosigkeit bringen, für den anderen Teil eine extrem zerteilte, monotone und belastende Arbeit.

„*Die klassischen Kennzeichen der Angestelltenarbeit, nämlich Entscheidungsfunktionen im begrenzten Ausmaß, abwechslungsreiche Tätigkeit, freie Einteilung der Arbeitszeit im Rahmen der gestellten Aufgaben, ungestörtes Arbeiten in einem eigenen Büroraum und Fehlen von Kontrollen der quantitativen Arbeitsleistung: das alles wird für die einfachen Angestellten bald völlig der Vergangenheit angehören. Da qualifizierte Angestelltenfunktionen immer weitgehender auf höherer hierarchische Betriebsebenen verlagert werden, sinkt für viele Angestellte die geforderte Qualifikation und damit auch die Bezahlung. Die Arbeit wird weniger abwechslungsreich. Der Angestellte gerät zunehmend unter Leistungs- und Anpassungsdruck. Die Arbeitsbedingungen von Arbeitern und Angestellten gleichen sich an.*" (Gewerkschaftspolitik in der Krise, S. 62, Rotbuch Verlag Berlin, 1978)

Trotzdem lösen sich die Angestellten nur schwer von ihrem traditionellen Selbstverständnis. Nach wie vor ist das Bewußtsein, im Angestelltenverhältnis auf einer höheren Stufe der sozialen Stufenleiter zu stehen, stark vorhanden. Nach wie vor ist auch der Glaube daran, daß jeder, der fleißig und strebsam ist, „nach oben" kommen kann. Und die Betriebsleitung sieht das gerne und fördert das auch. Der idealistische Glaube an individuelle Aufstiegchancen und die Identifikation mit Betrieb und Unternehmer sollen durch minimale Privilegien aufrechterhalten werden.

Doch dieses traditionelle Angestelltenbewußtsein beginnt sich zu ändern. Und zwar in dem Maß, in dem sich die Verhältnisse für die kleinen Angestellten ändern, in dem Maß, in dem die Illusionen über Aufstiegchancen, bessere Arbeitsplätze, höheres Gehalt und höheres Prestige der Arbeit verfliegen. *(Linz, siz, ZR-pek)*

Über den militärischen Kampf Kampucheas 1979 (II)

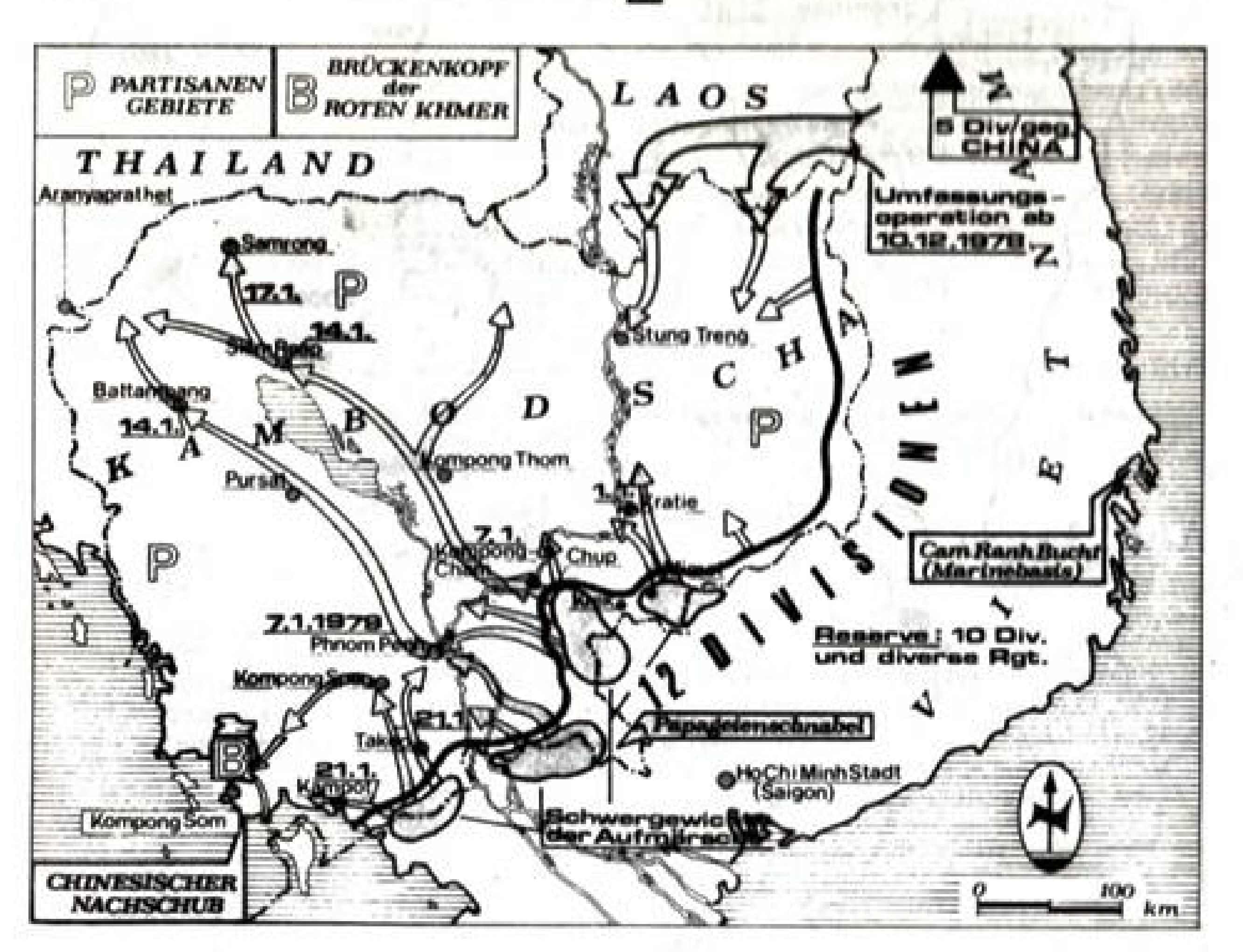


Abb. 1

In der Nummer 1/80 des „Kommunist" haben wir begonnen, den militärischen Befreiungskampf Kampucheas 1979 darzustellen, und sind dabei auch auf die früheren vietnamesischen Angriffe seit Ende 1977 eingegangen bis zum Großangriff vom 25.12.1978, der nicht mehr frontal durch die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea im Stellungskrieg aufzuhalten war (in der Nummer 1/80 fälschlich als Bewegungskrieg bezeichnet; einen Bewegungskrieg führten die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren), sodaß die Besetzung der Hauptstadt und anderer Teile des Landes hingenommen und zum Guerillakrieg übergegangen werden mußte. Dem Aggressor war es damit jedoch keineswegs gelungen, in einem „Blitzkrieg" Marke Hitler die militärischen Kräfte des Gegners zu vernichten, was allein ihn berechtigt hätte, von einem „Blitzsieg" zu sprechen.

Die nebenstehende **Abbildung 1** aus der Österreichische Militärzeitschrift 2/79 zeichnet die Angriffslinien des Aggressors und die Zeiten der Einnahme wichtiger Städte nach. Übrigens handelt es sich bei der Darstellung um eine ausnahmsweise wahrheitsgetreue Widergabe der tatsächlichen Ereignisse im Unterschied zum Gros der bürgerlichen Tageszeitungen, die bemüht waren, die Tatsache der Invasion möglichst zu verschleiern.

Daß in dieser Skizze davon ausgegangen wird, daß die Vietnamesen schon vorher an vier Stellen Teile des kampucheanischen Territoriums besetzt hielten (abgesehen von der Insel Koh Way, die sie schon 1975 annektiert hatten), dürfte ebenfalls den Tatsachen entsprechen. Pol Pot soll am 12.12.1978 jedenfalls zu chinesischen Journalisten gesagt haben, „Kampuchea habe sich damit abgefunden, daß Teile seines Territoriums vorübergehend von vietnamesischen Truppen besetzt seien" (Archiv der Gegenwart, 17.1.79). Auch die Grenzziehung, die in offiziellen vietnamesischen Karten vorgenommen wurde, weist auf diese Tatsache hin (**Abbildung 2**)

In der **Abbildung 3** wird durch die Zahlen der getöteten vietnamesischen Feinde klar, wo die Schlachten vorwiegend geschlagen wurden. Insgesamt verloren die Aggressoren in der ersten Phase bis Ende Jänner 1979 20.000 Mann. Auch die Revolutionäre Armee Kampucheas verlor eine große Anzahl von Kräften, wurde aber nirgends, auch im sog. Papageienschnabel nicht, der direkten Verbindung von Ho Chi Minh-Stadt nach Phnom Penh, vernichtet.

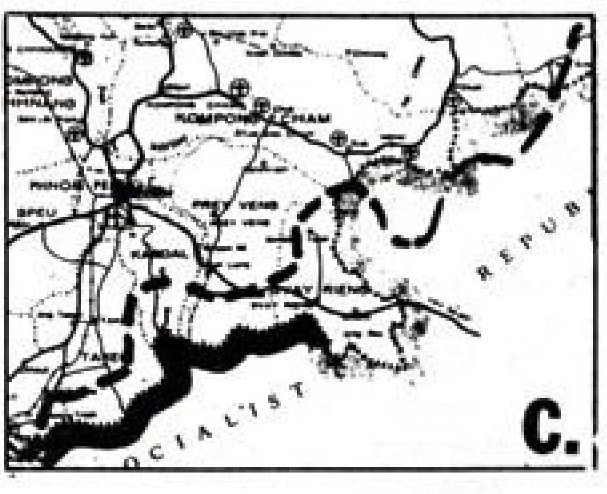
Vielleicht kann gerade ein Vergleich mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan (**Abbildung 4**) verdeutlichen, daß es dort dem sozialimperialistischen Aggressor leich-





A Diese Karte wurde von Vietnam 1978 herausgegeben. Sie soll angebliche Grenzprovokationen gegen Vietnam von seiten Kampucheas zeigen. Die Karte zeigt die Grenze in der periode von 1975 bis Ende 1977. Beachte die Grenzen! Unter anderem ist beinahe die gesamte kampucheanische Provinz Svay Rieng auf der vietnamesischen Seite (Quelle: „Kampuchea Dossier", Hanoi 1978)

B Diese Karte ist ebenfalls 1978 von Vietnam herausgegeben worden. Sie zeigt „Grenzprovokationen" während der Periode von Jänner bis Dezember 1977. Die frühere Karte schließt zeitmäßig diese ein. Aber hier ist die Grenze zwischen Kampuchea und Vietnam eine völlig andere. Anstatt daß die „Grenzprovokationen" im Gebiet des Papageienschnabels zwischen der kampucheanischen Provinz Prey Veng und Svay Rieng angegeben werden, erfolgen sie an der Grenze zwischen Svay Rieng und Vietnam. („Facts and Documents", Jänner 1978)



C Hier ist die Grenze von Karte A im Vergleich zu den Grenzen, wie sie in allen Atlanten und internationalen Karten zu finden sind, eingezeichnet. (aus „Klassekampen" 26/1979)

ter gelungen ist, seine Invasion durchzuführen. Konnte er dort mit dem vielleicht gleich großem technischen Potential, aber weniger Truppen, in einem dreimal so großem Land (flächen-wie bevölkerungsmäßig) gegen den zersplitterten Widerstand seinen Plan der Besetzung wichtiger Linien schnell durchführen, so zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu Kampuchea, wo das Volk wie ein Mann dem Aggressor entgegentrat.

Nach der Umgruppierung der Kräfte wurde der Guerillakrieg sofort entfaltet; als Beispiel der darauffolgenden Kämpfe ist die Südwestzone in der **Abbildung 5** angeführt und erläutert.

Von 120.000 auf 220.000 Mann Besatzungstruppen

Im März mußten die Vietnamesen weitere 3 Divisionen mit 30.000 Mann heranführen, um die Ebenen besetzen zu können. Im April nocheinmal 3 Divisionen mit 30.000 Mann, um in den Provinzen Stung Treng und Ratanakiri in der Nordostregion den Widerstand auszurotten - ein Ziel, das sie weder damals, noch mit 2 weiteren Divisionen im Juni, noch zu Beginn der neuen Trockenzeit erreichen konnten.

Im Oktober führten sie zusätzlich 4 Divisionen ins Land, zwei in die Südwestzone und zwei in die Westzone (Cardamome-Berge in Koh Kong und zur tailändischen Grenze in Pursat) (Regierungserklärung 26.10.79, Demokratisches Kampuchea — News Bulletins 57, 91, 92 - 1979).

1979 haben die Revolutionäre Armee Kampucheas (die dann in Nationale Armee Kampucheas umbenannt wurde) und die verschiedenen Kräfte des Volkswiderstandes an die 100.000 Vietnamesen getötet oder verwundet, weitere 10.000 sind an Krankheiten gestorben, ebenfalls rund 10.000 sind desertiert. Die Divisionen mußten ersetzt oder aufgefüllt werden, was in Vietnam selbst auf Widerstand stößt. In einer Resolution des lokalen Parteikomitees der Provinz Bentre, die eines der Zentren des antiamerikanischen Widerstandes war, heißt es: „Auf militärischem Gebiet muß man rasch die Fälle von Parteimitgliedern aufklären, die ihre Pflichten vernachläßigen und ein schlechtes Beispiel geben, indem sie sich weigern, daß ihre Kinder die militärischen Verpflichtungen erfüllen." (Bericht von Patrice de Beer in „Le monde", 4.9.79). Der Widerstand der vietnamesischen Volksmassen dagegen, sich im Kolonialkrieg gegen Kampuchea verheizen zu lassen, scheint allgemein zu sein. Anfang 1980 hat Parteisekretär Le Duan auf einer Kundgebung zum 50. Jahrestag der Parteigründung erklärt, es müßten alle Mitglieder, die die Partei „entehrt" hätten, ausgeschlossen werden(Neue Züricher Zeitung, 5.2.1980). Wurde den zwangsrekutierten Soldaten von der Hannoier Clique eingeschärft, in Kampuchea gäbe es genug Reis und Nahrungsmittel zu holen, was angesichts der Hungerrationen in Vietnam selbst verlockend erscheinen mag (siehe den in dieser Nummer abgedruckten Artikel zur Wirtschaft Vietnams), so müssen sie dort erfahren,daß es v.a. ein Volk gibt, das sich diese Nahrungsmittel nicht ohne weiteres stehlen läßt. Die Ausgaben des „News Bulletin" des Demokratischen Kampuchea sind voll von Berichten, daß die lokal ansäßige Bevölkerung reisstehlende vietnamesische Soldaten umbringt, ihnen den Zucker vergiftet usw. Die Kampfmoral der Besatzungstruppen ist gering. So gering, daß Artilleristen an ihren Geschützen angekettet werden müssen (DKNB 25/79). 10.000 sind 1979 desertiert, entweder in Richtung Heimat oder zur Widerstandsarmee (Regierungserklärung vom 18.12.79, abgedruckt in Kommunist 1/1980).

Wie sich die Lage im feindlichen Lager entwickelt, ob es der Hanoier Clique zusehends unmöglicher wird, das eigene Volk für den Expansionismus einzusetzen, davon hängt wesentlich der weitere Verlauf des Kolonialkrieges ab.



Abb. 3

Von den 14.100 getöteten Eindringlingen entfielen 10.300 auf die Südwest- und Ostzone (25. 12.—13.1.); in der gleichen Zeit wurden 84 Panzer zerstört und eine MIG abgeschossen. Vom 7. bis 22.1.79 wurden in der Südwest und Ostzone 10.000 vietnamesische Eindringlinge getötet. Vom 1. bis 25.1. wurden ca. 2.000 Militärfahrzeuge zerstört. („News Bulletin" Nr. 1,2, 1979



Der sowjetische Feldzug:

1.Phase: Am 25. Dezember beginnt die Luftlandeinvasion. Eine Luftbrücke mit Antonow-12-Militärtransportflugzeugen setzt zwei Luftlandedivisionen in Kabul und Bagram (6km nördlich von Kabul) ab. In den nächsten Tagen landen mindestens 350 SU-Flugzeuge und bringen 11.000 Mann.

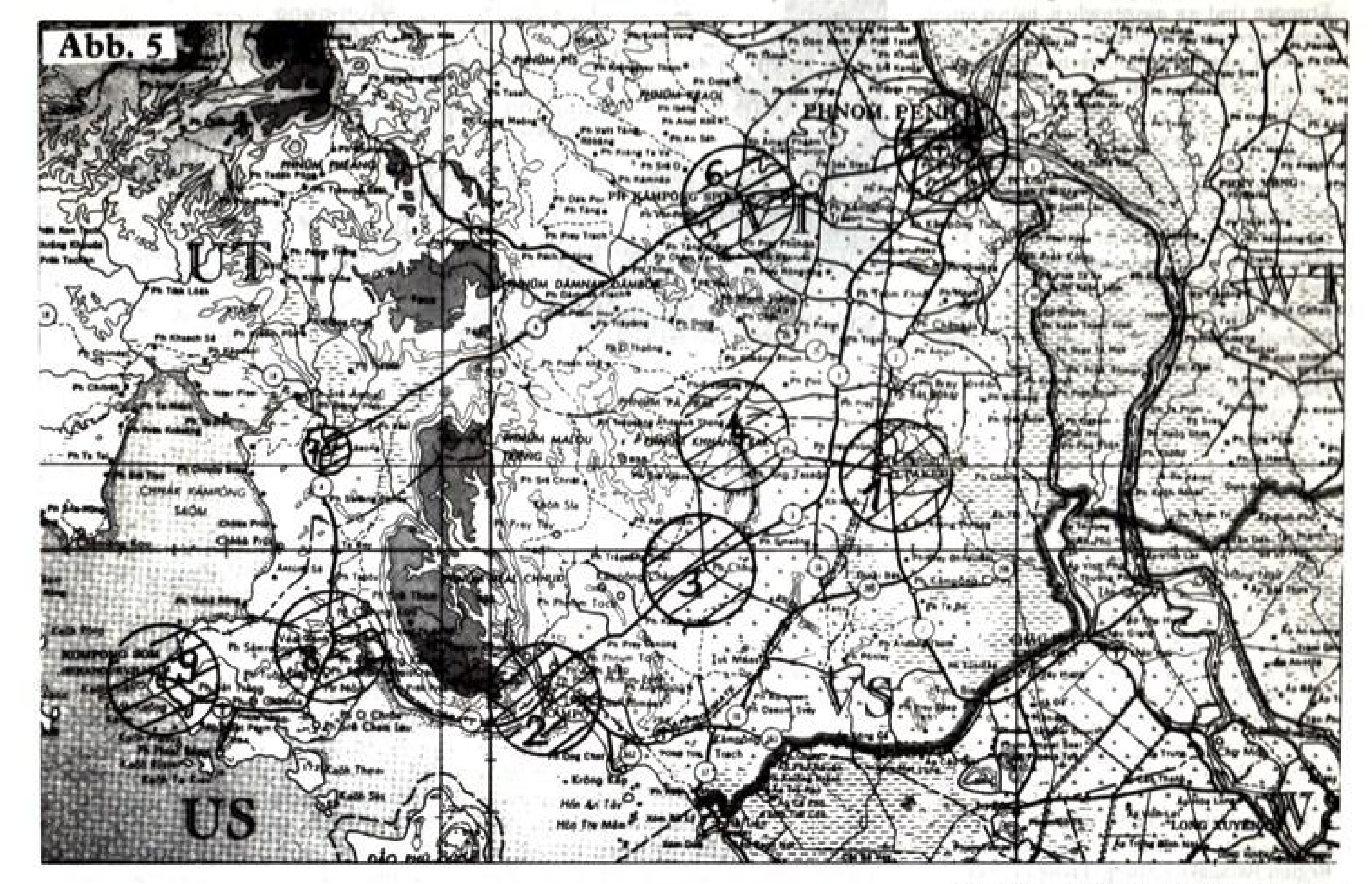
2.Phase: Am 29. Dezember marschieren die Landetruppen in zwei Stoßkeilen auf Kabul vor. Im Westen stoßen die Panzer und Infanteriedivisionen über Herat nach Süden auf Kandahar vor und von dort nach Kabul. Im Norden von Tomas über Hunduz nach Kabul und von dort zur pakistanischen Grenze. 50.000 bis 55.000 Mann stehen in Afghanistan.

„In der einen Hand das Gewehr, in der anderen die Hacke"

Die zahlreichen Ausrottungsfeldzüge (siehe Abb. 6) endeten alle damit, daß die ausgebreiteten Divisionen wieder zurückgezogen werden mußten. Besondere Bedeutung kommt dabei der Zurückschlagung der Offensiven gegen Ende der Regenzeit und zu Beginn der Trockenzeit 1979/80 zu, weil damit gleich zu Beginn das Konzept des Besatzers vereitelt wurde, die Volksstreitkräfte in dieser Periode stückweise durch entsprechende Kräftekonzentrierung zu vernichten. Es ist lediglich eine Selbsttäuschung des Aggressors, wenn er alle Provinzen links und unterhalb des Mekong zu Vietnam hin in die vietnamesischen Militärregionen eingliedert: die Nordostregion mit den Provinzen Ratanakiri, Stung Treng (Teil), Mondulkiri und Kratie (Teil) in die Militärregion 5, die Ostregion mit Champong Cham (Teil), Prey Veng, Svay Rieng in die 7. Militärregion und Kandal, Takeo und Kampot im Südwesten in die 9. Militärregion Vietnams. (Erklärung des Außenministeriums des Demokratischen Kampuchea, 3.10.79) Höchstens bringen diese „Eingliederungen" zum Ausdruck, daß es Vietnam nicht nur um eine „Indochinesische Föderation", sondern um die restlose Verschluckung Kampucheas geht.

Wie führten die Volksstreitkräfte ihre Guerillataktik gegenüber den vietnamesischen Vernichtungsfeldzügen durch? Im News Bulletin Nr. 57 des Demokratischen Kampuchea wird über den Widerstand im Nordosten während der Regenzeit berichtet: „Die Front von Ratanakiri-Stung Treng zieht sich über ein Gebiet von Wäldern, Bergen und Hochflächen. Dagegen sind die Ebenen schmal und liegen an den Flüssen Sekong und Sesan.

Am Ende der letzten Trockenzeit haben die Feinde parallel zu ihren großangelegten Einkreisungs-und Vernichtungsfeldzügen im Westen, Nordwesten und Norden mit gleicher Schärfe einen Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzug gegen die Region von Ratanakiri-Stung Treng geführt. Die vietname-



Einzelne Guerillakämpfe Anfang 1979 - Beispiel Südwestzone (7. 1. bis Anfang April)

1 (Takeo)

Am 31. 1. werden im Osten der Stadt 172 Feinde vernichtet und viele Waffen erbeutet; Anfang Februar ist die Stadt eingekreist; 12. 2. beim Verlassen an der Südseite 6 vernichtet, Rest zurückgeflohen; März: Takeo bleibt eingekreist. Am 15. 2. wurde verhindert, daß vietnamesische Truppen von Takeo nach Ang Tasaon marschieren: 17 vern., 1 Militärfahrzeug zerstört;

2 (Kampot)

30. 1.: 25 Vietnamesen vernichtet; 3. Februar: 4O; einen Tag darauf 26 -alle außerhalb der Stadt;

3 (Chhuk)

Distrikt Chhuk wird Anfang April befreit;

4 (Trapeang Andaeuk)

25. 2.: Feind komplett vernichtet: 45 Tote, darunter 3 Russen; 28. 2. im Gebiet um den Ort: 150 Vietnamesen vernichtet, 10 Gefangene, 2 LKWs (einer mit Munition und einer mit Reis) und 12 Funkgeräte und viele Waffen erbeutet; zwischen 9. und 13. 3. sechs Panzer zerstört; Die Straße Nr. 3 ist Anfang April im Wesentlichen in Händen der Revolutionären Armee Kampucheas.

Für das Gebiet der Straße 2 und 3 werden außer den genannten Zahlen bis 4. 4. angegeben: 1593 getötete Feinde (mit genauen Angaben über die Kampfstellen ohne Hinzurechnung von den in die Luft gesprengten Panzermannschaften etc.), 49 Panzer zerstört und 3 erbeutet, 26 Militärfahrzeuge zerstört, 8 Funkapparate und eine Vielzahl von Waffen (auch einzelne Geschütze) erbeutet.

5 (Phnom Penh)

bis 25. 1. wird Phnom Penh durch kleinere Einheiten angegriffen. Die Besatzer der Stadt sind zu 90% Vietnamesen und zu 10% Russen und Kubaner. Die Straße Nr. 3 ist 12 km hinter der Stadt abgeschnitten, die Straße Nr. 4 ebenfalls. 8. und 9. 2.: Angriffe auf den Bahnhof von Samrong (12 km östl. von Phnom Penh), 13. 2.: Pilotenschule von Kantuot, 20 km südwestlich, angegriffen: 30 Tote, zahlreiche Waffen.

6 (Kampong Speu)

20. - 22. 1. bei Gegenangriff 1200 Feinde getötet; 2. 2.: 25 Vietnamesen, die 4 km aus der Stadt gingen; 13. 2.: 132 und 2 Munitionstransporter; am 17. 3. wurde Kampong Speu befreit. Bei den Kämpfen vom 15. bis 18. 3. wurden 606 Feinde, darunter 1 sowjetischer Militärberater getötet, 240 Waffen, darunter 4 Geschütze erobert und 2 Militärfahrzeuge zerstört.

7 (Straßengabelung der Straße nr. 4 nach Sre Ambel)

6. - 8. 2. Angriffe; am 11. 2. 39 Feinde vernichtet; 17. 2.: 5; 26. und 27. 3.: 25 Vietnamesen und ein Militärfahrzeug.

8 (Veal Renh)

Februar: Artilleriebeschuß: 2 feindl. Geschütze zerst., Artillerie-und Infanterieattaken - Vietnamesen im Ort eingeschlossen. 11. 2. beim Ort 9 Feinde vernichtet;

9 (Kompong Som)

Vom 1. 1. bis 25. 1. 30 Kriegsschiffe der Vietnamesen in den Gewässern zerstört; Straße Nr. 4 nahe der Stadt unterbrochen; Vietnamesen beherrschen Anfangs lediglich die Hafenanlagen;

Sonstige angegebene Zahlen für das Gebiet der Straße Nr. 4: 482 getötete Feinde, 28 Panzer und 8 Militärfahrzeuge zerstört.

(Quelle: „New Bulletin" der Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Peking 1-22/79, nach Radio „Stimme des Demokratischen Kampuchea"; Karte: US-Department of defense, 1969, 10 cm - 100 km).

sischen Aggressoren haben aus Vietnam über die Straße Nr. 19 Verstärkungen geholt, um über die Straße Nr. 19 in die Region Ratanakiri-Stung Treng einzudringen. Ebenfalls haben sie über die Südgrenze von Laos Verstärkung geholt, auf der Höhe der Region Stung-Treng und Ratanakiri in Richtung von Siempang und auf der Höhe von Preah Vihear in Richtung von Stung-Treng.Ihr Plan war, uns auf Grund ihrer militärischen Überlegenheit in dieser Region vor Beginn der Regenzeit zu vernichten. Dennoch haben die Armee, die Guerillas und die Einwohner der Region von Ratanakiri und Stung-Treng Gegenangriffe geführt, indem sie auf lebendige und wirksame Weise die Linie und die Taktik des Guerillakrieges anwandten. Angesichts der massiven Invasion feindlicher Truppen sind wir ausgewichen, haben uns in mehr oder weniger großen Gruppen organisiert und von hinten ununterbrochen Guerillaangriffe geführt. Als sie in die Tiefe vordrangen und sich aufteilten, haben wir sie an den Flanken angegriffen, sie zersplittert und sie Tag und Nacht angegriffen. Außerdem verfügen wir über Einheiten, die die Kräfte des Feindes vernichten sollen, wenn er haltmacht oder Lager bildet. Auf diese Weise haben wir den großangelegten Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzug am Ende der Trokkenzeit zerschlagen. Sofort mit Beginn der Regenzeit haben wir den Guerillakrieg intensiviert, den Feind überall und jederzeit angegriffen und ihm Tag für Tag Verluste zugefügt. Gleichzeitig haben wir die Verbindungs- und Transportwege angegriffen und ihm so große Schwierigkeiten bereitet.

Laufend hatten wir entlang den Flüssen Sesan und Sekong, die für den Feind wichtige Verbindungswege darstellen, Hinterhalte gelegt. Zu den Guerillaangriffen und der Kontrolle der Verbindungswege auf dem Land und dem Wasser kommen andere Taktiken hinzu wie Überfälle und Blitzangriffe, um den Feind in seinen Lagern zu vernichten. Bei all diesen Angriffen benützen wir moderen Waffen, greifen aber auch auf traditionelle Waffen zurück, die große Wirkung zeigen. Die befreiten Gebiete haben sich ständig vergrößert."

Danach folgt eine Beschreibung der beträchtlichen Gebiete, die die Einheiten der Region Ratanakiri-Stung-Treng im Juni und Juli befreit haben.

Über den gleich anschließend vorgetragenen Vernichtungsfeldzug wird im News Bulletin Nr.64/1979 berichtet:

„Mitte Juli sandten sie zwei Divisionen zur Verstärkung, unterstützt von MIG's für einen neuerlichen Säuberungsfeldzug. Sie mußten unbedingt einen Sieg vor der Konferenz in Havanna erringen, um die Anerkennung ihrer Kettenhunde in Phnom Penh zu unterstützen. Sie gedachten unter äußerster Anstrengung an ihr Ziel zu gelangen. Aber vergebens. Das Gebiet Ratanakiri - Stung Treng wurde zu einem schweren Verlust für die vietnamesischen Aggressionstruppen.

Die vietnamesischen Verstärkungen drangen in das Ratanakiri-Stung Treng-Gebiet in drei Richtungen: Über die Straße Nr. 19, über die laotische Grenze nach Stung Treng. Sowjetische MIG's bombadierten und



Ausrottungsfeldzüge der Vietnamesen 1979

zerstörten vollständig Dörfer, um den Vormarsch zu erleichtern. Jedoch erlitt diese Operation trotz des durch hunderte Bombardements gedeckten Eindringens innerhalb von 14 Tagen eine Niederlage. Die Guerillas setzten sich angesichts des massiven Eindringen feindlicher Truppen ab. Sie ließen sie kommen, und teilten sich selber in Gruppen auf. Einige von ihnen gruppierten sich vor den eindringenden Truppen und begrüßten sie mit Fallen, Fallgruben, Minen und Hinterhalten. Andere griffen sie an den Flanken an und splitterten sie auf. Wieder andere trennten ihre Schlußkolonnen ab. Sehr schnell waren die feindlichen Truppen im Netz der Guerillas gefangen, zum Stillstand gebracht und gelähmt worden. Einerseits stießen sie mit jedem Schritt vorwärts auf traditionelle Waffen. Hier fiel ein Soldat in eine Falle, dort wurde einer von einem vergifteten Pfeil getroffen usw. Überall hinterließen sie Tote, die den Nachfolgenden ankündigten, daß der Wald voll von unsichtbaren und unvorhersehbaren Gefahren ist. Furcht ergriff den Feind und lähmte ihn noch mehr. Schließlich kehrten die vietnamesischen Truppen am 4. August nach Siempang, Voeunsay und zur Straße Nr. 19 zurück. Zur gleichen Zeit wurden die Regimenter am Westufer des Sekong von hinten aufgesplittert und vernichtet. Verstärkungen wurden gesandt, aber sie wagten nicht, einzugreifen und gaben sich damit zufrieden, mit 105-und 135-Geschützen von der Straße Nr. 7 zu feuern.

Angesichts der Niederlage ihrer Operation wechselten die vietnamesischen Truppen ihre Taktik. Sie teilten sich in kleine Gruppen auf, um überall herumspähen zu können. Aber die Wälder und Berge von Ratanakiri-Stung Treng wurden zum Vulkan. Geschlossen, vereint und ihre Aktionen koordinierend verstärkten die Guerillas und Einwohner den Guerillakrieg und fügten dem Feind schwere Verluste zu, der zwei oder drei Tag benötigte, um einen Kilometer voranzukommen. In zehn Tagen, bis zum 16. August, vertrieben die Guerillas die Vietnamesen aus dem Andaung Meas - Bezirk, dem oberen Teil des Voeunsai-Bezirks, vom Westufer des Sekong und von der Straße Nr. 7.

Die Vietnamesen kehrten nach Siempang, in das untere Voeunsai, Stung Treng und Bakeo zurück. In der letzten Phase waren die Vietnamesen unfähig, untereinander Verbindung zu halten, und sie wurden unaufhörlich angegriffen. Am 25. und 26 August griffen die Guerillas 14 feindliche Lager an, darunter drei in Siempang, töteten und verwundeten 248 Feinde und vernichteten eine feindliche Kompanie.

Aggression zahlt sich nicht aus. Jeder Aggressor gräbt sein eigenes Grab. In diesem großangelegten Vernichtungsfeldzug verloren die vietnamesischen Truppen annähernd 2000 Getötete und Verwundete. Sie sind zum Untergang verurteilt".

Für die Regenzeit von Mitte Mai bis Anfang Oktober steckte die Regierung das Ziel, 20.000 lebende Kräfte des Feindes zu vernichten (Ministertagung 6./7. Mai). Vernichtet wurden 30.000. Währenddessen mußte aber gerade diese Zeit zur Nahrungsmittelprodukton genutzt werden. Das ist unter den Bedingungen des speziellen Ausrottungskrieges der Hanoier Militärclique eine noch weit schwierigere Aufgabe, als sie es während dem Krieg gegen die US-Imperialisten war. Am 20. Mai rief die Regierung über Rundfunk auf, die Produktion in der Regenzeit in Angriff zu nehmen (NB 32): Die alten Felder zu benutzen, wo dies möglich ist, sie zu jäten und in hohen Regionen frühreifen und niederen Regionen normalen Reis anzuzupflanzen. Mais sollte dort angepflanzt werden, wo es Reis mangelte. Nach der Reisernte im Juli/August sollte Maniok angepflanzt werden, und neben diesen drei Grundnahrungsmitteln überall süße Kartoffel, Bohnen und anderes Gemüse. An der Feldarbeit sollten sich alle Menschen, ob Kämpfer oder nicht beteiligen. „Um einen langandauernden Volkskrieg führen zu können bis zum endgültigen Sieg ist es wichtig, über genügend Lebensmittel zu verfügen". Die Produktion muß unter schwierigsten Umständen geschützt werden. Allein in einem Bezirk der Provinz Kampong Chnang ist es feindlichen Truppen in den Monaten August und September gelungen, 900 Hektar Reisfelder und 500 Hektar mit Korn und Kartoffeln zu zerstören sowie 200 Schweine und 3000 Hühner zu stehlen (NB 71).

Ein weiteres Bein, auf dem die selbständige Nahrungsmittelversorgung steht, sind die vom Feind erbeuteten Lebensmittel. Ähnlich, wie es den Volksbefreiungsstreitkräften gelingt, respektable Waffenzufuhren vom Feind zu erbeuten, fallen ihnen immer wieder Lebensmittelladungen und -depots in die Hände, in denen sich dann nicht selten Dosen und Packungen aus internationalen Hilfslieferungen für das kampucheanische Volk befinden.

Für die Berichterstatter der westlichen bürgerlichen Zeitungen, die in Bankok hocken oder sich an der Grenze herumtreiben, spielen sich die Kämpfe als Grenzkämpfe an der thailändisch-kampucheanischen Grenze ab. Hält man sich demgegenüber an die Berichte der Regierung, die sehr genau sind, wie sie schon im antiamerikanischen Krieg sehr genau waren, dann sieht man, daß der Guerillakrieg gleichmäßig das ganze Land überzieht mit Ausnahme der Ostzone, von wo nur spärlich berichtet wird. Schwerpunkte ergeben sich an bestimmten Fronten, die sich dort bilden, wo der Aggressor größere oder kleinere Vernichtungsfeldzüge unternimmt oder wo er eingekreist ist (siehe Aufstellung).

Die Marionetten beklagen den Widerstand lauthals. Als Antwort auf die hier nebenstehende Erklärung des Oberkommandos der Revolutionären Armee Kampucheas vom 16. 7. haben sie ein Kommunique veröffentlicht, das sich wie eine unfreiwillige Bestätigung liest, wie auch die Angst vor der Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei Kampucheas zum Ausdruck bringt:

„Trotz bitterer Niederlagen haben die Pol-Pot-Ieng-Sary-Reaktionäre und die Clique der chinesischen Reaktionäre ihre Pläne, die Volksrevolution zu sabotieren, nicht aufgegeben, sondern verbinden sich mit den Imperialisten. Sie wollen unser geliebtes Land wieder unter Kontrolle bekommen, um ihre konterrevolutionäre Strategie durchzusetzen. Sie sammeln alle möglichen chinesischen Expansionisten und Agenten des Imperialismus, z.Bsp. Leute von Lon Nol und In Tam und machen von der Sihanouk-Karte Gebrauch

Juli

	Front	Feinde getötet	verletzt
1	Ratanakiri - Stung Treng Front	459 Feinde getötet,	381 verletzt
2	Mondulkiri Front	169 Feinde getötet,	148 verletzt
3	Kratie Front	162 Feinde getötet,	128 verletzt
4	Kampong Cham - Kampong Thom Front	529 Feinde getötet,	438 verletzt
5	Süd-West-Front	421 Feinde getötet,	323 verletzt
6	West Front	920 Feinde getötet,	498 verletzt
7	Koh Kong Front	310 Feinde getötet,	291 verletzt
8	Battambang Front	1219 Feinde getötet,	1025 verletzt
9	Siemreap - Oddar Meanchey Front	270 Feinde getötet,	158 verletzt
10	Preah Vihear Front	53 Feinde getötet,	45 verletzt

September

	Front	Feinde getötet	verletzt
1	Ratanakiri-Stung Treng Front	644 Feinde getötet,	608 verletzt
2	Mondulkiri Front	108 Feinde getötet,	90 verletzt
3	Kratie Front	244 Feinde getötet,	204 verletzt
4	Kampong Cham-Kampong Thom Front	403 Feinde getötet,	422 verletzt
5	Süd-West-Front	292 Feinde getötet,	224 verletzt
6	West-Front	464 Feinde getötet,	425 verletzt
7	Koh Kong Front	491 Feinde getötet,	265 verletzt
8	Battambang Front	881 Feinde getötet,	819 verletzt
9	Siemreap-Oddar Meanchey Front	533 Feinde getötet,	382 verletzt
10	Preah Vihear Front	180 Feinde getötet,	109 verletzt

(da das häßliche Gesicht der Pol Pot - Ieng Sary-Clique das Volk nicht länger täuschen kann), um eine reaktionäre Front aufzubauen, unser Volk zu spalten und unsere nationale Einheit wie die kampucheanisch-vietnamesische Solidarität zu sabotieren. Im Versuch, die Revolution zu untergraben, unternehmen sie alles mögliche, um ihre verbliebenen Soldaten in kleinen Einheiten zu organisieren und sie in den ländlichen Gebieten zu verteilen, unter den Volksmassen, den Verwaltungs- und Massenorganisationen. Sie haben auch Thailand genutzt, um die Überreste ihrer Armee und die Reaktionäre im Exil umzugruppieren, ihre Effektivität zu steigern und ihren Kurs gegen die kampucheanische Revolution weiterzuverfolgen. Gegenüber dieser Situation müssen das ganze Volk und die bewaffneten Streitkräfte die Natur des Feindes klar verstehen und Maßnahmen ergreifen, um ihn zu besiegen." (Radio Phnom Penh, 21.7., zit. nach KVZ 35/79)

Nachdem bereits die Hälfte der Trockenzeit um ist, zeigt sich, daß die Volksbefreiungskräfte in Kampuchea auch in dieser schwierigen Phase die Oberhand bewahren werden. Damit tritt immer mehr der Faktor in den Vordergrund, daß Vietnam keinen unbegrenzt langen Krieg führen kann und sich seine Möglichkeiten sprunghaft verschlechtern. Daran könnte nur eine weit größere Beteiligung sowjetischer Truppen etwas ändern. Andererseits wird der internationale Druck auf die Aggressoren nach der Invasion in Afghanistan anhalten, an deren Spitze die ASEAN-Länder und die VR China stehen. Die Aussichten für einen Sieg des heldenhaften kampucheanischen Volkes, das schon zum zweiten Mal innerhalb eines Jahrzehnts gegen eine materiell ungeheuer überlegene Supermacht im Kampf steht, sind nicht schlecht.

(zr,bo)

Erklärung des Oberkommandos der Revolutionären Armee Kampucheas, 16.7.1979

Das Oberkommando der Revolutionären Armee Kampucheas ist von der Regierung des Demokratischen Kampuchea autorisiert worden, die militärische Lage des Demokratischen Kampuchea zu veröffentlichen.

I. Die jetzige militärische Lage

Die militärische Lage des Demokratischen Kampuchea stellt sich Mitte Juli wie folgt dar:

1. Die unter der Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea befindlichen Gebiete: Sie bilden ca. ein Viertel der gesamten Fläche Kampucheas und umfassen die hochgelegenen Gebiete, Waldgebiete und Berge sowie die jeweils abgelegensten Ortschaften in allen Teilen des Landes.

2. Die unter zeitweiser Kontrolle des Feindes stehenden Gebiete: Sie umfassen ein Viertel der gedamten Fläche Kampucheas und umfassen die Städte, die kleinen und die großen, und die an die wichtigen Fernstraßen angrenzenden Gebiete. Im April 1979 betrug das vom Feind zeitweise kontrollierte Gebiet die Hälfte der gesamten Fläche des Landes. Aber seit dem Mai mußten die Aggressoren damit beginnen, die hochgelegenen Gebiet zu räumen. Einerseits waren sie dazu gezwungen, weil wir die Guerilla-Aktivitäten entfaltet und die Kontrolle über einen beträchtlichen Teil der entlegenen Gebiete zurückgewonnen haben; andererseits, weil wir unsere Guerillazonen und Guerillabasen beträchtlich ausgedehnt haben.

3. Unsere Guerillazonen und Guerillabasen:

Sie stellen die Hälfte der gesamten Fläche Kampucheas dar und umfassen im allgemeinen die Gebiete der Ebenen und durch Kommunikationswege verbundene

Gebiete. Im April 1979 waren unsere Guerillazonen und Guerillabasen weniger zahlreich als jetzt, wo sie die Hälfte der Fläche des Landes umfassen. Diese Entwicklung ist die Folge der Vermehrung und Verstärkung unserer Guerilla-Aktivitäten in Verbindung mit den Aktionen und den Erhebungen der Einwohner der unter provisorischer Kontrolle des Feindes stehender Gebiete, der Selbstverteidigungskräfte und der Khmer-Soldaten, die die Feinde selbst für ihre Zwecke aufgestellt hatten.

II. Die vier Kategorien von Kräften, die gegen die vietnamesischen Aggressoren kämpfen

Der Wechsel in der Situation, der sich gegenwärtig auf dem Schlachtfeld zeigt, ist wesentlich und hauptsächlich der Tatsache geschuldet, daß wir seit dem Mai 1979 vier Kategorien von Kräften aufeinander abgestimmt zum Einsatz gebracht haben, die den vietnamesischen Agressator bekämpfen, indem sie mit immer größerer Wirksamkeit und Wucht die Linie des Guerillakrieges verfolgen. Diese vier Kategorien unserer Kräfte sind die folgenden:

1. Unsere aufgestellten Streitkräfte:
Sie umfassen die regulären Truppen, die Truppen der einzelnen Gebiete und Regionen, die eine wichtige Grundlage für die Entwicklung unserer bewaffneten Truppen bilden. Nachdem wir den vietnamesischen Aggressoren die ganze letzte Trockenperiode 1978 - 79 über widerstanden haben, sind wir zur Reorganisierung unserer Streitkräfte geschritten. Wir haben sie bereits in großen Teilen abgeschlossen. Gegenwärtig sind unsere Streitkräfte in kleine Gruppen aufgeteilt und führen überall Guerilla-Aktivitäten durch, in den Wäldern und Bergen ebenso wie in den Gebieten der Ebene und den an die Kommunikationswege angrenzenden Ortschaften, großen und kleinen, bis in die Umgebung der Städte. Die Guerillaeinheiten, die aus den fest aufgestellten Streitkräften heraus gebildet worden sind, entwickeln sich quantitativ und qualitativ und werden jeden Tag aktiver und mächtiger.

2. Unsere Guerillas an der Basis:
Sie sind direkt aus den Volksmassen hervorgegangen und entwickeln sich sowohl quantitativ wie qualitativ in sämtlichen Gebieten, Regionen und Bezirken des Landes. Sie verstärken sich unaufhörlich im Zuge ihrer Guerilla-Aktivitäten, die sie überall gegen den vietnamesischen Feind führen. Unsere Guerilaaeinheiten an der Basis wachsen ebenso auf allen Gebieten in dem Maße, wie sich der immer heftigere Kampf der Bewohner der von den Feinden provisorisch kontrollierten Gebiete entwickelt.

3. Die Kräfte der revolutionären Gewalt des gesamten kampucheanischen Volkes:
Das gesamte kampucheanische Volk, sowohl in der von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten wie in denen unter der provisorischen Kontrolle des Feindes, vor allem aber in diesen letzteren Gebieten, ist voller Erregung und erhebt sich, um mit den eigenen Händen den vietnamesischen Feind zu bekämpfen, indem es in Form örtlicher Aufstände, Revolten, Sabotageakten etc. zu revolutionärer Gewalt greift. Diese Bewegung umfaßt alle Gebiete, Regionen und Bezirke des Landes, einschließlich der im Osten. Gerade im zurückliegenden Monat Juni haben sich gewaltsame Aktionen gegen die vietnamesischen Aggressoren in der verschiedensten Form entwickelt und hunderte von Malen stattgefunden. Das Volk Kampucheas, aller sozialen Schichten und jeden Alters, hat sich erhoben und greift die vietnamesischen Aggressoren direkt an, nicht nur von nationalen, sondern auch persönlichem Haß bewegt. Denn jeder ist direktes Objekt der unglaublichsten Ausschreitungen von Seiten der vietnamesischen Aggressoren, sodaß er es nicht mehr ertragen kann und sich erhebt, um dem Feind im ganzen Land tödliche Schläge zu versetzen. Die Kraft dieses Volkes im Aufstand ist grandios und unwiderstehlich.

4. Die Khmer-Kräfte, welche von den vietnamesischen Okkupanten eingezogen wurden, um ihrer Politik der Aggression, Expansion, Annexion und Ausrottung der kampucheanischen Rasse zu dienen:
Während der vergangenen zwei Monate haben sich die Erhebungen der Selbstschutz-Truppen, der Soldaten und Verwaltungsangestellten, die die vietnamesischen Okkupanten eingezogen haben, entwickelt und sich auf alle unter der vorübergehenden Kontrolle des Feindes stehenden Gebiete ausgeweitet. Diese Landsleute können die Ausschreitungen und unerhörten Grausamkeiten nicht mehr ertragen, ebensowenig wie die Demütigungen oder auch die Morde und Massaker, deren direkte Opfer sie selbst werden, wenn die Vietnamesen sie beschuldigen, die Kämpfer der Revolutionären Armee Kampucheas zu unterstützen. Sie können nicht mehr ertragen, daß der Feind ihre Eltern und Verwandten einsperrt, foltert und ermordet, daß er ihnen befiehlt, unschuldige Einwohner zu Dutzenden und Hunderten zu verhaften und zu erschießen, und das in ihren eigenen Städten und Dörfern.

Diese dritte und vierte Kategorie der Kräfte sind in den Regionen , die der Feind kontrolliert, einschließlich Phnom Penhs und der anderen Städte, in voller Erhebung un versetzen den vietnamesischen Banditen tödliche Schläge.

Alle vier genannten Kategorien unserer Kräfte zeigen eine außerordentliche Schlagkraft; sie entwickeln und verstärken sich ungestüm und stürzen sich voll Energie auf die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Annexionisten, Landräuber und Völkermörder. Diese werden mit Sicherheit vernichtet und hinausgeworfen werden.

III. Die Kräfte der vietnamesischen Aggressoren

Bis jetzt belaufen sich diese auf fast 200000 Mann. Anfangs waren es nur 120.000 gewesen, die den Invasionsangriff geführt und sich der Städte, der Provinzhauptstädte und der wichtigsten strategischen Straßen bemächtigt haben. Aber im März haben die Vietnamesen weiter 30.000 Mann an Verstärkungen herangeführt, um sich der Gebiete unserer Ebenen zu bemächtigen. Im Monat April haben sie noch einmal 30.000 Mann entsandt, um sich der Gebiete unserer Berge und Wälder zu bemächtigen. somit haben die Vietnamesen vom 25. Dezember 1978 bis heute 180.000 Mann an Truppen aufgeboten, um Kampuchea anzugreifen. Im Verlauf der letzten Trockenperiode 1978/79 haben die vietnamesischen Aggressoren 40.000 Mann an Toten und Verwundeten verloren, davon 20.000 in der Zeit zwischen Dezember 1978 und Januar/Februar 1979, in der unsere Truppen noch gruppiert waren und dem Feind heftige Schläge versetzten. Von Mai bis Juni haben die Vietnamesen fast 10.000 Mann an Toten und Verwundeten verloren.

Über diese Verluste hinaus sind die vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea von mehreren tausend Fällen von Desertation betroffen, von solchen, die sich durch Wälder und Berge nach Vietnam zurückbegeben, solchen, die sich weigern an die Front zu gehen und es vorziehen, verhaftet oder in den großen Armeegefängnissen eingesperrt zu werden oder solchen, die Zuflucht in Thailand suchen.

Die vietnamesischen Truppen in Kampuchea sind auch Krankheiten ausgesetzt, wie Malaria Typhus oder Ruhr.

Ein großer Teil der neuen vietnamesischen Rekruten sind städtischer Herkunft, vielfach frühere Gymnasiasten oder Studenten; sie sind daher sehr anfällig für alle diese Krankheiten. An den Fronten von Kompong Som und Koh Kong geht die Zahl der vietnamesischen Soldaten, die an Malaria oder Typhus erkrankt sind, während der ersten beiden Monate der gegenwärtigen Regenzeit bereits in die Tausende. So hat sich an allen Fronten in Kampuchea die Zahl der vietnamesischen Soldaten, die durch Krankheiten außer Gefecht gesetzt wurden, auf mindestens 10.000 erhöht.

Gleichzeitig ist auch die Moral der vietnamesischen Soldaten schwer angeschlagen. Sie widersetzen sich dem Aggressionskrieg, der sich in die Länge zieht; sie werden täglich vom Guerillakrieg getroffen, müssen sich durch Wasser und Schlamm wälzen, in tiefen Wäldern leben, sind den Stichen der Mücken und anderen Insekten ausgesetzt, wie allen Arten von Krankheiten. Allen diesen Soldaten ist der Aggressionskrieg zutiefst zuwider, und sie spüren die unausweichliche Niederlage voraus. Außerdem fiel die Moral der vietnamesischen Truppen noch mehr, als sie aus ihrem Land Nachrichten über die Hungersnot, die dort umgeht, hörten, über die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes durch die Machthaber in Hanoi, über den täglichen Exodus von tausenden vietnamesischer Flüchtlinge, und über die allgemeine Verurteilung der Le Duan-Pham Van Dong-Clique.

In einer solchen Lage befindlich sind die vietnamesischen Aggressoren jetzt knapp an Mitteln, um ihre Offensive fortzusetzen, die Revolutionäre Armee Kampucheas zu zerschlagen und ihre Kontrolle über ganz Kampuchea zu errichten. Der Feind konzentriert den größten Teil seiner verbliebenen Truppen auf die Verteidigung Phnom Penhs und der anderen Städte, sowie auf einige Positionen entlang der wichtigsten strategischen Straßen, der Häfen, der östlichen Gebiete und der Gebiete entlang der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand. Auf diese Weise haben die vietnamesischen Aggressionstruppen Schwäche in einer großen Zahl von Gebieten und Ortschaften im Innern Kampucheas.

Im Lauf der nächsten Monate der jetzigen Regenzeit, wenn die Angriffe der Guerilla an Intensivität und Ausdehnung gewinnen, werden die vietnamesischen Truppen noch weiter geschwächt werden. (...) Wichtig ist vor allem, unsere Offensive gegen die vietnamesischen Aggressoren fortzusetzen, indem wir die vier Kategorien unserer Kräfte energisch und andauernd in der jetzigen Regenzeit zur Geltung bringen, um dann noch wuchtiger in der nächsten Trockensaison nachzusetzen. Nur unter dieser Bedingung können wir gegenüber den vietnamesischen Aggressoren Herr der Lage bleiben. (...)
(Übersetzung: KuK, 8/79)

Auszug aus dem Reisebericht von Jan Myrdal September 1979

Unsichtbare Fallen aus Bambusspeeren

Auf den Dschungelpfaden haben wir Führer. Die Pfade sind schwer zu finden. Oft ist die Vegetation so dicht wie eine Mauer, und man muß vom ersten Elefanten aus einen Pfad hauen, damit wir vorankommen. Aber die Pfade sind nicht nur schwer zu finden, sondern auch gefährlich. Überall gibt es Fallen. Sie sind unsichtbar, über ihnen liegt ein dichter Vegetationsteppich.

Wenn ein Elefant in eine solche Falle stapft, schlitzt er sich den Fuß an den Bambusspeeren auf. Ein Mensch, der darauf tritt, stürzt hinunter in die tiefe Grube und wird von den Bambusspeeren aufgespießt. Die Führer gehen voran und markieren die Fallen, damit wir sicher in das nächste Dorf gelangen können.

„Während der letzten Offensive versuchten die Vietnamesen sich bis in diese Gegend durchzuschlagen. Aber es gelang ihnen nicht. Viele von ihren Rekruten sind Schuljungen, auch sie kennen die Furcht vor dem Dschungel und dem Tod. Wir trieben sie zurück.“

Manchmal ist die Vegetation zu dicht, die Elefanten kommen mit uns nicht hindurch. Wir würden vom Rücken der Elefanten heruntergefegt werden. Die Elefanten schreiten dann mit weicher und überlegter Schwere vor, prüfen mit dem Rüssel, fühlen mit dem Fuß. Manchmal treten sie ein Hindernis nieder, manchmal werfen sie es mit dem Rüssel zur Seite oder pressen sich durch. Dann gehen wir zu Fuß auf dem Pfad. Der Lehm ist matschig und tief, und der Wald ist voller Geräusche.

„Diese Wälder sind eigentlich ein Reichtum“, Thiounn Chhum (Chef für Finanzangelegenheiten des Demokratischen Kampuchea, d.R.) wir haben große Pläne damit.“

Wir reisen ostwärts. Dort vor uns liegen die vietnamesischen Stellungen. Aber das ist ein Krieg ohne Front. Der reguläre kampucheanische Guerilla hat Stützpunkte im Dschungel, das sind jedoch keine Stellungen. Als wir draußen bei Phnom Malay sind, tosen die 105 mm Haubitzen der Vietnamesen. Sie versuchen sich auf die Stellungen der Guerilla einzuschießen. Aber die Guerilla hat keine Stellungen und das vietnamesische Feuer in unsere Richtung wird zu einer sinnlosen Demonstration.

In westlichen Leitartikeln habe ich gelesen, diese reguläre Guerilla, die uns geschützt hat und vor uns im Dschungel marschiert ist, sei eine altmodische Armee von Barfußläufern im Teenager-Alter. Nun, ihre automatischen Karabiner sind eine schwere Variante der modernsten Handfeuerwaffe der schwedischen Armee: AK-4, das ist nicht gerade ein Erbsengewehr. Und was die „Barfußläufer“ angeht, so handelt es sich um gut trainierte und ausgebildete Dschungelkrieger. Während der langen Reise auf dem Elefantenrükken diskutierten wir. Ny Kan berichtet über die Lage in der Region, für die er verantwortlich ist:

„Von hier bis Pailin kontrollieren wir den ganzen Wald und die Berge. Auf dem Flachland vor dem Wald ist Guerillagebiet.

Die Sowjets fliegen Munition

Die Sowjets fliegen Munition von Siemreap nach Battambang. In Battambang und Siemreap gibt viel sowjetisches Militär. Nach Berichten von Kriegsgefangenen, die wir verhört haben, haben sie in Siemreap in 2 Stunden bis zu 700 Russen zählen können. Die sowjetischen Truppen in Kampuchea sind hauptsächlich an der thailändischen Grenze konzentriert.

Der Regen hat den Feind zurückgehalten. Aber im Laufe eines Monats vom 24. August bis zum 25. September, haben sie uns fünfmal an allen Fronten angegriffen. Es gelang uns, diese Angriffe zu zerschlagen und sie in ihre Stützpunkte zurückzutreiben.

Dort auf dem Berg Phnom Cham Chap wollten sie sich festsetzen. Wir brauchten sechs Tage, um diese Stellung zu liquidieren. Wir griffen Tag und Nacht an. Auf dem Berg gab es kein Wasser. Die Feinde holten es von drei Stellen unterhalb des Berges.

Wir erwarteten sie, als sie Wasser holen gehen wollten. Früher oder später waren sie dazu gezwungen. Da haben wir sie erschossen. Aber sie konnten nicht gegen uns im Dschungel zurückschlagen. Wir verminten ihre Wege und bauten Fallen. Als sie Verstärkung schikken wollten, legten wir einen Hinterhalt. Ihre Verluste waren groß.

Die Moral der Truppe ist der entscheidende Faktor

Es ist nicht so, daß die Vietnamesen schlechte oder unfähige Soldaten sind. Sie haben viel Kriegserfahrung. Ich glaube, daß das vietnamesische Volk weder bessere noch schlechtere Soldaten als unser Volk hervorbringt. Aber ihre Moral ist schlechter, sie kämpfen weit weg von ihrer Heimat, in einem ungerechten Krieg. Ihre Offiziere wollen ihnen einreden, daß Vietnam nie etwas abgeben wird, was es mit so großen Verlusten erobert hat, daß ihr Kampf siegreich wird. Aber ihre Moral wird immer schlechter. Unsere Guerillasoldaten kämpfen dagegen in ihrem eigenen Land, um ihr eigenes Volk zu verteidigen, und sie wissen außerdem, daß sie den Schutzwall für die Zivilbevölkerung hinter ihnen bilden - das stärkt ihre Moral. Und in einem Krieg auf Leben und Tod wird die Moral der Truppen zum entscheidenden Faktor.

Schlechte Moral der Vietnamesen

Die Moral unter den Truppen ist schlecht. Das internationale Prestige Vietnams sinkt. Nur hier und dort hat Vietnam noch wegen des (antiamerikanischen d.R) Krieges Ansehen. Hier in Südostasien haben die Staaten klar gesehen, wofür Vietnam eintritt und vereinigen sich gegen die Politik Vietnams. Wir haben uns auf die kommenden Kämpfe vorbereitet. Wir haben Vorräte angelegt und Pläne ausgearbeitet. Aber die kommende Trockenperiode wird ein Kampf auf Leben und Tod sein.

(aus: „Rote Fahne“ 45/1979)



Befreite Gebiete nach Myrdal

Daten zur Kriegswirtschaft Vietnams

(aus: „Kommunismus und Klassenkampf", theoretisches Organ des KBW, 2/1980)

Auf der Tagung der vietnamesischen Nationalversammlung im Dezember mußte der stellvertretende Premierminister Le Thanh Nghi abermals erklären, daß die Ziele für die landwirtschaftliche und industrielle Produktion 1979 nicht erreicht worden sind; die Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens seien schlecht, selten und teuer; die Lebensmittelration habe gesenkt werden müssen; mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage griffen Diebstahl, Korruption und Unterschlagung um sich. Alle Kräfte müßten angespannt werden, um die strategischen Ziele zu erreichen: die Entwicklung der Produktion zu gewährleisten und die Wehrfähigkeit zu stärken (1). Vietnam ist tief verstrikt in den Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea; es hält Laos faktisch besetzt und rüstet an der Grenze zur VR China. Mindestens 250 000 Mann der 600 000 Mann starken Armee stehen in fremden Ländern, immer früher wird die Jugend in die Armee gepreßt und immer umfassender die Ökonomie des Landes auf den Krieg ausgerichtet. Wenn auch Vietnam den Aggressionskrieg nicht führen könnte ohne Unterstützung durch den Sozialimperialismus, zahlen muß das vietnamesische Volk; es soll auch die Rechnung begleichen, die die Sozialimperialisten für ihre „Hilfe„ präsentieren.

Die Ergebnisse der vietnamesischen Getreideernte 1979 hat Le Thanh Nghi mit 13 Mio. t angegeben(Reisäquivalent; d.h. alle übrigen Getreidesorten und andere Nahrungsmittel wie Süßkartoffeln usw. zum Reis hinzu-, aber entsprechend ihrem Nährwert in Reiseinheiten umgerechnet). Damit wäre das Ergebnis von 1978 übertroffen und das von 1977 wieder erreicht.(s.Abb.1,2).(2) Über die -entscheidende - Reisernte sind keine Angaben veröffentlicht.(Wie überhaupt die vietnamesischen statistischen Angaben äußerst karg sind.) Den Berichten, die bis zum September vorliegen, läßt sich immerhin soviel entnehmen: die 1. Reisernte im Frühsommer hat etwas über der - sehr schlechten - 78er Ernte gelegen(3); die Aussaat für die zweite Reisernte lag zeitlich stark zurück(4); die Ziele bezüglich der Anbaufläche wurden im Norden des Landes dann fast, im Süden nur zu knapp 80 % erreicht, in einigen Provinzen nur zu 50 %.(5) Es gab keine Fortschritte bei den Irrigations-und Meliorationsarbeiten, die für die Ausdehnung der bebauten Fläche und die Sicherung der Ernte grundlegend sind.

Auch die übrigen Produktonsbedingungen, die mitverantwortlich gewesen sind für die verheerenden Folgen des ungünstigen Wetters 1977 und 78, haben sich nicht zum Guten entwickelt: Dünger und Insektiziden waren äußerst knapp, wodurch wieder große Verluste entstanden.(6) Nur 5o% der landwirtschaftlichen Geräte waren überhaupt einsatzfähig, der Strommangel beeinträchtigte die landwirtschaftlichen Pumpsysteme(7) Dies alles macht es wahrscheinlich, daß die

„Vietnam, ein tropisches Land mit sehr großer Fläche, die noch auf Erschließung wartet, kann ein größerer Produzent von Nutzholz, Tee, Kaffee, Kautschuk, Zitrusfrüchten, Ananas, Bananen und anderen Früchten werden. Mit seinen Küsten von mehr als 3200 km verfügt es über ein großes Potential an Meeresprodukten. Seine noch weitgehend unberührten Naturschätze umfassen Öl, Gas, Kohle, Bauxit, Zinn. Seine großen Reserven an Arbeitskraft und seine Leichtindustrie werden es befähigen, ausländische Aufträge effektiv auszuführen und die Produktion von Konsumgütern und Leichtindustrieprodukten für den Export zu erhöhen. Seine junge Maschinenbauindustrie kann einfache Produkte erbringen und später, mit qualifizierterer Arbeit, sich mit spezialisierten Anteilen am Motorenbau und anderen Schlüsselindustrien beteiligen." (Die Aufgaben Vietnams innerhalb der „sozialistischen Arbeitsteilung" des RGW, beschlossen auf der Exekutivtagung Okt. 1978. Nach: Vietnam Courier, Juni 1979).



Vietnam. Fläche: 329000 qkm. Gegliedert in 35 Provinzen und 3 Städte. - *Bevölkerung:* 49,9 Mio. (1978); je die Hälfte im Süden und im Norden; jährliche Wachstumsrate 2,8 – 3%. – *Erwerbstätig:* 21,1 Mio. (1979); 14,8 Mio.in der Landwirtschaft, 3 Mio. in der Industrie; 1,8 Mio. in der Armee und 3 Mio. Arbeitslose. Die Bevölkerung ist im Delta des Roten Flusses (Hanoi: 1,5 Mio.) und des Mekong (Ho-Chi-Minh-Stadt: 3,2 Mio.) konzentriert. - *Klima:* Tropisches Monsunklima, zum Norden hin ins subtropische übergehend. - *Hauptanbaugebiete* sind die Schwemmlandebenen des Roten Flusses und des Mekong. 40% des Landes sind von tropischem Regenwald bedeckt. - *Bodenschätze:* Kohle, Zink, Zinn, Blei, Wolfram, Chrom, Antimon, Kupfer, Bauxit.

Steigerung des Gesamtertrages 79 vor allem auf einer weiteren Produktionssteigerung bei den Knollenfrüchten wie Süßkartoffeln(Batate), Maniok und Yam beruht(s.Abb. 3). Diese Sorten werden vor allem im Norden als dritte Ernte zwischen der zweiten und ersten Reisernte in der regenarmen Zeit des Winters angebaut, da sie eine Ausweitung des Ertrages allein durch ausgedehntere Nutzung von Boden und Arbeitskraft ermöglichen.

Die auffallenden Unterschiede in den Ergebnissen des Nordens und des Südens sind Ergebnis der expansionistischen Politik der KP Vietnams, die auf dem IV. Parteitag 1976 mit der vollständigen Machtergreifung des Revisionismus festgeschriben wurde. Aus dieser Linie folgt die Dringlichkeit, eine Schwerindustrie hochzuziehen: „Es kommt darauf an, die Schwerindustrie vorrangig und rationell auf der Grundlage der Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie voranzutreiben."(Le Duan)(8) In der vietnamesischen Gesellschaft, in der 3/4 der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist, konnten die Mittel dafür nur aus der Landwirtschaft gezogen werden, und so wurde die Aufgabe auch gestellt: „(Die Landwirtschaft) hat nicht nur die Ernährung der Bevölkerung zu sichern, sondern sie ist auch die entscheidende Quelle für die Akkumulations- und Exportkraft des Landes. Die Erweiterung der Anbaufläche... soll es ermöglichen, schon in den nächsten Jahren Reis- und Meeresprodukte in großem Umfang zu produzieren und so Mittel für dringend benötigte Rohstoff- und Energieimporte zu gewinnen."(9)

Nicht jedoch durch die Entwicklung ihrer Produktivkräfte, sondern durch Ausdehnung des Ausbeutungsfeldes, durch Landnahme. Durch Landnahme im Süden des Landes, in den Grenzgebieten und schließlich durch Landnahme in den Nachbarländern(s. Karte). Mit dem Umsiedlungsprogramm des IV. Parteitages sollten in einer kolonialen

Operation innerhalb von 10 - 12 Jahren 10 Mio. Menschen im wehrpflichtigen Alter aus den Ballungsgebieten des Nordens und in zweiter Linie aus Ho-Chi-Minh-Stadt in die „Neuen Ökonomischen Zonen" umgesetzt und damit die Anbaufläche um 5 Mio. ha verdoppelt werden. Seit 1976 sind allerdings erst 1,3 Mio. umgesiedelt, und von dem zur Verfügung gestellten Boden ist höchstens die Hälfte bebaut. (10) Mit der Militarisierung und der Unterdrückungspolitik vor allem im Süden des Landes wurden die „neuen ökonomischen Zonen" sowieso immer mehr zu Straflagern ohne jede Ausrüstung für die Produktion, denen sich entsprechend viele durch Flucht auch wieder entzogen. Aber dennoch führen die vietnamesischen Revisionisten ihre Siedlungspolitik fort und haben bereits 250000 Vietnamesen in den Ostprovinzen Kampucheas angesiedelt.

Zum anderen ist die„Kollektivierung" in Südvietnam wichtig. Die Masse der Bauern im Süden waren bis 1978 selbständige Produzenten, arme und vor allem Mittelbauern, die die Politik der KPV keineswegs unterstützten. Im Frühjahr 78 kritisierten die Revisionisten die südvietnamesischen Bauern heftig, ihre Reisablieferungen an den Staat würden seit 1976 stetig zurückgehen; die Bauern weigerten sich mehr anzubauen, da sie nichts für dieses Mehrprodukt bekamen. Im Juli 78 beschloß dann die KPV den Kurs: Kollektivierung vor Mechanisierung, und leitete zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion eine „Genossenschaftsbewegung" ein, die bis 1980 abgeschlossen sein sollte. (11) Es ist nicht verwunderlich, daß trotz aller Zwangsmittel im September 79 erst 55% der Bauern - formell - in 1549 Genossenschaften und 46241 Produktionsgruppen zusammengefaßt waren, die über 38% des Bodens verfügten (12). Der Widerstand der Bauern gegen diese Enteignung wie gegen die innere und äußere Kolonisierungspolitik der herrschenden Revisionistenclique wirkt sich direkt auf das Produktionsergebnis aus.

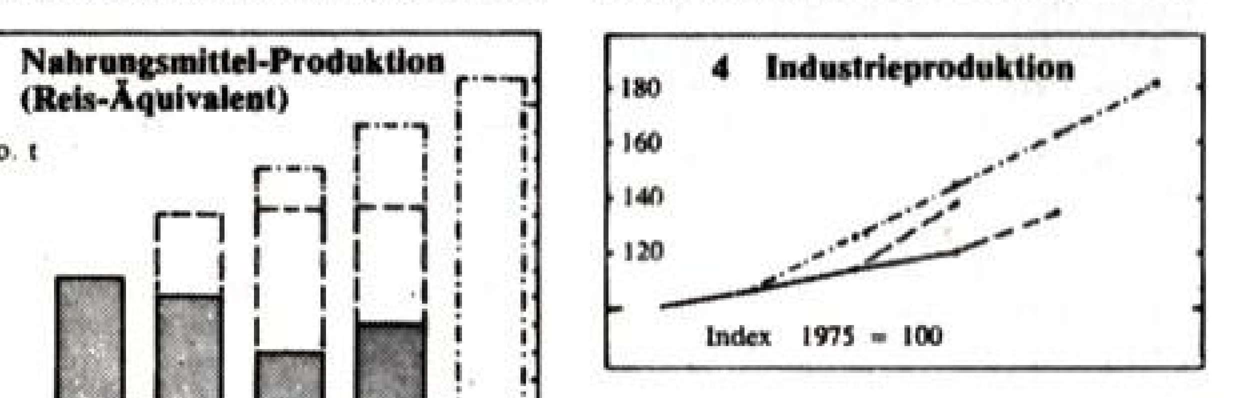
Die Welternährungsorganisation hat das vietnamesische Nahrungsmitteldefizit für 1979, die Differenz zur „Basiserfordernis", auf 7 Mio. t geschätzt. Diese Zahl stammt mit den Angaben der KPV selbst überein, die mit der Produktion von 21 Mio. t Reis-Äquivalent 1980 die Ernährungsfrage hatte lösen wollen. Man muß dabei bedenken, daß die Bevölkerung Vietnams jährlich um rund 1,5 Mio. Menschen wächst. Einen Teil dieses Defizits in der Ernährung des Volkes hat Vietnam durch Importe von 1,5 - 1,8 Mio t zu decken versucht(s.Abb.1a). Einen weiteren Teil durch Raub, durch Raub von Reis, Vieh und Fisch in Kampuchea. Den großen Rest muß die arbeitende Bevölkerung Vietnams durch Hunger decken.

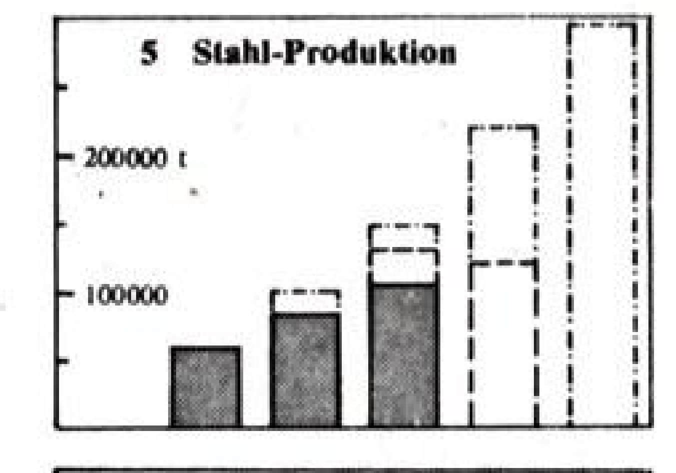
Die Nahrungsmittel sind rationiert. Die es auf dem schwarzen Markt gibt, sind für die Arbeiterbevölkerungnicht bezahlbar. So muß ein Arbeiter für ein kg Huhn 5 - 6 Tage arbeiten.(14) Die Rationen selbst sind in den beiden vergangenen Jahren weiter herabgesetzt worden. Wurden 1975 noch 15 kg Reis-Äquivalent ausgegeben, darunter 60 -70% Reis, so ist die Ration auf 8 - 9 kg gedrückt worden, davon nur 2 - 4 kg Reis.(15) Diese Ration gibt es keineswegs immer. Auch die Fleischration wurde gesenkt, auf 300 Gramm im Monat.(16) Die Viehbestände sind 78 reduziert und seither nicht erhöht worden. Infolge der Vertreibungspolitik der vietnamesischen Machthaber ging auch der Fischfang 1979 zurück, weil es an Booten fehlte(17); ohnehin wird der Fisch größtenteils exportiert.

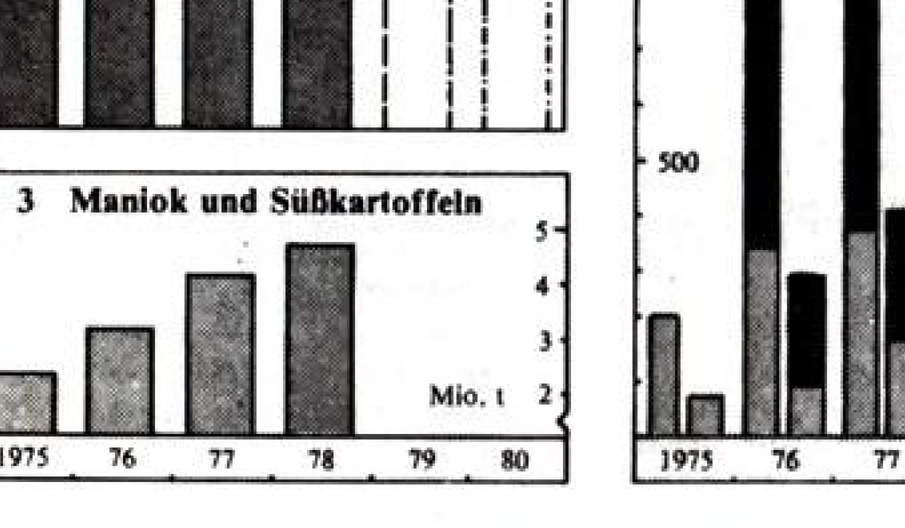
Zur Knappheit der Nahrung kommt so ihre Einseitigkeit, vor allem der Eiweißmangel; von den durchschnittlich 1500 cal/Tag werden nur 180 von tierischer Nahrung aufgenommen.(18) Das führt zu rascher Erschöpfung; so hat z.B. eine norwegische Firma die Ausbildung von Tauchern für das Offshore-Ölgeschäft deswegen einstellen müssen. Vietnamesische Ärzte stellen fest, daß der Gesundheitszustand sich rapide verschlechtert und daß sich Virus-Krankheiten wie das Siebentages-Fieber, die englische Krankheit und Parasitenbefall sich ausbreiten.(19) Man versteht, daß die Soldaten der Aggressionstruppen noch die höchsten Rationen haben.

Soweit man aus den spärlichen Daten schließen kann, ist die Industrie nicht in dem Maße vom Rückgang der Produktion betroffen wie die Landwirtschaft(s.Abb.4,5). Das gilt vor allem für die Schwerindustrie, die im Norden des Landes konzentriert ist und wo verschiedene von der Sowjetunion gelieferte Anlagen neu installiert worden sind; sie wird wegen Kriegswichtigkeit bevorzugt mit Rohstoffen und Arbeitskraft beliefert.(20) Die Zerrüttung der Produktion trifft vor allem die Industrie im Süden, die vom US-Imperialismus als verarbeitende Industrie, basierend auf dem Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten, aufgebaut worden ist(u.a. Baumwollspinnereien, Montage von Unterhaltungselektronik, Fahrräder, Plastik-Artikel, Batterien). Erscheinungen dieser Zerrüttung sind der Mangel an Rohstoffen, der noch verschärft wird durch den Mangel an Transportkapazitäten, die für den Krieg requiriert sind; das Fehlen von Ersatzteilen, Stromabschaltungen, die z.B. in Ho Chi Minh-Stadt 36 Stunden in der Woche ausmachen; die Erschöpfung der Arbeiter und die Notwendigkeit, neben der Arbeit sich um die elementare Versorgung zu kümmern.(21)

Auf der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung lastet die Herrschaft der neuen







Dez. '76 wurden die Ziele des ersten Fünfjahrplanes (1976 – 80) nach der Wiedervereinigung festgelegt (Strich-Punkt-Linie); danach jedoch Jahr für Jahr revidiert (Strich-Linie). Nach: FAO Production Yearbook '78 (2,3); Quarterly Economic Review (1,5); Vietnam Courier (4); Sowj. Außenhandel, UN-Bulletin (6).

Ausbeuterklasse. Korruption, Schwarzmarkt und bürokratische Willkür blühen. Die Eingliederung der südvietnamesischen Wirtschaft, die schon unter der Herrschaft des US-Imperialismus unter diesen Übeln litt, trug von Beginn an Züge der Okkupation. Die Verwaltungskader kamen aus dem Norden und etliche führten sich wie Besatzer auf. Die unter chauvinistischer Begleitmusik vollzogene gewaltsame Nationalisierung des gesamten Einzelhandes und der Industrie im April 1978, mit der Schwarzmarkt und Korruption angeblich beseitigt werden sollten, hat tatsächlich nur ihr Feld ausgedehnt und vielleicht die eine oder andere Konkurrenz beseitigt. Daß „Korruption, Verschwendung und Veruntreuung öffentlichen Eigentums verbreitet ist . . . besonders in der Wirtschaftsführung, aber auch in der Armee" können die Revisionisten nicht verschweigen.(22) Einer kleinen Schicht von Ausbeutern sichert es ein angenehmes Leben. Die Folge von all dem ist, daß die Kapazitäten der Industrie nur zu 50% ausgelastet sind, daß sie weder die Exportaufgaben erfüllen kann, noch der vorwiegend agrarischen Bevölkerung die notwendigen Produktionsmittel und Gebrauchsgüter zu liefern in der Lage ist. Die vietnamesischen Revisionisten sind verlumpt genug, daraus noch eine Theorie der „vernünftigen Konsumtion" zu machen, die folgendes gebietet: „Besteht die Wahl zwischen Gütern schlechter und guter Qualität, sollten vorübergehend die schlechten Güter konsumiert werden, um die guten für den Export reservieren zu können...Was die Wahl angeht: Für die Produktion oder für die Konsumtion, für die Konsumtion oder für den Export, so müssen vernünftige Relationen festgelegt werden auf der Linie: Priorität für Produktion und Export. Vernünftige Konsumtion bedeutet: Dinge nicht zu verbrauchen, soweit das möglich ist. Die Mahlzeiten mögen klein sein, die können doch ausgezeichnet sein." (23)

Das Mehrprodukt, das die herrschende Klasse Vietnams aus den Arbeitern und Bauern herauspreßt und die Mittel, die sie ihrer notwendigen Reproduktion entziehen, reichen nicht aus, den Aggressionskrieg zu führen. Das geht nur durch Import von Waren und Kapital auf Pump(s.Abb.6) Die Hoffnungen auf Ölfunde durch beauftragte imperialistische Konzerne - die zumindest die jährichen Ölimporte für 300 Mio. Dollar ersetzen sollen - haben sich bisher nicht erfüllt. In den ersten Jahren nach der Vertreibung des US-Imperialismus hat Vietnam etwa eine Mrd. Dollar Hilfe von westlichen Ländern erhalten, vor allem von Frankreich, Holland, Schweden, Finnland; dazu 350 Mio. Dollar von der Weltbank für die Landwirtschaft, die allesamt in der Kriegskasse gelandet sind. Den Löwenanteil hat der Sozialimperialismus vorgeschossen. 1976 wurden vom RGW 3,1 Mrd. Dollar für den Fünfjahrplan zugesagt, davon 2,4 Mrd. von der SU für etwa 4o Projekte der Schwerindustrie und für Staatsfarmen, die mit der Lieferung von Tee, Kaffee und Bananen zurückzahlen sollten.(24) In dem Maße, wie Vietnam zu offener Aggression überging, steigerten die Sozialimperialisten ihre Nachschublieferungen. Im ersten Halbjahr 1979 wurde soviel Material nach Vietnam geschafft wie im ganzen Jahr 1978 zuvor. Die vom Sozialimperialismus kontrollierten Völker müssen zahlen; so sagte die DDR im März 1979 zusätzliche Lieferungen im Wert von 265 Mio. DM aus Spendengeldern zu.(25) Die Lieferungen der Sozialimperialisten werden zur Zeit auf 2 - 3-Mio. Dollar täglich geschätzt.(26) Admiral Gorschkow hat am Jahresende bei Besichtigung der neuen Stützpunkte in Südvietnam erklärt, die Sowjetunion „werde ihre Hilfe verstärken."(27)

Aber natürlich lassen die Sozialimperialisten sich diese „Hilfe" zahlen. Sowieso politisch mit dem Verlust der Unabhängigkeit des Landes. Ökonomisch, indem sie zunehmend selbst die Hand auf die Produktivkräfte des Landes legen. Die Lieferungen aus den Staatsfarmen, die bisher unzureichend sind, werden eingefordert. Auf der vorletzten RGW-Tagung wurden Vereinbarungen über gemeinsame Produktionen in Vietnam mit „interessierten Ländern" getroffen. So wird z.B. für die DDR „laut langfristiger Kooperationsvereinbarung Arbeits- und Berufskleidung" produziert.(28) Die Sozialimperialisten wollen wie die USA die Industrie des Südens zur Verarbeitung nutzen. „Nach Vereinbarung stellt die SU die Rohstoffe und Lohnkosten bereit und kauft 90% der Produkte wieder auf. So produziert ein pharmazeutisches Werk in Ho-Chi-Minh-Stadt schon bis auf einen verschwindenden Rest für den sowjetischen Markt."(29)

Auf der 6.ZK-Sitzung der KPV im Sept.79, auf der die Erhöhung der Wehrfähigkeit zur Hauptaufgabe erklärt wurde, ist dem vietnamesischen Volk auch versprochen worden, daß bis 1985 die Ernährungsfrage gelöst ist. Folgende Maßnahmen wurden beschlossen: ein taktischer Rückzug in der Kollektivierungspolitik; in den nächsten Jahren „soll nur dort zu genossenschaftlicher Produktion übergegangen werden, wo alle Voraussetzungen für eine kontinuierliche Ertragssteigerung gegeben sind."(30) Es sei bei der Kollektivierung zu kleinbürgerlichem Abenteurertum gekommen.(31) Brachliegende Flächen sollen genutzt werden, indem Bauern und Arbeiter kostenlos solches Land pachten und den Ertrag weitgehend selbst verwenden können.(32) Die Arbeit muß aber in der Freizeit gemacht werden. Eine Spekulation auf den Antrieb durch nackten Hunger. Und was sollen sich die Bauern für zusätzliche Produkte eintauschen können und woher sollen die Produktionsmittel kommen?

Zur Förderung des Exports sollen die Kenntnisse der „kapitalistischen Elemente" des Südens genutzt werden, die ermächtigt werden, direkte Handelskontakte mit dem Ausland aufzunehmen. Für Kulturen von Tee, Kaffee, Kautschuk für den Export sollen Spezialanbaugebiete reserviert werden. Produktionen für den Export erhalten Rohmaterialien und Lebensmittel vorrangig geliefert; sie erhalten unabhägig vom Exporterlös einen angemessenen Gewinn garantiert und werden von jeglicher Steuer und Gebühr befreit.(33) Der Zweck dieser „Reform" liegt darin, die Kriegsfähigkeit Vietnams zu erhalten und gleichzeitig die Kosten dieses Krieges für den Sozialimperialismus möglichst zu senken.

(1) Xinhua, 2.1.80
(2) Ebenda
(3) Neues Deutschland, 3.7.79
(4) Nhan Dan(Organ der KPV), 31.8.79
(5) Quarterly Economic Review 4/79
(6) Neues Deutschland, 3.7.79
(7) Solche Berichte erscheinen laufend in der vietnamesischen Presse. Zugänglich ist eine Auswahl im „Vietnam Report", der vietnamesische Artikel und Rundfunkmeldungen in den USA übersetzt veröffentlicht.
(8) Archiv der Gegenwart 20839
(9) Zit. nach Wirtschaftswissenschaften(DDR) 1/77,S.91
(10) Quarterly Economic Review 2/79
(11) Far Eastern Economic Review(FEER) Yearbook 1979
(12) Vietnam Report 2145
(13) Xinhua, 19.6.79
(14) Tagesspiegel, 11.4.79
(15) Xinhua, 19.6.79 und 2.1.80
(16) FEER, 24.8.79
(17) Frankfurter Rundschau, 3o.8.79
(18) Asian Survey 1/79
(19) Vietnam Report 2145
(20) General Thai in seiner programmatische Rede zur Ausrichtung der vietnamesischen Wirtschaft auf den Krieg, Nhan Dan, 9.6.79(Vietnam Report 2143)
(21) Vietnam Report 2138,2139,2145
(22) Nhan Dan, zit. nach Neue Zeit 48/79
(23) Nhan Dan, 9.6.79(Vietnam Report 2132)
(24) Außenhandel UdSSR 11/79
(25) Tribüne(DDR), 11.1.80
(26) FAZ, 13.12.79
(27) Xinhua, 27.12.79
(28) Neues Deutschland, 9.11.79
(29) FEER, 24.8.79
(30),Neues Deutschland, 25.10.79
(31) Nhan Dan, zit. nach Horizont 45/79
(32) NZZ, 11.10.; Neues Deutschland 12.9.
(33) Vietnam Report 2134

Zur Lage der Arbeiterklasse und zur Klassenkampfsituation in Österreich

Dieser Artikel wurde im Zusammenhang mit der Arbeit am Rechenschaftsbericht des ZK für die im März bevorstehende a.o. Nationale Delegiertenkonferenz verfaßt. Er ist eine breiter ausgeführte, mit Tatsachenmaterial untermauerte und speziell für diesen Zweck geschriebene Überarbeitung des Teils des Rechenschaftsberichtes des ZK, der sich mit der Klassenkampfsituation in Österreich befaßt. Er konzentriert sich auf einige wenige Fragen, die für die Einschätzung der Klassenkampfsituation entscheidend sind und in denen es im KB Österreichs heute Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus gibt. Der Rechenschaftsbericht des ZK muß im Zusammenhang mit diesem Artikel sowie mit dem Artikel „Zur Einschätzung der Klassenkampfsituation in den Gründungsdokumenten des KB Österreichs (1976)" in »Kommunist« 1/80 genommen werden.

Seit der Wirtschaftskrise 1975 bzw. 1976 und damit seit dem Zeitpunkt der Gründungskonferenz unserer Organisation hat sich die soziale Lage der Arbeiterklasse und des Volkes nicht verbessert, sondern verschlechtert. Insbesondere ist es den Kapitalisten gelungen, die Ausbeutung, d.h. den Ausbeutungsgrad, nachaltig zu steigern. Die Ausplünderung durch den Staat hat sich sprunghaft verstärkt. Eine Reihe sozialer Widersprüche haben sich verschärft. Die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft haben sich beträchtlich umgewälzt, zugleich sind sie allgemein unter Druck gekommen und werden sie untergraben Die Reproduktion der Arbeitskraft ist allgemein bereits nicht mehr gesichert, ihr Preis wird unter ihren Wert gedrückt. Darin kommt die Wirksamkeit der Tendenz zur absoluten Verrelendung in unserer Gesellschaft zum Ausdruck. Diese Tatsachen sollen im folgenden belegt werden.

Lohnabbau und Untergrabung der Reproduktion der Arbeitskraft

Die soziale Lage der Arbeiterklasse ist gekennzeichnet in erster Linie durch das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, durch die Ausbeutung. Dementsprechend besteht die Verschlechterung der sozialen Lage in erster Linie in der Steigerung des Ausbeutungsgrades, d.h. des Verhältnisses von unbezahlter zu bezahlter Arbeit, sowie in der Senkung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert. Die Kapitalisten treiben gegenwärtig die Steigerung der Ausbeutung hauptsächlich auf zwei Linien voran: Lohnabbau und Intensivierung der Arbeit.

Der Lohnabbau hat seit der Krise 1975/76 immer schärfere Formen angenommen. Bereits vor 1975 lagen die Ist-Lohnabschlüsse netto allgemein unter den Inflationsraten, jedoch konnten die Arbeiter betrieblich und individuell zusätzliche Lohnsteigerungen herausschlagen. Das war keinesfalls „vorgesehen", im Gegenteil hatte das zwischen den „Sozialpartnern" abgeschlossene „Stabilisierungsabkommen" von Ende 1972 „empfohlen", von innerbetrieblichen Lohnerhöhungen möglichst Abstand zu nehmen. Die Durchbrechung des Abkommens ist das Ergbnis des Drucks der Arbeiterklasse und dementsprechend der unteren Gewerkschaftsebenen. Die sozialdemokratische gewerkschaftliche Lohnpolitik hatte stets die Wirkung, die Lohnbewegung zu zersplittern, sie dem „Markt" zu überlassen, die schwächeren Arbeitergruppen zu benachteiligen, die Lohnstruktur weiter aufzuspalten. Allerdings steckten in dem bis in die erste Hälfte der 70er Jahre noch erzielten durchschnittlichen Reallohnanstieg bereits Reallohnverluste beträchtlicher Teile der Arbeiterklasse. 1978 betrug der Bruttomonatslohn eines Arbeiters im Durchschnitt 8.500 S. Über 40% der Arbeiter aber lagen unter diesem Durchschnitt und wurden daher von den niedrigen Prozentabschlüssen viel stärker getroffen als dieser Durchschnitt. Mit der Krise 1975/76 verschlechterten sich die Konkurrenzbedingungen der Arbeiter beim Verkauf der Arbeitskraft an die Kapitalisten beträchtlich. Es kam 1976 zu einem regelrechten Einbruch in der Lohnentwicklung. Die Steigerung der Nettolöhne lag nur mehr um 0,8% über der Inflationsrate, die KV-Abschlüsse bereits weit darunter. Nach einer leichten Verbesserung der Lage 1977, im Zusammenhang mit der neuerlichen Konjunkturbelebung, sanken die Nettoreallöhne 1978 erstmals um 1,8%. Der private Konsum ging in diesem Jahr erstmals seit 1945 um 3,4% (real) zurück. 1979 dürfte der Reallohnabbau angehalten haben, allerdings nicht in dem Maß von 1978, wofür zwei Gründe maßgebend sind: einerseits die Lohnsteuersenkung per 1.1.1979 und andererseits die aufgrund der zeitweiligen Konjunkturbelebung wieder stärker ausgefallenen innerbetrieblichen Lohnerhöhungen. Die Tendenz des Reallohnabbaus seit einigen Jahren für breite Teile der Arbeiterklasse, seit 1976 für die Arbeiterklasse insgesamt, ist also eine Tatsache.

Das ist aber nicht alles. Indem der Nettoreallohn sinkt, sinkt er unter den Wert der Arbeitskraft. Dadurch wird die Reproduktion der Arbeitskraft zunehmend untergraben. Die Löhne können mit den Reproduktionskosten nicht Schritt halten.

Dem Steigen der Reproduktionskosten liegt unter den konkreten Bedingungen vor allem die Steigerung der Ausbeutung zugrunde: Einerseits steigen sie mit wachsendem Verschleiß der Arbeitskraft, andererseits verschärfen sich auf der Grundlage der Steigerung der Ausbeutung sowie der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt verschiedene soziale Widersprüche, was ebenfalls die Reproduktionserfordernisse vergrößert.

Die Steigerung der Ausbeutung vollzieht sich — abgesehen vom Lohnabbau — vor allem in Gestalt der Steigerung der Intensität der Arbeit. Die Steigerung der Intensität der Arbeit umfaßt alle Formen des gesteigerten Verschleißes der Arbeitskraft, sei es durch Muskel-oder Nervenkraft, sei es durch Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit, Ausdehnung des Arbeitsfeldes, erhöhte Anspannung und dadurch Abnutzung der Arbeitskraft usw. usf. Sie vollzieht sich als allgemeine Tendenz auf der Grundlage von Umwälzungen in den Produktionsprozessen. Neben der Steigerung der Ausbeutung wollen die Kapitalisten dadurch auch den individuellen Wert unter den gesellschaftlichen Wert ihrer Produkte drücken und dadurch Extraprofit erreichen. Deshalb sind Steigerung der Intensität der Arbeit und Steigerung der Produktivkraft der Arbeit (Produktivität) aufs engste miteinander verbunden. Während es für das erste keine allgemeine gesellschaftliche Statistik gibt, gibt es das für das zweite schon.Mit der in den letzten Jahren durchschnittlich 6% betragenden Steigerung der Produktivität der Arbeiterstunde (1979: 6,3%) muß eine beträchtliche Steigerung der Intensität der Arbeit verbunden sein. Was die Gewerkschaftsbewegung immer als Beleg dafür angeführt hat — Zunahme der Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Frühinvalidität etc. — findet man auch heute. Wenn man von der Verminderung der Säuglingssterblichkeit absieht, sinkt die Lebenserwartung wieder. Die Arbeitsunfälle der Lohnabhängigen in Industrie und Gewerbe liegen 1976 verglichen mit 1967 zwar nur wenig höher (123.058 verglichen mit 121.547), das jedoch bei sinkender Zahl der Beschäftigten und bei zunehmender Schwere der Unfälle: Während die Zahl der Spitalstage pro Spitalsfall in diesem Zeitraum allgemein von 17,7 auf 15,4 abnahm, stieg sie bei den Arbeitsunfällen von 15,1 auf 17,7. Daß viele gewerkschaftliche Kräfte für Arbeitszeitverkürzung und

Urlaubsverlängerung eintreten und daß der ÖGB unmittelbar Verbesserungen für die Schwerst-, Nacht- und Schichtarbeiter auf seine Fahnen geschrieben hat, widerspiegelt faktisch die Steigerung der Intensität der Arbeit und damit der Ausbeutung. Genauso verhält es sich bei der Frage des Rationalisierungsschutzes bei den Angestellten.

Wenn es auch nicht im Zentrum ihrer Bestrebungen steht, versuchen die Kapitalisten doch auch, wo dies möglich und für sie notwendig ist, die Ausbeutung auf extensive Weise zu steigern. Mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 44,9 Stunden pro Woche gibt es Überstundenarbeit in großem Umfang. Ebenso gibt es Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit. Auf diesem Gebiet ist es ein besonderes Anliegen der Kapitalisten, die Beschränkungen der Nacht- und Schichtarbeit für Frauen zu Fall zu bringen. Das ist gegenwärtig (neben der Aushöhlung des Sozialversicherungswesens) der wichtigste Angriff auf eine der bestehenden Arbeiterschutzregelungen.

In den letzten Monaten sind die Kapitalisten zudem mit verschiedenen bisher noch nicht dagewesenen Zwangsmaßnahmen gekommen, deren spektakulärste die Erpressung von vier Freischichten bei Semperit ist.

Für die Kapitalisten schlägt die steigende Ausbeutung ordentlich zu Buch: 1979 konnten sie die Arbeitskosten (pro Produkt) um 3,7% senken und damit ihren den Arbeitern abgepreßten Mehrwert und ihre Konkurrenzposition im internationalen Rahmen beträchtlich verbessern.

Flankiert wird die Steigerung des Ausbeutungsgrades durch die Ausdehnung des Ausbeutungsvolumens: Die von der Regierung immer aufs Neue verkündeten Beschäftigungsrekorde sind zugleich Rekorde in der Steigerung der Masse der ausgebeuteten Arbeitskraft. Marx hat darauf hingewiesen, daß für die „Wucht der Akkumulation" und für die Macht des Kapitals in der Konkurrenz sowohl Rate als auch Masse des Mehrwerts zählen. Diese Ausdehnung des Ausbeutungsvolumens geht — abgesehen von der Ruinierung der Bauern und Kleingewerbetreibenden — vor allem auf die zunehmende Unterwerfung der Frauen unter den kapitalistischen Produktionsprozeß zurück. Der ökonomische Zwang, der die Arbeiterbevölkerung zur Ausdehnung der Frauenarbeit zwingt, besteht im zunehmenden Zurückbleiben der Löhne hinter den Reproduktionskosten. Während die Bourgeois erklären, daß die Frauen zusätzlich arbeiten gehen, damit es den Arbeiterfamilien umso besser geht, ist es in Wirklichkeit so, daß es ihnen relativ zu den Reproduktionserfordernissen immer schlechter geht und sie deshalb zur Lohnarbeit auch der Frau gezwungen sind. Das ändert natürlich nichts daran, daß die Vergrößerung des Einkommens der Arbeiterfamilie, sobald die Frau in ein Lohnverhältnis eintritt, die Reproduktionsbedingungen momentan stark verbessert. Daran knüpfen sich die Illusionen über einen zwar mit der „Doppelberufstätigkeit" schwer erkauften, aber doch steigenden Wohlstand. Tatsächlich besteht jedoch das Resultat letztlich nur darin, daß das Familieneinkommen auf die Höhe des notwendigen Reproduktionsniveaus gehoben wird, unter das es bereits gedrückt war, nicht darüber. Hat die „Doppelberufstätigkeit" etwa irgendwo dazu geführt, daß die Arbeiter und anderen Lohnabhängigen über die notwendigen Reproduktionsbedingungen hinaus Luxuskonsum betrieben oder größere Geldmittel akkumuliert hätten? Ist es nicht umgekehrt? Findet nicht z.B. die zunehmende Verschuldung der Lohnabhängigen, also der Vorgriff auf künftige Lohngelder, ungeachtet der „Doppelberufstätigkeit" statt? Man darf dabei auch nicht vergessen, daß durch die Lohnarbeit der Arbeiterfrau auch die Reproduktionskosten der Arbeiterfamilie steigen, erstens weil die Reproduktionskosten der Frau steigen durch den Verschleiß ihrer Arbeitskraft im Beruf, plus durch die Doppelbelastung im Haushalt, zweitens weil die Reproduktionskosten der Familie steigen, um diese Doppelbelastung zumindest etwas abzumildern. Die Zunahme der Frauenarbeit führt daher nicht dazu, daß das Familieneinkommen über die Reproduktionskosten hinaus steigt, sondern dazu, daß zwei Löhne notwendig sind, um die Reproduktionskosten zu decken. Faktisch bedeutet sie eine Entwertung des Lohns des Mannes und drückt auch vermittels der schlechten Bezahlung der Frauen beträchtlich auf das gesamte Lohnniveau. Für die Kapitalisten bedeutet die zunehmende Frauenarbeit, daß sie zwar angesichts höherer Reproduktionskosten etwas höheres Kapital als Löhne vorschießen müssen, dafür aber zwei statt einer Arbeitskraft ausbeuten können.

Zur Ausbeutung kommt die staatliche Ausplünderung. Das Lohnsteueraufkommen ist von 1960 bis 1979 von 2,6 auf 53,4 Mrd. S gestiegen. Würde man von der gestiegenen Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und von der Inflation absehen, bliebe immer noch eine Steigerung um 180% oder 5,9% pro Jahr. Dazu kommt die Explosion der indirekten Massensteuern. Angesichts der krisenhaften Lage des Staatshaushaltes hat die Regierung im letzten Jahr einen neuerlich breit angelegten Feldzug zur Steigerung der staatlichen Ausplünderung begonnen.

Die zunehmende Ausdehnung des Kapitalverhältnisses über immer mehr Gesellschaftsmitglieder, die ökonomische Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft auf stets erweiterter Stufenleiter, die steigende Ausbeutung und die damit einhergehenden steigenden Reproduktionserfordernisse mußten eine ganze Reihe sozialer Widersprüche zwangsläufig verschärfen (Wohnungsfrage, Lage im Gesundheitswesen, aber auch die Frage der Kindererziehung und des Volksbildungswesens, usw.). Z.B. das Gesundheitswesen: Es wurde in dieser Zeit beträchtlich ausgebaut, aber zugleich überstiegen die Erfordernisse und Notwendigkeiten, die sich geradezu explosionsartig entwickelten, stets die Möglichkeiten der vorhandenen Kapazitäten. Während z.B. zwischen 1961 und 1977 die Bevölkerung um etwa 6,5% gewachsen ist, ist die Zahl der Spitalsfälle in demselben Zeitraum von 714.000 auf 1.084.000 d.h. um mehr als 50% gestiegen. Das ist eine der Auswirkungen der gestiegenen Ausbeutung und des gestiegenen Verschleißes der Arbeitskraft sowie der Verschärfung verschiedener anderer Widersprüche des kapitalistischen Systems (z.B. Umweltzerstörung, Entwicklungen in der Lebensmittelproduktion etc.) Es ist klar, daß die Verschärfung der sozialen Widersprüche sich seinerseits wieder auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft auswirkt: Sie macht sie schwieriger und erhöht daher die Reproduktionskosten.

Entgegen der sozialdemokratischen Phrase, daß „es uns noch nie so gegangen ist wie heute", beweisen handfeste Tatsachen und die bürgerliche Statistik, wenn man sie zur Auffindung und nicht zur Vertuschung der Tatsachen benutzt, daß der Nettoreallohn als die eigentliche Basis der Reproduktion der Arbeitskraft seit einigen Jahren sinkende Tendenz hat und — was das Entscheidende ist — der Steigerung der Ausbeutung auf der einen Seite die zunehmende Untergrabung der Reproduktion der Arbeitskraft auf der anderen Seite entspricht. Das ist nichts anderes als die konkrete historische Form, unter der sich heute das von Marx im »Kapital« analysierte „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" durchsetzt. Das ist nichts anderes als die Tendenz zur absoluten Verelendung.

Nacktes und offen brutales Elend gibt es auch in unserer Gesellschaft und es nimmt zu. Es besteht nicht nur in den Hunderttausenden, deren Einkommen unter der sogenannten „öffentlichen Armutsgrenze" liegt, in dem qualvollen Ruin Hunderttausender Bauern, in der Entvölkerung und Zerstörung ganzer Regionen, in der Verwandlung bereits von jugendlichen Arbeiterinnen am Fließband in Krüppel, in den Hungerlöhnen im wahrsten Sinn des Wortes, die in manchen Gebieten gezahlt werden und die die Reproduktion der Arbeitskraft selbst auf minimaler Stufenleiter unmöglich gewährleisten können. Das alles gibt es in Massenumfang. Das sind die nackten und unmittelbar sichtbaren brutalen Formen der Verelendung. Auch sie sind eine Erscheinungsform der Tendenz zur absoluten Verelendung. Sie sind eine Erscheinungsform der geistigen und körperlichen Degradation (Verfall) von der unser Programm spricht. Und man muß bedenken, daß diese Erscheinungen nicht vielleicht Produkt von Wirtschaftskrisen sind, sondern vielmehr Erscheinungen, die den ganzen Gang der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, auch in Zeiten langer Prosperität, begleiten.

Viel schwerer noch wiegt aber die Form, in der die Tendenz zur Verelendung heute unter den breitesten Massen der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen wirksam wird. Es handelt sich um die immer schwerere Beeinträchtigung der Reproduktion der Arbeitskraft auf dem gegebenen historischen Niveau der Entwicklung der kapitalistischen Produktion und Gesellschaft und der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. Diese Beeinträchtigung geht heute noch nicht so weit, daß die Reproduktion unmöglich und allgemeine Degradation unvermeidlich wird, aber sie findet statt und wird zunehmend stärker.

Materialle Grundlagen für die sozialdemokratischen Illusionen

Die herrschende „Wohlstands"propaganda wäre völlig unhaltbar, wenn sie nur den Tatsachen widersprechen würde und nicht auch einige Tatsachen auf ihrer Seite hätte, wobei freilich diese Tatsachen z.T. bewußt von der herrschenden Klasse und der Sozialdemokratie geschaffen werden, um die Arbeiterklasse zu spalten und zu fesseln?.

Erstens tatsächliche Reallohnsteigerungen in den 50er und 60er Jahren sowie eine Reihe von Verbesserungen, die die Arbeiterbewegung der Kapitalistenklasse abgerungen hat, von Regelungen bezüglich Arbeitszeit, Urlaub und Pensionsalter bis zu Verbesserungen im Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen. Das alles ist der Arbeiterklasse nicht geschenkt worden, sondern die Kapitalistenklasse hat dem Druck der Arbeiterbewegung nachgeben müssen. Ein Blick in die Gewerkschaftspresse der letzten Jahrzehnte zeigt, daß die Geschichte voll von Auseinandersetzungen in den verschiedenen Fragen, ob Lohn, ob Arbeiterschutz, ob soziale Fragen, ist — auch wenn heute die Auseinandersetzungen hinter deren Resultaten verschwunden sind. Es steht aber auch in engem Zusammenhang mit der ständigen Steiegerung der Ausbeutung und dem damit verbundenen Anstieg der Reproduktionskosten. Durch die Entwicklung haben sich aber die Reproduktionskosten der Arbeitskraft nicht nur quantitativ stark erhöht, sondern es hat sich auch der Kreis der Reproduktionserfordernisse qualitativ ausgedehnt und umgewälzt. Was es an öffentlichen sozialen Verbesserungen und was es an qualitativen Veränderungen in der individuellen Reproduktionsstruktur gibt, bildet notwendige Voraussetzungen, um das gegebene Niveau der Ausbeutung sowie der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft aufrechterhalten zu können. Heute sind die Reallöhne wie auch z.B. das Gesundheitswesen, der Wohnstandard, die qualitative Reproduktionsstruktur (z.B. Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern) deutlich über dem Niveau von sagen wir vor zwanzig Jahren. Aber heute sind auch die Ausbeutung und die Entfaltung verschiedener sozialer Widersprüche auf einem ganz anderen Niveau als vor zwanzig Jahren. Heute wäre die Reproduktion der Arbeitskraft mit denselben Mitteln, unter denselben Bedingungen, auf demselben Niveau überhaupt nicht mehr möglich. Die Wohnverhältnisse müssen besser sein als vor zwanzig Jahren, wenn die Reproduktion der Arbeitskraft angesichts des heute ereichten Intensitätsgrades möglich sein soll. Alles, was unter „Umweltbelastung" läuft, erzwingt Veränderungen in der Reproduktionsweise. Die zunehmende Frauenarbeit ebenso.

Die Verwandlung von immer mehr Menschen in Lohnabhängige, die zunehmende Zerfällung der Städte in Wohn-, Geschäfts- und Industriebezirke, der sich verschärfende Widerspruch zwischen Stadt und Land, die Ruinierung verschiedener Regionen — was alles seinen Ausdruck unter anderem in der Zunahme des Pendlerwesens findet - erzwingt Verbesserungen im Verkehrswesen, sowohl im öffentlichen Verkehrswesen, als auch in Gestalt der Zunahme von PKWs, und vor allem müssen die Reallöhne höher sein, als vor zwanzig Jahren. Das sind einige Beispiele, die zeigen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und besonders des Produktionsprozesses zwangsläufig zu Umwälzungen in der Reproduktionsweise führt. Was früher ein Luxusgegenstand war, ist heute notwendiges Reproduktionsmittel. Betrachtet man die Dinge im Zusammenhang, dann wird man nicht nur die Umwälzungen in der Reproduktionsweise der Arbeitskraft sehen, sondern die dem zugrundeliegenden Umwälzungen in der kapitalistischen Produktionsweise. Dann wird man nicht nur die Ausdehnung des quantitativen Umfanges und des qualitativen Kreises der Reproduktionsmöglichkeiten sehen, sondern auch die Umwälzungen in den Reproduktionserfordernissen. Dann wird man aber auch die Tatsache sehen, daß im Verhältnis zu den gestiegenen Reproduktionserfordernissen die Reproduktionsmöglichkeiten, mögen sie auch absolut gestiegen sein, relativ sinken. Dann springt nicht ins Auge, daß das Auto heute in gewissem Sinn kein Luxusgegenstand mehr ist, sondern daß es wieder einer wird. Dann springt nicht ins Auge, daß die Arbeiterfamilie, in der beide Teile arbeiten, einen Kühlschrank hat, sondern daß sie keine Geschirrspülmaschine hat. Dann springen nicht die besseren Wohnungen ins Auge, sondern die horrenden Mieten, die die Reproduktion auf allen übrigen Gebieten einschränken. Dann springen nicht die vier oder fünf oder sechs Wochen Urlaub ins Auge, sondern die Tatsache, daß z.B. immer weniger Wiener ihren Urlaub außerhalb Wiens verbringen können. Vielleicht wird das Zurückbleiben der Reproduktionsmöglichkeiten hinter den Reproduktionserfordernissen am deutlichsten in der sogenannen Doppelbelastung der lohnabhängigen Frauen. Die Propaganda der herrschenden Klasse und der Sozialdemokratie richtet hingegen den Blick nur auf die quantitativ erweiterten und qualitativ umgewälzten Reproduktionsmöglichkeiten und versucht, die Massen damit zu blenden. Weil sie dabei auf wirkliche Tatsachen hinweist, gelingt ihr dies auch bisher in beträchtlichem Maß. Allerdings tritt in den letzten Jahren insofern eine Veränderung der Lage ein, als durch den Rallohnabbau inzwischen auch die quantitative Basis der Reproduktion sich nicht mehr erweitert, sondern verengt. Aber das ist eine neue Entwicklung, die den Massen nicht sofort ins Bewußtsein tritt, zumal sie ja z.T. den Weg des Vorgriffes auf zukünftige Lohngelder gehen oder dieser Entwicklung durch Umschichtungen in der Reproduktionsstruktur zu begegnen versuchen. Zusätzlich mystifiziert wird diese ganze Entwicklung dadurch, daß die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, die Herstellung neuer Produkte, ihre Verbilligung, Strukturveränderungen in der produzierten Masse von Konsumwaren — daß das alles als Verbesserungen für die Arbeiter ausgegeben wird, obwohl es doch nichts anderes ist, als das natürliche Resultat der Entwicklung der Produktionstätigkeit der Arbeiter. Ein weiterer Faktor für Illusionen in puncto „Steigerung des Lebensstandards" ist wie bereits gesagt, die zunehmende Frauenarbeit: Was in Wirklichkeit eine Antwort auf die zunehmende Untergrabung der Reproduktionsbedingungen ist, erscheint umgekehrt als Verbesserung der Reproduktionsbedingungen und ist als solches Quelle von Illusionen.

Dafür daß tatsächlich die Reproduktionsmöglichkeiten immer weiter hinter den Reproduktionserfordernissen zurückbleiben, gibt es genügend Beweise bzw. Indikatoren. Z.B. die Entwicklung des Gesundheitszustandes der Arbeiterklasse, des sog. „Krankheitsspektrums", der Lebenserwartung. Das zeigt auch gleich, daß das Zurückbleiben der Reproduktionsmöglichkeiten nur zum Teil durch Lohnsteigerung abzufangen wäre, während zugleich durch die Verbesserung des Arbeiterschutzes der Verschleiß der Arbeitskraft eingeschränkt werden muß. Was die materielle Seite der Sache betrifft, spricht vor allem das Ausmaß der Verschuldung der Massen der Lohnabhängigen und der Vorgriff auf zukünftige Lohngelder eine deutliche Sprache. Es wird viel vom Sparen und von der Explosion der Spareinlagen gesprochen, vor allem wenn es darum geht, die staatliche Sparförderung abzubauen. Jedoch sind die Spareinlagen zwischen 1974 und 1978 nur um 16,9% pro Jahre gestiegen, während die Kreditverschuldung der privaten Haushalte um jährlich 19,7% gestiegen ist, d.h. in vier Jahren auf mehr als das doppelte. In Schilling hat die Verschuldung der privaten Haushalte um 72,9 Milliarden zugenommen (von 69,2 auf 142,1!). Um sich das Ausmaß dieser Verschuldung klarzumachen, muß man sie in Relation setzen zur jährlichen Lohn- und Gehaltssumme: 1978 betrug die Kreditverschuldung der privaten Haushalte bereits 36% der Lohn- und Gehaltssumme. (1974 hatte sie zum Vergleich noch 25,6% ausgemacht). Dazu kommt übrigens noch die Verschuldung durch Ratenkäufe, die in diesem Zeitraum um 6,1% pro Jahr bzw. insgesamt um fast 2 Milliarden auf fast 9 Milliarden Schilling gestiegen ist. Diese Zahlen sind das handfeste Pendant zu den Erhebungen über die sogenannte „subjektive Inflation", welche ja weniger den Verbrauerpreisindex in Frage stellen, als daß sie darauf hinweisen, daß und die Reproduktionskosten steigen. (Siehe »Kommunist« 1/80, S 12)

Zweitens ist eine wichtige Tatsache, an der die herrschende Propaganda ansetzt, die Tatsache, daß die Verschlechterung der sozialen Lage nicht alle gleichmäßig betrifft, wie sie auch die Verbesserungen nicht alle gleichmässig betroffen hat. Die Aufspaltung und Aufsplitterung der Lohn- und Gehaltsstruktur, die die Erscheinung mit einschließt, die als materielle Besserstellung der qualifizierten Arbeiterschichten erscheint, aber natürlich in Wirklichkeit in erster Linie besonders starker Druck auf die anderen Teile der Arbeiterklasse ist, wurde und wird von der Bourgeoisie mehr oder weniger bewußt als Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen und dadurch zu ihrer Niederhaltung eingesetzt. So war bereits die erste Offensive der Bourgeoisie nach dem Oktoberstreik 1950 gegen die materielle Lage der Arbeiterklasse zwischen 1953

und 1956 („Raab-Kamitz-Kurs") begleitet von einer solchen Besserstellung von Teilen der Arbeiterklasse, was seither eine materielle Stütze der „Sozialpartnerschaftspolitik" und der sozialdemokratischen Illusionen ist. Auch die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik hat auf dem Lohnsektor diese Entwicklung erleichtert. In unserem Zusammenhang ist nur zu sagen, daß durch die Lohn- und Gehaltsstruktur tatsächlich noch lange Zeit für viele Lohnabhängige eine Reallohnsteigerung war, was für beträchtliche andere Teile bereits Reallohnabbau bedeutete. Für einen Teil von ihnen wird das bis heute gelten. Aber selbst wenn auch diese Schichten der Reallohnabbau trifft, ist es ihnen aufgrund ihres Lohnniveaus natürlich leichter, „auszuweichen" und den Abbau abzufangen, bevor er voll durchschlägt.

Drittens stützt die sozialdemokratische Propaganda sich auf verschiedene Umverteilungsströme, die meistens über den Staat laufen, manchmal auch über die Sozialversicherung. Wenn es nur Ausplünderung gäbe, wäre der Klassencharakter des „Sozialstaates" leichter zu durchschauen. So ist es aber nicht. Ein Teil der vom Lohn abgezogenen und sonst durch die Ausplünderung gewonnenen Mittel wird unter verschiedenen Titeln wieder den Lohnabhängigen zugeführt. Hinter den Kinder-, Heirats-, Wohnungs- oder Geburtenbeihilfen usw., immer wieder als große Verbesserungen ausgegeben, verschwindet dann ganz die Lohnsteuerexplosion und die Herkunft dieser großzügig vom Staat den Massen zur Verfügung gestellten Mittel. Tatsächlich ist die Steigerung der staatlichen Ausplünderung in keinem Verhältnis zu den sogenannten „Transfereinkommen": In der Zeit der SPÖ-Alleinregierung (1970-1978) sind die Transfereinkommen (einschließlich Renten und Pensionen) um +170,9% (das wäre pro Jahr im Schnitt 13,3%) gestiegen, die Summe der Abzüge jedoch um + 229,2% (das wäre pro Jahr um 16,1%). Aber immerhin machen die Transferzahlungen brutto 160,1 Milliarden aus, was 40% der Lohn- und Gehaltssumme entspricht. Das bildet eine starke materielle Basis für Illusionen, wenn auch gleichzeitig allein durch die Inflation eine ständige Entwertung dieser Transfereinkommen stattfindet und außerdem der Staat sorgsam bedacht ist, jede Möglichkeit ihrer Einschränkung bzw. ihres Abbaus zu nutzen.

Es ist also so, daß sich die sozialdemokratisch Propaganda auf Tatsachen stützen kann und nicht einfach erlogen ist. Freilich muß sie diese Tatsachen z.T. erst schaffen, jedenfalls entstellen und aus dem Zusammenhang reißen, um sie in ihrem Sinn ausbeuten zuu können. Aber es bleiben Tatsachen. Sie ändern nichts an der Tatsache der Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung und der Untergrabung der Reproduktion der Arbeitskraft, aber ohne wirkliche Analyse auch der Tatsachen, auf die die Sozialdemokratie sich bezieht, wird unsere Propaganda nicht glaubwürdig und kraftvoll. Und erscheint die Wahrheit als bloße Behauptung, die gegen andere Behauptungen und außerdem gegen einen gewissen „Augenschein" steht. Gerade in Sachen Lohnstruktur, Entwicklung der Reproduktionsverhältnisse der Arbeitskraft, „Umverteilung" und „System der sozialen Sicherheit" haben wir bestenfalls damit begonnen, die Verhältnisse zu untersuchen. Es ist daher kein Wunder, daß wir bisher gegenüber der sozialdemokratischen Propaganda wenig zu sagen haben. Es genügt nicht, die Tatsache der zunehmenden Ausbeutung und Ausplünderung und Untergrabung der Reproduktion nachzuweisen, es ist vielmehr auch notwendig, aufgrund der Analyse der wirklichen Verhältnisse zu zeigen, warum die herrschende Klasse diese Tatsachen bisher mit Erfolg vertuschen und leugnen kann. Bei beidem tragen wir eine jahrelange Hypothek. Erst nach deren Abtragen werden wir dem Reformismus und Revisionismus wirklich entgegentreten (und auch eines der Einfallstore des Revisionismus in unserer Organisation selbst zuschlagen) können.

Ein weiterer Faktor für den Erfolg der Propaganda der herrschenden Klasse und für die ideologische Fesselung der Arbeiterklasse ist die in österreich bisher relativ geringe offene Arbeitslosigkeit. Gerade durch das Gespenst der drohenden Arbeitslosigkeit wird die Entwicklung der materiellen Lage der Arbeiterklasse in einem gewissen Maß subjektiv relativiert, was mit der Tatsache im Zusammenhang steht, daß in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die Ausbeutung, sondern das Schicksal, keinen Ausbeuter zu finden, als das schlimmste Los des Arbeiters erscheinen muß.

Die „Wohlfahrtsstaats — und Sozialstaatsideologie" ist bereits in vielfältiger Art und Weise in unsere Organisation eingedrungen. Wenn z.B. behauptet wird, daß wir entgegen unseren „bisher vergeblichen Prophezeiungen von Krise, Arbeitslosigkeit und Verelendung" endlich zur Kenntnis nehmen müßten, daß „Steigerung des Lebensstandards und Ausdehnung des Sozialversicherungswesens" für die letzten 25 Jahre typisch seien, daß in den „neuen Konsumgewohnheiten und einer „neuen Massenkultur" wichtige Veränderungen bestünden, daß „neue Widersprüche", die wir bisher als zweitrangig behandelt hatten, in den Vordergrund getreten seien, usw. usf. — dann ist das nichts als Beschönigung des Kapitalismus und seiner Folgen für die Arbeiterklasse. Wie kann man von „Steigerung des Lebensstandards" sprechen, wenn der Preis der Arbeitskraft immer mehr unter den Wert hinuntergedrückt wird? Wie kann man von „Ausdehnung des Sozialversicherungswesens „bzw. des „Sozialstaates" ssprechen, wenn die Lohnabzüge Jahr für Jahr um ein Fünftel mehr anwachsen als die Transfers? Wie kann man von „neuen Konsumgewohnheiten" sprechen, wo es sich doch um Umwälzungen in den Reproduktionsverhältnissen handelt, die in erster Linie aus der steigenden Ausbeutung folgen, die aber mit dem Notwendigen nicht mithalten können? Wie kann man behaupten, daß „neue Widersprüche" in den Vordergrund treten, wo offenkundig nach wie vor das erste und elementarste Problem der Masse der Lohnabhängigen ihr „alter" Widerspruch zum Kapital, die Sicherung ihrer Reproduktion, ihre materielle Existenz ist? Dieser ganze Abklatsch der Propaganda der Sozialdemokratie ist ideologisches Hereinwirken der Monopolbourgeoisie in unsere Organisation, aber es entspricht der in bestimmten sozialen Tatsachen in der Zusammensetzung unserer Organisation. Genau in dieselbe Richtung geht auch die Polemik gegen den angeblich „ökonomistischen" Charakter unserer Politik, die Reproduktion der Arbeitskraft „einseitig in den Vordergrund zu stellen", wo es doch eigentlich um die „Reproduktion der Arbeiterklasse als Klasse" gehe. Aber der Arbeiter ist in unserer Gesellschaftsordnung zunächst vor allem Arbeitskraft und seine Reproduktion daher die Reproduktion seiner Arbeitskraft. Natürlich ist das nicht bloß eine individuelle Frage, sondern eine gesellschaftliche. Sowohl der Verschleiß der Arbeitskraft, als auch ihre Reproduktion ist kein isolierter individueller Prozeß, sondern trägt gesellschaftlichen Charakter. Aber die Arbeits- und die materiellen Lebensbedingungen sind das Kernstück der Reproduktion der Arbeiterklasse und das Verhältnis zwischen Preis und Wert der Arbeitskraft ist die materielle Basis der Reproduktion. Immer haben bürgerliche Ideologen, die es gut mit der Arbeiterklasse gemeint haben, aber vom „steigenden Lebensstandard" ausgegangen sind, die Frage der Reproduktion der Arbeitskraft und der Arbeiterklasse vondiesem Kernstück und dieser Basis zu trennen versucht. So ist, je nachdem bei der „kulturellen Verelendung", bei der „psychischen Verkümmerung", beim „eindimensionalen Menschen" oder bestenfalls noch bei der Umweltzerstörung usw. gelandet. Der objektive Inhalt aller dieser Bemühungen besteht darin, die Untergrabung der materiellen Reproduktion der Arbeitskraft seitens des Monopolkapitals zu vertuschen und zu decken. Sie sind der vergebliche Versuch, den Marxismus von seinen politisch-ökonomischen Fundamenten abzutrennen und die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung von der Grundtatsache unserer Gesellschaft, der Ausbeutung, abzulenken und den „Klassenkampf" in „höhere Gefilde" zu verlagern bzw. ihn darauf zu beschränken. Es erübrigt sich auszuführen, wieso die Auffassung, daß für das Verständnis der ökonomischen Lage der Arbeiter „ein Blick ins Geldbörsel" genügt, ebenso nichts als Schützenhilfe für die Vertuschung der wirklichen Lage der Arbeiterklasse und für die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Illusionen ist, die nämlich durch einen Blick in das Geldbörsel nicht widerlegt werden können. Es entspricht der früheren Praxis unserer Organisation, an diesen „Blick" zu appelieren, aber wenn so etwas heute, wie wir erkannt haben, daß ohne wissenschaftliche Analyse z.B. der Lohnstruktur, der Lohnentwicklung, der Reproduktionsverhältnisse usw. von einer kommunistischen Arbeit und einen Kampf gegen Reformismus und Revisionismus keine Rede sein kann, auftaucht, dann tritt ihr Zug, jeden Fortschritt in diesem Kampf und in der Arbeit zu torpedieren, deutlich in den Vordergrund.

Kampftätigkeit der Arbeiterklasse Lohn und Arbeitsbedingungen

Wenn die Ausbeutung und die Ausplünderung steigen und die Reproduktion unter Druck kommt, wird die Arbeiterklasse über kurz oder lang den Kampf dagegen aufnehmen müssen. Wie sieht die Antwort der Arbeiterklasse heute aus? Anfang der 70er Jahre hatte es einen Aufschwung in der offenen Kampftätigkeit der Arbeiterklasse gegeben (siehe „Kommunist" 1/80, S.33 f.) Unsere Gründungsdokumente haben das versucht, bis zur Krise 1975/76 zu analysieren. Seit damals hat sowohl der Lohnabbau als auch die Steigerung der Intensität der Arbeit viel drastischere Ausmaße angenommen. Hat sich der Kampf der Arbeiterklasse — wie wir es 1976 vorausschätzten — ebenso entfaltet?

Die Streikstatistik läßt keine solchen Schlüsse zu. Seit 1974 ist sowohl die Zahl der an Streiks beteiligten Lohnabhängigen, als auch die Zahl der Streikstunden zurückgegangen, um 1977 praktisch auf Null zu sinken. 1978 kam es im Frühjahr zu einer Reihe von Streiks, wobei es sich durchwegs um innerbetriebliche Forderungen und um Widersprüche handelte, die sich bereits lange entwickelt hatten und die auch meistens bereits seit längerem Kampfgegenstand waren, keineswegs aber um Fragen des Lohns. Dementsprechend stieg 1978 die Streikstatistik wieder an und erreichte, was die Zahl der Streikstunden betrifft, sogar den nach 1972 zweithöchsten Wert, wenn man einmal vom Streik der AHS-Lehrer im Jahr 1973, der das Ergebnis von 1973 sehr nach oben trieb, absieht: 81.778. Allerdings entfallen drei Viertel davon auf den über drei Wochen dauernden Streik bei Semperit, dafür dürften einige Streiks nicht in der Statistik erfaßt sein, die ja jeher viele gewerkschaftlich nicht anerkannten Streiks unberücksichtigt läßt. Resumé: Man kann aus diesen Zahlen nicht den Schluß ziehen, daß es 1978 zu einer „Trendumkehr" gekommen wäre, zumal die Statsik für 1979 wieder äußerst geringe Werte ausweist.

Mit der Streikstatistik ist es freilich nicht getan. Wir haben diese in der Vergangenheit immer sehr überinterpretiert und zudem Streik als einzige „wirkliche" Kampfform verabsolutiert und uns damit den Blick beträchtlich verstellt (vgl. „Kommunist" 1/80, S.34). Eine Reihe von uns bekannten Kampfmaßnahmen — sei es z.B. in Fohnsdorf, sei es in Judenburg, sei es die Initiative für eine Innerbetriebliche bei Philips/Horny, sei es verschiedene Aktivitäten bei Wertheim, sei es der Widerstand gegen die Gratisschicht bei Semperit usw. usf. — scheinen, da es sich höchstens um kurze streikähnliche Aktionen handelt, manchmal sogar bloß um passive Resistenz, in der Streikstatistik nicht auf. Über solche Kämpfe und solchen Widerstand haben wir keine quantitativen Angaben und können daher auch keine Schlüsse über ihre Entwicklung ziehen.

Die Streiks von 1978 waren Streiks um innerbetriebliche Forderungen. Im Zusammenhang mit den KV-Runden sind uns von 1978 und 1979 keine stärkeren Kampfaktionen, jedenfalls keine Streiks bekannt. 1976 hatten wir festgestellt, daß sich die Kampftätigkeit zunehmend auf die KV-Runden konzentrierte. Wir erklärten das unter anderem damit, daß zum damaligen Zeitpunkt bereits das „allgemeine Lohnniveau" unter Beschuß geraten sei. Ein Blick auf die Entwicklung der „Überzahlungen" (der Ist- über die KV-Mindestlöhne) bestätigt, daß diese nach einem sukzessiven Ansteigen von etwa 26% 1968 in den Jahren 1973 und 1974 mit 34-35% ihre höchsten Werte erreichten, um dann seit Beginn der Krise 1975 bis auf 30,9% (Sept.76) abzufallen. 1977 und 1978 blieben sie ungefähr stabil. 1979 haben sie wieder einen höheren Wert, 32%, erreicht. Aus der Zeit von 1975 und 1976 sind noch die Fälle in Erinnerung, wo bei KV-Verhandlungen erstmals keine Ist-Erhöhungen mehr abgeschlossen und daher das Hinunterdrücken der Löhne bzw. Gehälter auf das Mindestlohnniveau erleichtert wurde, so daß z.B. bei den Bauarbeitern — die Ist-Löhne zum Teil direkt auf die Mindestlöhne hinuntergestoßen wurden. Jedenfalls verweist das Nachlassen der sogenannten „Lohndrift" auf einen Rückgang der innerbetrieblichen Lohnerhöhungen. Es entsprach daher in der Tat den objektiven Bedingungen, wenn die Arbeiterklasse nicht nur ihre Aufmerksamkeit, sondern auch die Kampftätigkeit, soweit es sie gab, mehr auf die KV-Runden hin verlagerte als in den Jahren vorher. Bei vielen wichtigen KV-Runden gab es 1977 beträchtliche Anspannung, oft genug, z.B. auch nach 15 Jahren erstmals wieder bei den Metallarbeitern, Streikdrohungen und einige, wenn auch meistens nur formelle Streikvorbereitungen. Diese Entwicklung hielt auch 1978 an, wo sowohl bei den Metall- als auch Chemiearbeitern eine ziemlich angespannte Situation herrschte, zumal dieses Jahr zugleich den bisher schwersten Reallohneinbruch brachte. Übrigens wurden jetzt auch die negativen Auswirkungen einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik deutlich spürbar, die Auseinanderklaffen von Ist- und Mindestlohnabschlüssen, Spaltung und Zersplitterung, ein Abdriften der unteren Lohngruppen usw. erleichterte. 1979 gingen die KV-Runden unter weniger Anspannung und relativ ruhig über die Bühne, während die Konjunktur etwas anzog, was beträchtliche innerbetriebliche Lohnerhöhungen erlaubte. Die Erscheinung, die wir bei der 1. o.NDK für die Zeit von etwa 1974 bis 1976 feststellten, nämlich weniger innerbetriebliche Auseinandersetzungen, aber mehr Anspannung bei den KV-Runden, ist also offenbar auch für die Zeit nach der Krise 1975/76 kennzeichnend.

Wir haben bei der 1. o.NDK festgestellt, man könnte nicht total von einem Rückgang der Kampftätigkeit sprechen, allerdings müßte man Veränderungen in Zielen und Mitteln der Kampftätigkeit in Betracht ziehen. Das war zweifellos richtig. Man muß aber noch weiter gehen: Sogar wenn es keine sichtbare offene Kampftätigkeit gibt, heißt das noch lange nicht, daß die Arbeiterklasse die Angriffe der Kapitalisten hinnimmt. Dafür ist 1979 ein gutes Beispiel. Die Kapitalisten hatten größtes Interesse, das allgemeine Lohnniveau zu senken. Wenn sie die niedrigsten Tariflohnerhöhungen seit Jahren (1976: 9,8%, 1977: 9,4%, 1978: +5,9%, 1979/November: +5,1%) durchsetzten, dann sicher nicht, um das durch höhere innerbetriebliche Lohnerhöhungen zu „kompensieren", sondern um sich bessere Voraussetzungen zum Hinterdrücken des Ist-Lohnniveaus überhaupt zu schaffen. Sie haben auch kein Hehl daraus gemacht, daß die Wirtschaftslage „wohl auch keine positive Lohndrift zulassen" würde (Prognose des WiFo für 1979, 12/78 S.627). Tatsächlich hat sich jedoch die Konjunkturlage etwas anders entwickelt als erwartet und die Kapitalisten haben den Lohnabbau nicht in der geplanten Weise durchhalten können. Da man nicht davon ausgehen kann, daß sie freiwillig innerbetriebliche Lohnerhöhungen herausgerückt sind, muß dies auf den starken Druck seitens der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbasis zurückzuführen sein. Ende 1979 stellte das WiFo daher fest, daß die wirkliche Lohnentwicklung „erheblich über den vereinbarten Ist-Lohnerhöhungen" lag. „Dies läßt auf beträchtliche innerbetriebliche Lohnbewegungen schließen". (WiFo 12/79, S.563) „Beträchtlich" waren sie jedenfalls aus der Warte des Kapitalisten, der sie verhindern wollte. Umgekehrt kann man den Mißerfolg der Kapitalisten nicht als Erfolg der Arbeiterklasse ausgeben. Immerhin haben die Kapitalisten erfolgreich das KV-Lohnniveau gedrückt, zersplitterte innerbetriebliche Lohnbewegungen können das letztlich nicht wettmachen. In unserem Zusammenhang ist aber vor allem von Interesse, daß offenkundig keine Rede sein kann davon, daß die Arbeiter den Lohnabbau einfach hinnehmen. Es hat auch 1979 zwar wenig Kampftätigkeit, aber kräftigen Gegendruck gegen die Kapitalisten gegeben. Deshalb blicken die Kapitalisten auch. Nicht umsonst ist der Schlußakkord der Prognose für 1980 des WiFo: „Besonders schwierig ist die Lage der Einkommenspolitik. Sie hat ... bewußt bescheidene Einkommenssteigerungen in Kauf genommen. Bei einer Fortdauer des Konjunkturaufschwungs wären (jaja! wären!) ... wieder größere Realeinkommensteigerungen möglich geworden. Eine Verschlechterung der Konjunktur bringt jedoch das Risiko mit sich, daß eine kräftigere Lohnrunde 1980 die Kostensituation der Unternehmer zusätzlich verschlechtert." (WiFo 12/79, S.554) Und an anderer Stelle (S.551) wird darauf hingewiesen, daß „angesichts der relativ günstigen Ertragslage der Unternehmen im abgelaufenen Jahr" innerbetriebliche Lohnerhöhungen wohl unvermeidlich wären.

Für die Wirksamkeit des Gegendrucks der Arbeiterklasse sogar unter den gegebenen schlechten Bedingungen, wo dieser Gegendruck nur äußerst zersplittert und geschwächt auftreten kann, sprechen auch noch andere Tatsachen, wie vor allem das ständige Verschleppen der „Großen Steuerreform", die ja mit einer Ausdehnung der Lohnsteuerpflicht einhergehen soll. Auch die Unruhe unter den Angestellten gegenüber großangelegten Rationalisierungsplänen der Kapitalisten ist beträchtlich und sie bildet die Basis der Verhandlungen der GPA über den „Rationalisierungsschutz".

Eine andere Form, in der sich der „stumme Widerstand" der Arbeiterklasse ausdrücken könnte, ist die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, wobei allerdings zu bedenken ist, daß dieser bereits

sehr hoch ist im Vergleich zu unseren Nachbarländern. Vergleicht man die Zuwachsraten der Gesamtzahl der Lohnabhängigen und die Zuwachsraten der Gewerkschaft, dann fällt auf — was angesichts der Entwicklung der Struktur der Lohnabhängigen (Rückgang der Industrie, Zunahme des Dienstleistungssektors) natürlich ist — daß letztere zurückbleiben. Ausnahme bildet allerdings die Entwicklung bei den Frauen in den Jahren 1975 und 1976, wo sich der Mitgliederstand der Gewerkschaft stärker erweiterte als die Zahl der lohnabhängigen Frauen, welche etwa zwei Jahre vorher am stärksten expandiert hatte.

Resume: 1979 wie auch in den Jahren vorher hatten wir wenig Kämpfe, aber deshalb noch lange keine entspannte und ruhige Entwicklung. Es gab Anspannung und Gegendruck gegen die Kapitalisten. Es gab diejenigen Elemente und Faktoren, die es zu entwickeln gilt, damit sich der Klassenkampf entfaltet.

Andererseits kann kein Zweifel bestehen, daß diese Elemente und Faktoren sehr unterentwickelt und zurückgeblieben sind verglichen mit den Angriffen der Kapitalisten. Es gab nicht nichts, aber es gab zu wenig. Dieser Widerspruch hat sich seit der Krise 1975/76 noch verstärkt. Was sind dafür die Gründe? Früher hätten wir gesagt: Die Arbeiterklasse ist nach wie vor stark vom Reformismus gefesselt. Aber das ist zunächst nur eine Phrase. Denn was sind die ökonomischen und politischen Grundlagen für den Erfolg, den der Reformismus nach wie vor dabei hat? Es versteht sich nach dem oben Gesagten von selbst, daß wir darauf keine ausreichende Antwort haben. Die Antwort muß nach zwei Richtungen hin entwickelt werden. Nach der Seite der materiellen Lage der Arbeiterklasse hin und nach der Seite des politischen Zustandes der Arbeiterbewegung hin, wobei in diesem Zusammenhang die Politik der Kommunisten, die Frage, ob die Kommunisten ihren Aufgaben nachkommen oder nicht, eine entscheidende Rolle spielt. Was das erstere betrifft, ist oben bereits einiges gesagt worden (Lohnstruktur, Entwicklung der Reproduktionsverhältnisse, „Umverteilung" etc.). Was das betrifft, wird die weitere Entwicklung der tatsächlichen Lage der Arbeiterklasse einigem den Boden entziehen — wenn die tatsächliche Lage wissenschaftlich analysiert und von der Arbeiterklasse durchschaut werden kann. Daß der ökonomische Spielraum des Reformismus (aber nicht überhaupt sein Spielraum) kleiner wird, sowie daß die tatsächliche Entwicklung immer mehr der herrschenden Propaganda widerspricht, schafft lediglich günstige Bedingungen für diese Arbeit, erspart aber die Arbeit nicht.

Der politische Zustand der Arbeiterbewegung

Entscheidend in unserem Zusammenhang sind aber der politische Zustand und die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung. Wir haben bisher gerade den Fehler gemacht, das bei der Analyse der Klassenkampfsituation und bei der Beurteilung der weiteren Perspektive des Klassenkampfes zu vernachlässigen. Wenn es z.B. in den Gründungsdokumenten heißt, daß „die ständig steigende Ausbeutung und Ausplünderung ... verstärkt den Widerstand und Kampf der Arbeiter und der werktätigen Volksmassen (hervorruft)" (S.26), dann ist zu beachten, daß diese Entwicklung nicht unmittelbar erfolgt, sondern vermittelt wird über den politischen Zustand und die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung, einer lebendigen Bewegung, mit langer Tradition, mit inneren Widersprüchen, wie sie sich aus den Klasseninteressen der Arbeiterklasse auf der einen Seite und der Hegemonie der Sozialdemokratie auf der anderen Seite ergeben, usw. usf. Diese Widersprüche haben wir nie einer richtigen Analyse unterzogen. Und so weit wir die Entwicklung der Sozialdemokratie untersucht haben, war es meist auf ihre Regierungspolitik hin und nicht auf ihre Rolle in der Arbeiterbewegung. An die Stelle dessen ist die behelfsmäßige Phrase vom „Einfluß des Reformismus" getreten, der kleiner würde, am Abbröckeln sei oder immer noch groß. So oder so führt aber damit, da es nichts erklärt, kein Weg zu einer richtigen Analyse und Politik. Die österreichische Arbeiterbewegung weist in ihrer historischen Entwicklung eine Reihe von Besonderheiten auf, die mit die heutige Situation prägen. Sie war eine sehr starke Arbeiterbewegung. Unter dem Druck der gegen den Krieg auftretenden Massen hat die Sozialdemokratie 1916 den Weg eingeschlagen, der später zur Herausbildung des Austromarxismus führte: Sie hat sich beträchtlich radikalisiert. Dadurch hat sie der Aufrechterhaltung ihres Einflusses nach dem Zusammenbruch der Monarchie vorgebaut und die Niederschlagung der Revolution 1918 vorbereitet. In der Ersten Republik hat sie dann die Theorie und Praxis des Austromarxismus entfaltet, eines wortradikalen und militanten „marxistischen" Reformismus. Unter der Führung des Austromarxismus hat die österreichische Arbeiterbewegung Niederlage um Niederlage eingesteckt, es herrschten auch sehr schwere Bedingungen für die Entwicklung der KPÖ, aber es kam andererseits zur Aufstellung bewaffneter Formationen der Arbeiter, wie es sie in kaum einem anderen Land gab, und dazu, daß die österreichische Arbeiterklasse — freilich gegen den Willen ihrer austromarxistischen Führer — als eine der wenigen Arbeiterklassen in Europa dem Faschismus 1934 bewaffneten Widerstand entgegensetzte. Nach der Zerschlagung der legalen Sozialdemokratie wurde diese besondere Entwicklung in Gestalt der Revolutionären Sozialisten noch weiter getrieben. Die Sozialdemokratie hatte eine wahre Meisterschaft entwickelt darin, ihre spalterische und reaktionäre Rolle in ein radikales marxistisches Gewand zu stecken. Der Austromarxismus war Produkt der Stärke der Arbeiterbewegung, einer Stärke allerdings, der es nicht gelang, sich aus den Fesseln von Reformismus und Revisionismus zu befreien. Die Sozialdemokratie, die 1945 neu sich bildete, war jedoch nicht die Fortsetzung der RS. Es gab zwar weiterhin einen ausgesprochen austromarxistischen Flügel und die Gesamtpartei konnte sich nicht so ohne weiteres von ihrer Tradition absetzen. Der ehemalige, 1934 abservierte rechte Flügel (Renner, Schärf, Helmer) konnte aber mit tatkräftiger Unterstützung der imperialistischen Besatzermächte die Führung der Partei übernehmen und die „klassenkämperischen" austromarxistischen Strömungen Schritt für Schritt zurückdrängen. Das ging nicht ohne Kämpfe vor sich, wie vor allem die Abspaltung des Scharf-Flügels zeigt. Nach 1945 wurde die Nachkriegssozialdemokratie, nicht ohne an die Tradition der Klassenpartei in demagogischer Weise anzuknüpfen, als Partei der Klassenzusammenarbeit aufgebaut. Der Brückenschlag zwischen diesen beiden Elementen gelang mit Erfolg dank der Rolle, die die Sozialdemokratie im neuaufgebauten bürgerlichen Staatsapparat spielte, und vor allem dank der Schaffung des Verstaatlichten Wirtschaftssektors. Damit wurde der Grundstein gelegt für die Entwicklung eines hochkonzentrierten und hochzentralisierten Staatsmonopolkapitalismus, wie er in den westlichen kapitalistischen Ländern beispiellos ist. Das prägte die Nachkriegsgeschichte Österreichs und auch die weitere Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung entscheidend. Es bildete auch das ökonomische Fundament für die Entwicklung und Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft, deren erste Vorläufer bis 1946 („Zentrale Lohnkommission", von 1947 bis 1951 die Lohn-Preis-Pakte) zurückreichen. In den 50 er Jahren, nach Ende der Rekonstruktionsperiode (ab 1953), führte die stärkere Entwicklung der Arbeiteraristokratie und die Aufspaltung und Aufsplitterung der Arbeiterklasse in ökonomischer Hinsicht zur sozialen Abstützung dieser Entwicklung. Die Entwicklung der „Sozialpartnerschaft", dieser besonderen Form der Unterordnung der Arbeiter- unter die Kapitalisteninteressen, war keineswegs eine Entwicklung bloß in der politischen oder sogar nur ideologischen Sphäre, sie hatte vielmehr eine feste ökonomische und soziale Basis. Sie wäre insbesondere undenkbar ohne die Entwicklung des besonderen österreichischen Staatsmonopolkapitalismus. Die Bildung der „Paritätischen Kommission" 1957 und des „Beirates" 1963 waren weniger Beginn als ein vorläufiger Schlußpunkt. Der ausgeprägte Staatsmonopolkapitalismus führte seinerseits auch zu einer besonderen Ausprägung der Arbeiteraristrokratie, die durch große Festigkeit, enge Verfilzung mit dem bürgerlichen Staat, durch ihre Einbettung in die institutionalisierte „Sozialpartnerschaft" und eine ökonomische Basis in Gestalt des Staatsmonopolkapitalismus gekennzeichnet war.

Diese Entwicklung ging nicht ohne Widersprüche vor sich. In Perioden, in denen sich — wie z.B. in der Zeit des „Raab-Kamitz-Kurses" 1953-1956 — die Offensive der Kapitalisten gegen die materielle Lage der Arbeiterklasse verschärfte, wurde die Klassenpartei mehr hervorgestrichen, allerdings im „Sinne des Kampfes gegen den „Klassenfeind ÖVP, um wieder einen entsprechenden Platz im Rahmen des Staatsmonopolkapitalismus, der Regierungskoalition, der institutionalisierten „Sozialpartnerschaft" einzunehmen. Wenn es ihr zweckmäßig erschien, hat die Sozialdemokratie nie gezögert, auf den „Klassenkampf" zurückzugreifen, und angesichts des in Gestalt der SPÖ-Regierungsbeteiligung und vor allem der verstaatlichten Industrie existierenden „Sozialismus" war es ihr auch nie ein Problem, an einem gewissen „Antikapitalismus" und an einem gewissen „Klassenkampf" festzuhalten.

Es genügt also, sich die Geschichte der Sozialdemokratie zu vergegenwärtigen, um die Momente wahrzunehmen, die der österreichischen Sozialdemokratie heute noch ihren besonderen Charakter aufprägen. Einerseits ihre radikale „klassenkämpferische" Tradition, die keineswegs ihre Rolle ausgespielt hat, sondern von der Führung auch heute noch geschickt eingesetzt wird. Andererseits die Einbettung in einen höchstentwickelten Staatsmonopolkapitalismus, auf dem sich das System der „Sozialpartnerschaft" erhebt und das Grundlage und Rahmen bildet nicht nur für die Entwicklung der Arbeiteraristokratie, sondern auch für die Verschmelzung der Spitzen der Sozialdemokratie mit dem Monopolkapital und den Spitzen des bürgerlichen Staates. Diese beiden Seiten zusammengenommen machen die Stärke der österreichischen Sozialdemokratie aus. Sie bilden zugleich die Grundlage für die Hegemonie der Sozialdemokratie in der bzw. über die Arbeiterbewegung.

Im Rahmen dieser Widersprüche gibt es natürlich auch widersprüchliche Bewegungen. Nach 1956 — der „Raab-Kamitz-Kurs" hatte die erwünschten Erfolge erzielt und die Monopolbougeoisie orientierte sich wieder mehr in Richtung „Zusammenarbeit" mit der Gewerkschaft — schwor sich die Sozialdemokratie immer mehr auf die „Sozialpartnerschaft" bzw. die „Große Koalition" ein. Die Fühlungnahme mit der FPÖ (Olah-Affaire 1959) waren demgegenüber eine Nebenerscheinung. Mitte der 60er Jahre ging die „Große Koalition" in die Brüche. Die Ursachen dafür haben wir auf der Gründungskonferenz analysiert (Gründungsdokumente S. 35-38). In der SPÖ kam es zum Kampf, zu einem Kampf allerdings, in dem der angebliche „linke Flügel", der Pittermann als Parteivorsitzenden gegen Kreiskys Offensive verteidigte, keine Alternative zu der soeben in Gestalt des Wahlergebnisses 1966 bankrott gemachten Politik vorzuweisen hatte. Unter Kreisky, der Sieger blieb, profilierte sich die SPÖ von der „Klassenpartei" zur „offenen Partei" und zur „Partei des ganzen Volkes", zugleich aber zur Partei großangelegter Reformen. Das war die Alternative, die die Monopolbourgeoisie politisch brauchte, sowohl gegenüber dem Koalitionsmuff, als auch gegenüber einer immer mehr in die Krise taumelnden ÖVP. Zurückdrängung des „Marxismus", Beiseitelegen des Parteiprogramms von 1958, eine Blüte von Liberalismus und Technokratismus prägten die Entwicklung der Sozialdemokratie in den späten 60er und frühen 70er Jahren. Zweifellos war das nicht nur Ausdruck des Interesses der Monopolbourgeoisie, radikale „Strukturverbesserungen" des kapitalistischen Systems durchzuführen, sondern auch eine Antwort auf das Streben der Massen nach sozialen und politischen Reformen. Insofern besteht ein Zusammenhang der Umkrempelung der SPÖ und ihrem Regierungsantritt mit der Krise, die 1966/67 zum Ausbruch gekommen war, der zunehmenden Krisenhaftigkeit und Instabilität der Entwicklung des Kapitalismus, der Vertiefung der Krise des Imperialismus, wie auch mit der Linksentwicklung, die in der Arbeiterklasse und im Volk einsetzte. Aufgrund der ganzen Entwicklung in den 50 und 60er Jahren waren jedoch der Klassengegensatz und der Klassencharakter der Staatsmacht sowie der Klassenkampf verdeckt und „vergessen". Unter diesen Umständen erfolgte die Profilierung der SPÖ als Partei des Volkes und der Volksinteressen daher nicht als Profilierung als „Arbeiterpartei". Im Gegenteil schienen „proletarische Orthodoxie" und in die Zukunft gerichtetes radikales Reformertum Gegensätze zu sein.

In den 70er Jahren hat sich der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, haben sich die sozialen Widersprüche, hat sich der Widerspruch zwischen Volk und Staat objektiv und in einem gewissen Maß auch subjektiv verschärft. Die Klassengegensätze sind wieder deutlicher hervorgetreten. In der Sozialdemokratie hat gegenüber ihrer Profilierung in den 60er Jahren eine Gegenbewegung eingesetzt. Bei jedem Parteitag wird der „marxistische", „antikapitalistische" und „Klassencharakter" der Partei stärker hervorgestrichen und der letzte Parteitag Ende 1979 war dabei zweifellos ein neuer Höhepunkt.

Es entsteht heute eine Situation, in der die Sozialdemokratie die größten und wichtigsten Teile des bürgerlichen Staatsapparats kontrolliert, einschließlich der Armee, und zwar in einem Maß wie nie zuvor eine Regierung bzw. Partei in der Zweiten Republik. Auch die Verschmelzung der Spitzen der Sozialdemokratie mit dem Monopolkapital hat ein Ausmaß erreicht wie noch nie (Banken, Versicherungen, Nationalbank). Zugleich ist die Sozialdemokratie aber gezwungen, sich wieder als „antikapitalistische" und „proletarische" Partei zu profilieren. Es ist unvermeidlich, daß dieser Widerspruch in Bewegung geraten wird, daß sich die Widersprüche innerhalb der Sozaildemokratie verschärfen werden, daß es Kämpfe auch in der Parteiführung geben wird, wie man diese Widersprüche handhaben soll.

Für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung, die ja unter der Hegemonie der Sozialdemokratie steht wie kaum eine Arbeiterbewegung in einem anderen Land, ist diese Entwicklung natürlich von großer Bedeutung. Für die Revolutionäre wird es wichtig sein, diese Widersprüche richtig zu behandeln. Das Elementarste dafür ist, die sozialdemokratisch beherrschte Gewerkschaft, die SPÖ-Regierung und die SPÖ als Partei auseinanderzuhalten. In der Vergangenheit haben wir meistens alles in einen Topf geworfen. Tut man das, dann kann man die Bewegung der Widersprüche in der Sozialdemokratie, in der Arbeiterbewegung, zwischen Partei, Gewerkschaft und Regierung nicht einmal mehr richtig wahrnehmen, geschweige denn richtig behandeln. Sie richtig behandeln, heißt vor allem, die Gewerkschaft gegen die Regierung, die Arbeiterorganisation gegen den politischen Geschäftsführer der Monopolbougeoisie zu stellen, ungeachtet was es da an Verbindungen, ja Personalunion geben mag. Und dadurch einen Beitrag zu leisten, um die Widersprüche in der Sozialdemokratie zum Tanzen zu bringen, indem die Gewerkschaft auf die Klasseninteressen der Arbeiterklasse und auf den Kampf gegen die von der Regierung vertretenen Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie verpflichtet wird.

Die Widersprüche zwischen Arbeiterbewegung und Monopolbourgeoisie widerspiegeln sich auch in der sozialdemokratischen Politik. In der Vergangenheit haben wir den Fehler gemacht, die Rolle der SPÖ als Partei des Monopolkapitals loszureissen von ihrer Rolle in der Arbeiterbewegung, das letztere zu vergessen, überhaupt die Existenz der Arbeiterbewegung verschwinden zu lassen, wodurch es zu großer Engstirnigkeit und Einseitigkeit gekommen ist. Der Politische Bericht des Sekretärs des ZK an das 7.ZK-Plenum war ein Versuch, dieses Problem in den Griff zu bekommen, indem auch der reformistische Charakter der sozialdemokratischen Politik hervorgestrichen wurde. Aber der Versuch blieb fruchtlos, weil er die Widersprüche in der Sozialdemokratie nicht richtig entwickelt und behandelt hat. Hauptkettenglied für die richtige Behandlung dieser Widersprüche ist die Entfaltung des Widerspruchs zwischen Gewerkschaft und Regierung innerhalb der Sozialdemokratie, als die Form, in der der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie dort hauptsächlich erscheint. Das gilt für die Analyse und Propaganda ebenso wie für politische Aktionen.

Wie gesagt entspricht der einseitigen Betrachtung und Behandlung der Sozialdemokratie die „linke" Haltung, die wenn schon nicht ausdrüklich, so jedenfalls faktisch davon ausgeht, daß es in Österreich zwar eine Arbeiterklasse, aber keine Arbeiterbewegung gibt. Mit der revolutionären Arbeiterbewegung vor Augen, wird damit eine Position bezogen, die nur eine abgeschwächte Variante der von der MLS Wien 1972 bezogenen Positionen ist, daß es in Österreich keine Gewerkschaftsbewegung und auch keine wirkliche Gewerkschaft gäbe, denn der ÖGB habe sich in ein Anhängsel des Staatsapparats und der Monopolbourgeoisie verwandelt, in eine Art „gelbe" Gewerkschaft, die gewerkschaftlichen Strukturen seien zerstört usw. Es ist richtig, daß die österreichische Arbeiterbewegung heute in einem verheerenden Zustand ist: Hegemonie der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung, insbesondere Unterwerfung der Gewerkschaft darunter, Vorherrschaft des Reformismus und Revisionismus in den Köpfen der Arbeiter, Zerstörung des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung durch die revisionistische Entartung der KPÖ, Schwäche der Marxisten-Leninisten, darunter insbesondere Fehler einer einigermaßen entwickelten Verbindung zwischen den Marxisten-Leninisten und der Arbeiterbewegung. Aber der schlechte Zustand der Arbeiterbewegung ändert nichts an ihrer Existenz, und jede revolutionäre Strategie und Taktik muß, wenn sie erfolgreich sein

und den Tatsachen gerecht werden will, von der Existenz und vom schlechten Zustand der Arbeiterbewegung und von der Notwendigkeit, diesen Zustand zu ändern, ausgehen. Alles andere sind nur Hirngespinste.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück: Die österreichische Arbeiterklasse ist kein „unbeschriebenes Blatt Papier", deren Antwort auf die Steigerung der Ausbeutung die elementare spontane Rebellion wäre. Die österreichische Arbeiterklasse hat eine hochorganisierte Arbeiterbewegung mit langer Geschichte hervorgebracht. Sie hat viele positive und negative Erfahrungen gesammelt. Aber die Tradition der Arbeiterbewegung schließt die Tradition von Reformismus und Revisionismus mit ein. Den angesammelten Erfahrungen, die mobilisiert und bewußt gemacht werden müssen, entsprechen auf der anderen Seite gewaltige ideologische, politische und organisatorische Barrieren. Die Analyse der Reaktion der Arbeiterklasse auf die Steigerung der Ausbeutung und die Untergrabung der Reproduktion der Arbeitskraft muß die Analyse der Entwicklung in der Arbeiterbewegung einschließen. Dabei zeigt sich, daß die Verschärfung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie anderer kapitalistischer Widersprüche und ebenso der Gegendruck und die Kampftätigkeit der Arbeiterklasse ihren deutlichen Ausdruck insbesondere in der ideologischen Entwicklung in der Arbeiterbewegung finden. Die „Renaissance" des Austromarxismus, die erst begonnen hat und in den nächsten Jahren anscheinend auf ziemlich breiter Front vorangetrieben werden soll, die Wiederentdeckung des Kapitalismus (der noch vor wenigen Jahren als überwunden galt), die Polemik gegen die „soziale Marktwirtschaft" (die noch vor wenigen Jahren das liebste Kind der Kreisky und Konsorten war), die Rehabilitierung des „Klassenkampfes" (der noch vor wenigen Jahren als Barbarei gegenüber der Zivilisation der „Sozialpartnerschaft" galt) sprechen eine deutliche Sprache. Sie bestätigen, daß es auf Grundlage der Verschärfung der Widersprüche im Kapitlismus Veränderungen in der Klassenkampfsituation gibt, Veränderungen, die sich zuerst auf der ideologischen Ebene ausdrücken. Sie widerspiegeln die ideologischen Linksentwicklung in der Arbeiterklasse. So sehr das aber der Fall ist, so sehr stellen diese Entwicklungen auch eine ideologische Antwort der herrschenden Klasse auf diese Entwicklung dar. Sie sind ein Versuch des Reformismus, den geänderten Verhältnissen gerecht zu werden, um seine Rolle der ideologischen Niederhaltung der Arbeiterklasse weiterhin mit Erfolg zu spielen.

Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegungen

Gleichzeitig mit dem Gegendruck der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse und mit dem Aufschwung der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse Anfang der 70er Jahre gegen die zunehmende Ausbeutung haben sich eine Reihe demokratischer Bewegungen entwickelt.

Im Kampf um die Rechte der Minderheiten, insbesondere im Kampf der nationalen Minderheiten selbst, hat es seit der Niederlage der Regierung durch die Vereitelung der Minderheitenfeststellung 1976 eine sehr komplizierte Entwicklung gegeben. Die andauernde Trennung zwischen der Arbeiterbewegung, und der nationalen Bewegung der Minderheiten, das Fehlen einer starken revolutionären Kraft unter den nationalen Minderheiten, die damit verbundenen Zersetzungserscheinungen unter den Minderheiten, eine geschickte genau darauf berechnete Taktik der Regierung haben zu einer „Pattsituation" geführt, aus der die Bewegung bisher nicht herausgekommen ist. Zwar hat es einige Vorstöße gegeben (wie die Oktoberarena/Oktobrski tabor), aber ihnen stehen auf der anderen Seite gegenüber Einbrüche, die die Monopolbourgeoisie und die Regierung auf ideologischem und politischem Gebiet erzielt haben.

Die Anti-AKW-Bewegung hat mit der Volksabstimmung 1978 einen Sieg errungen, jedoch weder bis dahin, noch seither Bedingungen geschaffen, um diesenSieg abzusichern und verteidigen zu können. Auch diese Bewegung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie neben der Arbeiterbewegung existiert und daß sie dementsprechnd wenig Einfluß auf ihr eigenes Schicksal hat, denn dieses wird nicht durch sie selbst und ihre Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse entschieden, sondern durch die Haltung, die die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung einnehmen. Diese Trennung von der Arbeiterbewegung hat aber zu inhaltlichen Problemen geführt, indem sie das Auseinanderreißen in der AKW-Frage von den damit verbundenen sozialen und politischen Fragen und überhaupt von der Lage und demKampf der Arbeiterklasse und des Volkes begünstigt hat.

An dieser Stelle geht es nicht um eine nähere Analyse dieser Bewegungen und um die Feststellung unserer Aufgaben in ihnen bzw. ihnen gegenüber, sondern nur um die Frage des Verhältnisses zwischen Arbeiterbewegung und diesen demokratischen Bewegungen. Wenn von „Trennung" dieser Bewegungen von der Arbeiterbewegung die Rede ist, dann ist das nur die halbe Wahheit. Einerseits gibt es diese Trennung insofern, als die Arbeiterbewegung nicht an der Spitze dieser politischen Bewegungen steht, weil sie sich noch nicht dieser Fragen angenommen hat, weil sie den Kampf in diesen Fragen noch nicht führt und oft auch nicht eimal noch die Auseinandersetzung. Diese Trennung ist also nicht die „Schuld" der demokratischen Bewegungen. Das ist wichtig festzuhalten, weil daraus ja auch folgt, daß eine Lösung des Problems nicht von den betreffenden Bewegungen her, sondern nur von der Arbeiterbewegung her möglich ist. Es ist klar, daß wenn nicht die Arbeiterbewegung die Führung dieser demokratischen Bewegung übernimmt, diese keine Perspektive haben. Das kann aber nicht geschehen, indem von den demokratischen Bewegungen her versucht wird, die Arbeiterklasse und -bewegung „einzubeziehen", diese Bewegungen in die Gewerkschaften hinein zu „verlängern" usw. Selbst wenn man von dem kleinbürgerlichen Gedankengut, das esin diesen Bewegungen immer gibt und das keinen Anklang in der Arbeiterklasse finden wird (z.B. die überhaupt gegen Atomkraftwerke gerichtete Strömung in der Anti-AKW-Bewegung oder die maßlose Aufbauschung dieser Frage gegenüber anderen Problemen des Volkes) absieht, kann man das Pferd nicht vom Schwanz her aufzäumen. Ebenso ist es ein irriger Gedanke, sich die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf als Verklammerung, „Zusammenarbeit", „Ineinanderwirken" der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegungen vorzustellen. Notwendig ist vielmehr in erster Linie die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Herausbildung eines revolutionären Flügels in der Arbeiterbewegung, die Einbeziehung der Widersprüche, an denen sich die demokratischen Bewegungen entzünden, in die Arbeit und in den Kampf der Arbeiterbewegung. Nur in Form eines Aufschwungs der Arbeiterbewegung im wirtschaftlichen wie auch im politischen Kampf kann die Verbindung zwischen den heutigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen und den demokratischen Bewegungen zum einheitlichen Klassenkampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen erfolgen. Dementsprechend ist der wichtigste Dienst, den die Kommunisten letztlich auch diesen demokratischen Bewegungen erweisen können, daß sie ihre Kräfte auf die Arbeiterbewegung konzentrieren. Das heißt nicht, heute nicht in wichtigen demokratischen Bewegungen zu arbeiten, es heißt nur, die Relativität dieser Arbeit zu sehen, eine entsprechende Umverteilung unserer Kräfte herbeizuführen und weiters die Linie des Auftretens in diesen Bewegungen dahingehend zu überprüfen, ob tatsächlichvon den Gesamtinteressen der Arbeiterbewegung ausgegangen wird oder nicht. Das letztere ist eine wichtige Frage, denn auch der KB ist weitgehend von der Arbeiterbewegung getrennt, während er in diesen demokratischen Bewegungen oft recht gut verankert ist. Das hat unweigerlich schlechte ideologische und politische Folgen und führt zu falschen Sichtweisen, nämlich die Frage von den demokratischen Bewegungenen statt v.a. der Arbeiterbewegung aufzurollen.

Daß es diese „Trennung" zwischen Arbeiterbewegung und verschiedenen demokratischen Bewegungen gibt, bedeutet andererseits nicht, daß sich letztere unabhängig von der Arbeiterbewegung entwickeln. Ob z.B. die Anti-AKW-Bewegung Erfolg hat oder nicht, entscheidet nicht sie, sondern die Arbeiterbewegung. So war es bereits bei der Volksabstimmung 1978, so wird es auch in einigen Monaten sein, wenn die Frage der Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf neu aufs Tapet kommt. Daraus folgen direkt unsere Aufgaben und auch die Aufgaben der Anti-AKW-Bewegung, wenn sie sich nicht das eigene Grab schaufeln will. Heute liegt auf der Hand, daß entweder in den nächsten Monaten Fortschritte der Mobilisierung des Volkes gegen die imperialistische Energiepolitik erzielt werden, oder das AKW demnächst in Betrieb geht.

Nimmt man die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft in Österreich, dann ist die

in ihrem Kern Geschichte des Klassenkampfs zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Zu allen Zeiten hat es auch außerhalb der Arbeiterbewegung verschiedene demokratische Bewegungen gegeben, aber dieArbeiterbewegung war und ist das einzige wirkliche Gegengewicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung und Reaktion. Das hängt mit der objektiven Stellung der Arbeiterklasse im Kapitalismus zusammen. Das gilt auch, wenn die Arbeiterbewegung so wie heute schwach und politisch gefesselt ist. Die Monopolbourgeoisie hat es gut verstanden, daß sie — um ihre Pläne durchsetzen zu können — die Arbeiterbewegung niederhalten muß. Umgekehrt ist der Aufschwung der Arbeiterbewegung auf Dauer das einzige Mittel gegen Ausbeutung, Ausplünderung, Unterdrückung und Reaktion, welche Klassen und Schichten des Volkes davon auch betroffen sein mögen. Die Grundlage für den Zusammenschluß des Volkes, d.h. der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten des Volkes ist die Entfaltung der Arbeiterbewegung, und der Kampf um die Arbeitereinheitsfront.

Aus dem Grund, daß es zwar relative Trennung zwischen der Arbeiterbewegung und den demokratischen Bewegungen, die oft kleinbürgerlichen Charakter tragen, sowohl dem Inhalt der Bewegung als auch ihrer sozialen Zusammensetzung nach, aber daß es keineswegs unabhängige Entwicklung dieser Bewegungen von der Arbeiterbewegung gibt, ist auch die von den revisionistischen Kräften in unserer Organisation immer wieder aufgestellte Behauptung, „daß alle irgendwie bedeutsamen politischen Bewegungen der letzten Jahre praktisch unter Ausschluß der Arbeiterklasse vor sich gegangen wären" falsch und gefährlich. Was beispielsweise den alten Abtreibungsparagrafen zu Fall gebracht hat, war zweifellos der riesige Widerstand gegen ihn in der Gewerkschaft, also diese „Bewegung". Die „Bewegung" hingegen, die von den Revisionisten hauptsächlich in Betracht gezogen wird, die damals von unserer ganzen Organisation als einziges gesehen wurde, die sich in verschiedenen demokratischen Komitees ausdrückte, in denen auch wir mitarbeiteten, — diese „Bewegung" hat sicher einen verhältnismäßig kleinen Beitrag dazu geleistet. Aber nur wenn man die letztere „Bewegung" im Auge hat, kann man die obige Behauptung aufstellen. Aber auch bei anderen politischen Bewegungen, bei denen die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung keine aktive Rolle spielt, wie z.B. gegen die Unterdrükkung der nationalen Minderheiten oder der Anti-AKW-Bewegung — hängt der wirkliche Verlauf des Kampfes wesentlich von der ideologischen und politischen Haltung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung ab. Z.B. macht es in der Bewegung gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten einen Unterschied gegenüber sagen wir vor ein paar Jahren, daß die Lage der Slowenen damals völlig unbekannt war, während sie heute in der Arbeiterklasse in einem gewissen minimalen Ausmaß bekannt ist. Das beeinflußt die Kräfteverhältnisse und die Kampfbedingungen mehr als so manches andere.

In dieselbe Richtung geht auch die These von der „Zurückgebliebenheit der Arbeiterbewegung gegenüber den demokratischen Bewegungen." Diese These genauso wie die obige zielt ebenfalls auf die Unterschätzung und auf das Herunterspielen der Arbeiterkämpfe ab. Der Semperitstreik oder der Kampf der Fohnsdorfer Bergarbeiter oder der Judenburger Arbeiter gelten den Vertretern dieser Thesen sowieso nicht als „irgendwie bedeutsam". Entscheidend ist aber, welcher Klassenstandpunkt in der These der „Ungleichzeitigkeit" bzw. des „Zurückbleibens der Arbeiterbewegung hinter den demokratischen Bewegungen" zum Ausdruck kommt: Es wird aus der Sicht dieser Bewegungen gesprochen, die darüber jammern, daß sich die Arbeiterklasse nicht beteiligt. Aus der Sicht der Arbeiterklasse sieht die Sache vollständig anders aus. Für sie geht es darum, daß die Arbeiterklasse, der subjektive Faktor, zurückgeblieben ist — nicht hinter diesen demokratischen Bewegungen, sondern hinter den eigenen Aufgaben, hinter dem, was als Antwort der Arbeiterklasse auf die Entwicklung der Lage notwendig wäre. Die Schlußfolgerung daraus ist nicht, daß die Kommunisten besonderes Augenmerk den demokratischen Bewegungen zuwenden müssen, sondern, daß sie „besonderes Augenmerk" der Arbeiterbewegung zuwenden müssen, daß die eigentliche Schwäche und Schranke aller dieser demokratischen Bewegungen besteht ja gerade in der Schwäche der Arbeiterbewegung. Es ist nicht das Problem, daß die Arbeiterbewegung hinter sich rasant entwickelnden demokratischen Bewegungen intennach ist, sondern daß sich die politischen Kämpfe nicht entfalten können, sondern auf solche demokratischen Bewegungen oft kleinbürgerlichen Charakters und getrennt von der Arbeiterbewegung beschränkt bleiben, weil die Arbeiterklasse den Kampf auf diesen Gebieten noch nicht bewußt und aktiv führt.

Das ist eine entscheidende Aufgabe der Arbeiterbewegung. So sehr der wirtschaftliche Kampf die „Grundlage jeder wirklichen Massenbewegung" (Lenin) ist, so klar ist auch, daß nur durch die Verbindung von wirtschaftlichem und politischem Kampf und durch die schließliche Organisierung des politischen Angriffs auf den bürgerlichen Staat die Arbeiterklasse ihre Ziele erreichen kann.

Eine neue Periode der Sammlung und Neugruppierung der Kräfte der Arbeiterbewegung

Rekapitulieren wir nochmals das bisher über die Entwicklung seit 1975/76 Gesagte: Verschärfung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie der anderen sozialen Widersprüche; zunehmende Anspannung des Klassenwiderspruchs sowie des Widerspruchs zwischen den Volksmassen und dem Staat, darunter auch zunehmende Verschärfung des Widerspruchs zwischen den kleinen Bauern und der herrschenden Klasse und dem Staat; ideologische Linksentwicklung unter den Massen, d.h. zunehmende ideologische Widersprüche zu den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen sowie zum Imperialismus und zunehmend deutlicheres Hervortreten der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfs; Gegendruck der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalisten auf ihre materielle Existenz, aber schwache Kampftätigkeit, schwächer als in den Jahren vor der Krise 1975/76; beträchtlicher Aufschwung einiger demokratischer Bewegungen, v.a. der Anti-AKW-Bewegung; Erstarken der nationalen Minderheiten (Slowenen und Kroaten), Niederlage der Regierung 1976, anhaltender Kampf der nationalen Minderheiten auch seitdem, wenn auch unter schwierigen und komplizierten Bedingungen. Dazu kommt die Tatsache, daß zwar eine marxistisch-leninistische Organisation, der KB Österreichs, entstanden war und sich entwickelt hat, während die anderen marxistisch-leninistischen Organisationen (VRA und MLPÖ) engültig revisionistisch entartet sind; daß der KB Österreichs jedoch nicht in der Lage war, die Aufgaben, die er sich in seinem Programm stellte, zu erfüllen. Unsere Organisation hätte auch bei richtiger Politik nicht die Führung der Arbeiterklasse übernehmen können. Dazu braucht es mehr als drei Jahre erfolgreiche Arbeit. Aber sie hätte einiges leisten können für die Arbeiterbewegung. Sie hätte Beiträge leisten können für die Entfaltung des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung. Umgekehrt spielte das Fehlen einer marxistisch-leninistischen Kraft, die zumindest in gewissem Maß in der Lage war, ihre Aufgaben im Klassenkampf wahrzunehmen, bzw. unser Versagen dabei, mit eine große Rolle dafür, daß aus der Verschärfung der Widersprüche und aus der Anspannung des Klassengegensatzes kein entsprechender Aufschwung der Kampftätigkeit resultiert ist.

Es ist notwendig, alle diese Tatsachen und Entwicklungen zusammenzufassen zu einer Gesamteinschätzung der Klassenkampfsituation, ihrer Entwicklung in den letzen Jahren und ihrer Perspektiven. Ohne eine solche Gesamteinschätzung kann von einer festen politischen Orientierung keine Rede sein.

Offensichtlich ist, daß die Entwicklung in den letzten Jahren wie überhaupt die Entwicklung seit Beginn der 70er Jahre gegensätzlich zur Entwicklung zwischen 1950 und 1970 verläuft. Diese Periode war gekennzeichnet durch den zunehmenden Niedergang der Arbeiterbewegung seit der Niederlage im Oktoberstreik 1950. Die Gründungskonferenz 1976 hatte demgegenüber die Klassenkampfsituation, die sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre herausgebildet hatte, gekennzeichnet als „Beginn einer Phase des Übergangs vom Zustand des relativen Klassenfriedens zum Zustand der raschen Veränderung und des offenen Klassenkampfes". Es gäbe nach dem zwanzigjährigen Niedergang der Arbeiterbewegung einen „spontanen Linksdrang in der Arbeiterklasse und im Volk" und die „Elemente für einen neuen Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung" würden heranwachsen. Im »Kommunist« (1/80 S 29ff) haben wir uns bereits mit dieser Auffassung der Klassenkampfsituation beschäftigt: Es wird dort die Position der Gründungsdokumente bzw. der 1.o.NDK dokumentiert, es werden die gesellschaftlichen Entwicklungen angeführt, auf die sich

diese Position stützte und es wird überprüft, ob und inwieweit sie den damaligen Tatsachen entspach. Das alles braucht daher hier nicht wiederholt zu werden. Das Resumé des Artikels lautet: „Es muß also daran festgehalten werden, daß sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre die Widersprüche des kapitalistischen Systems in Österreich beträchtlich verschärften und es auf dieser Grundlage sowie unter dem Einfluß der internationalen Entwicklung zu einer Belebung der Kampftätigkeit und zu einer Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk kam. Damit ging in der Tat eine zwanzigjährige Periode des Niedergangs der Arbeiterbewegung sowie des relativen Klassenfriedens und der relativen Ruhe im Klassenkampf zu Ende und begann eine neue Periode.“ (»Kommunist« 1/80, S 35) Der Artikel befaßt sich auch mit den Fehlern, die damals bereits in unserer Einschätzung der Klassenkampfsituation steckten (S 35f.): „Man kann sicherlich sagen, daß die allgemeine Grundlage der verschiedenen Fehler eine „linke“ Tendenz der Überschätzung der Faktoren für die Revolution bei gleichzeitiger Unterschätzung der entgegenwirkenden Faktoren und der Schwierigkeiten und Hindernisse und unvermeidlichen Rückschläge im Gang der Revolution war.

Was die Entwicklung in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern betrifft, gab es grobe Unterschätzung des Reformismus und Revisionismus. Wir haben die lange Tradition und die Macht desReformismus und Revisionismus stark unterschätzt und sind faktisch eher davon ausgegangen, daß er in relativ kurzer Zeit aus den Angeln gehoben werden würde. Man kann sagen, daß wir den Reformismus und Revisionismus, seine Tradition und Macht, seine Wandlungsfähigkeit und Flexibilität, seine Plausibilität, die ständig aus dem Schein der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst gespeist wird, seinen hemmenden und spaltenden Einfluß gewaltig unterschätzt haben — und daher auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn.

Dem politischen Charakter nach handelt es sich hier um den Fehler des Spontaneismus, um die Übertreibung des spontanen und die Herabwürdigung des bewußten Elements im Klassenkampf. Zuviel haben wir uns von der Tatsache von Kämpfen selbst erwartet, zuwenig von der tatsächlichen Praktizierung des vielzitierten Satzes, daß der ideologische Aufbau das Hauptkettenglied im Parteiaufbau sei. Das ist der eigentlich rechte Kern der „linken“ Anschauungen.

Deshalb verleitete uns auch die Tatsache des Aufschwungs der Kampftätigkeit der Massen und der Linksentwicklung dazu, davon übertriebene Vorstellungen zu haben und es stillschweigend zum „Beginn des Übergangs zum offenen Klassenkampf“ zu machen, was ja nicht dasselbe, sondern bereits viel mehr ist. Wir hätten das, den „Übergang zum offenen Klassenkampf“ als eine *Möglichkeit* ins Auge fassen müssen, — die unter anderem auch vom bewußten Element, den Kommunisten, abhängt — aber eben nur als eine Möglichkeit, statt damit als mit etwas Sicherem zu rechnen und noch dazu übertriebene Vorstellungen davon zu haben. Insgesamt hatten wir ein stark übertriebenes Bild von der bereits erreichten oder unmittelbar bevorstehenden Heftigkeit des Klassenkampfs, wie es z.B. in Ausdrücken wie „Rebellion in den Betrieben“ zum Ausdruck kommt.

Ebenso überschätzten wir die Bedeutung und Auswirkungen der einzelnen Kämpfe. Dann gab es auch Versuche, die recht komplizierte Wirklichkeit in das Prokrustesbett unserer engen Vorstellungen zu pressen.“

Aus diesen spontaneistischen und aktionistischen Fehlern resultierte v.a. eine fehlerhafte Bestimmung der Generalaufgaben der Kommunisten in der gegebenen Klassenkampfsituation, die sich auf unsere gesamte Arbeit, vom praktischen Auftreten in Massenaktionen bis zu den „Parteiaufbauplänen“ auswirkte.

Die Entwicklung seit der Krise 1975/76 ist wesentlich komplizierter und langsamer verlaufen, als wir das 1976 und auch noch 1978 annahmen. Wir erwarteten eine rasche Belebung der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes, einen zügigen Aufschwung der Arbeiterbewegung, einen zügigen Aufschwung unserer Organisation und rasche Fortschritte im Parteiaufbau. Das alles ist nicht eingetreten. Was die Entwicklung unserer Organisation betrifft, haben wir eine Niederlage im Parteiaufbau erlitten und sind in eine schwere Krise geraten.

Was hat sich seither verändert? Weiterhin hat sich der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärft, ebenso wie andere soziale Widersprüche, was Grundlagen und Triebkräfte für eine Belebung des Klassenkampfes und einen Aufschwung der Arbeiterbewegung bedeutet. Weiterhin spannt sich der Klassengegensatz an. Weiterhin entwickeln sich auf ideologischem, politischem und organisatorischem Gebiet Elemente für einen Aufschwung des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung. Auch die Entwicklung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre hat bestätigt, daß die Periode des Niedergangs der Arbeiterbewegung, die von 1950 bis Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre dauerte, vorbei ist und eine neue Periode begonnen hat.

Die Elemente für einen Neuaufschwung des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung entwickeln sich langsam und widersprüchlich. Sie sind nach wie vor nur schwach entwickelt. Sie haben sich weiterentwickelt, aber sie haben bis heute nicht zu einem wirklichen Aufschwung des Klassenkampfes geführt. Man kann auch nicht davon ausgehen, daß ein solcher Aufschwung unmittelbar bevorsteht. Man kann nicht sagen, daß der Klassenkampf in den letzten Jahren auf der Stelle tritt, aber er kommt nur mühsam voran und seine Entwicklung schließt Fortschritte ebenso ein wie Rückschläge und Stocken von Kämpfen. Entscheidend dafür ist: Im Aufbau des KB konnten wir keinen Durchbruch erzielen, v.a. keinen wirklich spürbaren Fortschritt in der Verbindung mit der Arbeiterbewegung. Das hat mit zur Krise der Organisation beigetragen und den Revisionismus im KB Österreichs begünstigt.

Niemand kann bestreiten, daß sich gegenüber sagen wir Mitte der 60er Jahre in der Klassenkampfsituation viel verändert hat. Aber welchen Charakter haben diese Veränderungen? Kann man davon reden, daß die Entwicklung des Klassenkampfes Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in eine neue Periode eingetreten ist? Das muß man unbedingt, wenn man die Entwicklung verstehen will. Nicht weil es in den 60er Jahren weniger Streiks und andere Kämpfe gegeben hätte als in den 70er Jahren, muß man das, sondern weil eine Periode des Niedergangs der Arbeiterbewegung zu Ende gegangen ist und eine Periode des Umbruchs begonnen hat. Eine Übergangsperiode hat begonnen. Die Entwicklung drängt seit dieser Zeit in Richtung Aufschwung des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung, aber dieser Aufschwung wird immer noch von Reformismus und Revisionismus unterdrückt. Wir befinden uns in einer Situation der Sammlung und Neugupierung der Kräfte der Arbeiterbewegung. Entscheidendes Element dieser Sammlung und Neugruppierung ist der Aufbau einer neuen kommunistischen Partei. Deren Fehlen bzw. das Versagen des KB Österreichs ist ein entscheidender Faktor, der die Entwicklung des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung behindert.

Die 1976 entscheidende Formulierung, daß eine „Phase des Übergangs vom Zustand des relativen Klassenfriedens zum Zustand der raschen Veränderung und des offenen Klassenkampfes“ begonnen hätte, ist demgegenüber insofern irreführend, weil hinter ihr die wirklich entscheidende Veränderung verschwindet: Der Übergang von einer Phase des Niedergangs der Arbeiterbewegung zu einer Phase der Sammlung und Neugruppierung der Kräfte der Arbeiterbewegung, die noch nicht zu einem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung geführt hat, aber in der sich Elemente für einen solchen Aufschwung herausbilden.

Während wir in früheren Dokumenten festgestellt haben, daß es entscheidend vom subjektiven Faktor, d.h. davon, ob die Kommunisten mit ihren Aufgaben zurechtkommen, abhinge, ob der zu erwartende Aufschwung des Klassenkampfes zu einer „anhaltenden Strömung“ würde (z.B. Gründungsdokumente, S 26), zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, daß es auch bereits entscheidend vom subjektiven Faktor abhängt, ob sich die Verschärfung und Anspannung der Klassenwidersprüche in einen Aufschwung der Kampftätigkeit verwandelt.

Ganz anders beurteilt die revisionistische Strömung in unserer Organisation die Entwicklung der Klassenkampfsituation. Für sie ist diese — neben der „relativ ruhigen Entwicklung des Kapitalismus, der allmählichen Steigerung des Lebensstandards und der Ausdehnung des Sozialversicherungswesens während mehr als 25 Jahren“, neben der „relativen Festigkeit des bürgerlich-parlamentarischen Systems“ und den „Erfolgen des Reformismus“ sowie neben den „ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Erfolgen des Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg“ gekennzeichnet vor allem durch „Rückgang der politischen und ökonomischen Klassenbewegung des Proletariats seit Beginn der 50er Jahre“. Es bedarf nach dem Bisherigen nicht mehr vieler Worte, um

aufzuzeigen, wie diese Phrase darauf berechnet ist, die wirkliche Entwicklung des Klassenkampfes und vor allem die Tatsache, daß er trotz der Skepsis der Revisionisten nach wie vor geführt wird, verschwinden zu lassen. Vor allem verschwindet der Übergang aus einer Periode der Sammlung und Neugruppierung der Kräfte völlig hinter der — unzutreffenden — Behauptung eines kontinuierlichen „Rückgangs“. Dem Anknüpfungspunkt nach handelt es sich hier um eine andere Einschätzung der taktischen Lage im Klassenkampf. Dem Wesen nach jedoch handelt es sich darum, daß die Revisionisten den Klassenkampf des Proletariats leugnen, den Kapitalismus beschönigen, die Rolle der Arbeiterklasse in der Gesellschaft herunterspielen. Sie kommen nicht darum herum, zuzugeben, daß es etwa um 1970 eine deutliche Veränderung, einen „Bruch“ in der Entwicklung der entwickelten kapitalistischen Länder gegeben habe, aber wohlweislich vermeiden sie es auch nur einen Satz darüber zu verlieren, welchen Charakter dieser „Bruch“ gehabt haben soll, wenn nicht den hier dargelegten. Wichtig ist ihnen nämlich, daß — „Bruch“ hin, „Bruch“ her — der anhaltende „Rückgang der Klassenbewegung des Proletariats“ behauptet werden kann, also der anhaltende Niedergang des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung. Für sie ist das nämlich nicht bloß von taktischer, sondern von grundsätzlicher Bedeutung, weil daraus nicht nur die Berücksichtigung der konkreten Bedingungen für die Erfüllung der Aufgaben der Kommunisten (in Gestalt eines Zurücksteckens) abgeleitet wird, sondern das Abschwenken von diesen Aufgaben überhaupt und die Revision des Marxismus-Leninismus bis in seine Grundlagen hinein. *(Z-wl)*